

# ifo Dresden berichtet

## Aktuelle Forschungsergebnisse

- *Jan Kluge*  
Einwanderungsland Deutschland – Wie Migration den demographischen Wandel bremst
- *Wolfgang Gerstenberger*  
Verändert der Flüchtlingsansturm Deutschland?
- *Carolin Fritzsche*  
Eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft für Dresden?
- *Christian Leßmann, André Seidel und Arne Steinkraus*  
Satellitendaten zur Schätzung von Regionaleinkommen – Das Beispiel Deutschland
- *Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose*  
Gemeinschaftsdiagnose im Herbst 2015: Deutsche Konjunktur stabil – Wachstumspotenziale heben

## Im Blickpunkt

- *Xenia Frei*  
Es weihnachtet unterschiedlich im europäischen Einzelhandel

## Daten und Prognosen

- Vierteljährliche Entwicklung für Sachsen
- Regionalisierung des ifo Konjunkturtests
- Arbeitsmarktentwicklung in Sachsen

22. Jahrgang (2015)

Herausgeber: ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.,  
Niederlassung Dresden, Einsteinstraße 3, 01069 Dresden,  
Telefon: 0351 26476-0, Telefax: 0351 26476-20

E-Mail: [dresden@ifo.de](mailto:dresden@ifo.de)

Internet: <http://www.ifo-dresden.de>

Redaktion: Joachim Ragnitz

Technische Leitung: Katrin Behm

Vertrieb: ifo Institut, Niederlassung Dresden

Erscheinungsweise: zweimonatlich

Bezugspreis jährlich: 25,00 €

Preis des Einzelheftes: 5,00 €

Preise einschl. Mehrwertsteuer, zzgl. Versandkosten

Teilnehmer an regelmäßigen ifo Umfragen erhalten einen Rabatt.

Grafik Design: © ifo Institut München

Satz und Druck: c-macs publishingservice Dresden

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise):

Nur mit Quellenangabe und gegen Einsendung  
eines Belegexemplares.

# ifo Dresden berichtet 6/2015

## Aktuelle Forschungsergebnisse

### Einwanderungsland Deutschland – Wie Migration den demographischen Wandel bremst

3

*Jan Kluge*

Zuwanderung ist in Deutschland in diesen Tagen ein großes Thema. Dieser Artikel stellt Teile eines aktuellen Gutachtens vor, das das IFO INSTITUT im Auftrag der FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG erstellt hat. Darin werden die Auswirkungen von regulärer Migration auf die Zusammensetzung der Bevölkerung analysiert – also ohne Berücksichtigung der aktuellen Flüchtlingszuwanderungen. Ein zentraler Beitrag der Studie ist eine Bevölkerungsvorausberechnung der Zahl der Personen mit Migrationshintergrund in Deutschland bis 2030. Die Ergebnisse der Projektion legen den Schluss nahe, dass die Gesellschaft in Deutschland vielfältiger wird. Die überwiegend jungen Zuwanderer tragen dazu bei, dass das Durchschnittsalter in Deutschland weniger stark ansteigt und die Bevölkerungszahl langsamer zurückgeht. Die regionale Verteilung der Menschen mit Migrationshintergrund ist allerdings sehr ungleich: Gerade die ostdeutschen Regionen, die am stärksten durch den demographischen Wandel betroffen sind, scheinen für Zuwanderer weniger attraktiv zu sein.

### Verändert der Flüchtlingsansturm Deutschland?

10

*Wolfgang Gerstenberger*

In den nächsten Jahren wird in Deutschland die Zahl der Geburten die Sterbefälle nicht ausgleichen können. Dank des Netto-Zustroms von Flüchtlingen wird die Bevölkerung trotzdem weiter wachsen. Von 81,2 Mill. Menschen Ende 2014 wird die Bevölkerung bis Ende 2020 auf 83,6 Mill. (Szenario 1) bis 85,2 Mill. Menschen (Szenario 2) zunehmen. Aber auch dann werden die Deutschen ohne Migrationshintergrund im Landesdurchschnitt noch weit davon entfernt sein, in die Minderheit zu geraten. Auf der regionalen Ebene liegen die Verhältnisse z. T. anders. Die Tendenz bei Zuwanderern sich dort anzusiedeln, wo bereits Menschen gleicher Herkunft wohnen, könnte dazu führen, dass in den Städten und Landkreisen, die schon bisher einen hohen Anteil an Personen mit Migrationshintergrund haben, die Deutschen in die Minderheit geraten. Gesellschaftlich verträglicher wird der Zustrom umso eher sein, je besser es gelingt, ihn regional auf möglichst viele Städte und Gemeinden zu verteilen.

### Eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft für Dresden?

25

*Carolin Fritzsche*

Der Stadtrat der Landeshauptstadt Dresden hat im August 2015 beschlossen, eine neue kommunale Wohnungsgesellschaft zu gründen. In diesem Artikel wird diskutiert, ob die angeführten Gründe für das staatliche Eingreifen in den Wohnungsmarkt gerechtfertigt sind. Aus wissenschaftlicher Sicht gibt es keine Argumente dafür, dass die Stadt Dresden mit Hilfe einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft etwaige Spannungen am Wohnungsmarkt beseitigen sollte.

### Satellitendaten zur Schätzung von Regionaleinkommen – Das Beispiel Deutschland

35

*Christian Leßmann, André Seidel und Arne Steinkraus*

Eine neue Möglichkeit zur Schätzung fehlender regionaler Einkommensdaten bieten Satellitenbilder der Erde bei Nacht. Die grundlegende Idee ist, dass wirtschaftliche Aktivitäten, die in den Abendstunden stattfinden, Licht benötigen bzw. emittieren. Aus der Lichtemission bei Nacht kann ein Rückschluss auf wirtschaftliche Größen gezogen werden. Ziel dieses Beitrags ist, die in der Literatur verwendeten Daten vorzustellen sowie die Möglichkeiten und Grenzen der Nutzung von Satellitendaten zur Schätzung von Einkommen zu diskutieren. Im Beitrag werden die Satellitendaten vorgestellt sowie damit verbundene Messprobleme diskutiert. Anhand des Beispiels Deutschlands wird untersucht, inwieweit sich die Lichtemissionsdaten für regionalökonomische Analysen eignen. Es wurde kein besonders großer und zudem wenig robuster Zusammenhang zwischen

Lichtemissionen und regionalem Bruttoinlandsprodukt gefunden. Für weniger entwickelte Staaten können die Daten jedoch ein wertvoller Indikator des nationalen oder regionalen Einkommens sein und damit helfen, die sehr lückenhaften Regionalstatistiken zu vervollständigen.

## **Gemeinschaftsdiagnose im Herbst 2015: Deutsche Konjunktur stabil – Wachstumspotenziale heben**

43

*Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose*

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem verhaltenen Aufschwung. Das Bruttoinlandsprodukt wird in diesem und im kommenden Jahr um jeweils 1,8 % steigen. Getragen wird die Expansion vom privaten Konsum. Die Investitionen beleben sich allmählich. Die Exporte dürften angesichts der mäßigen Expansion der Weltwirtschaft nur leicht ausgeweitet werden, zumal die belebende Wirkung der Euro-Abwertung allmählich nachlässt. Die Beschäftigung wird wieder rascher ausgeweitet. Allerdings dürfte die Arbeitslosigkeit im Verlauf des kommenden Jahres leicht steigen, weil die derzeit große Zahl von Asylsuchenden nach und nach am Arbeitsmarkt ankommt. Für die öffentlichen Haushalte in Deutschland zeichnet sich für das kommende Jahr ein Überschuss von 13 Mrd. € ab. Dieser dürfte damit deutlich geringer sein als der für 2015 erwartete Überschuss in Höhe von rund 23 Mrd. € – nicht zuletzt aufgrund zusätzlicher Ausgaben für die Bewältigung der Flüchtlingsmigration.

### **Im Blickpunkt**

#### **Es weihnachtet unterschiedlich im europäischen Einzelhandel**

47

*Xenia Frei*

Weihnachtsgeschenke führen nicht nur zu strahlenden Kinderaugen, sondern auch zu bedeutenden Umsatzsteigerungen im Einzelhandel. In diesem Artikel wird die Bedeutung des Weihnachtsgeschäftes für den deutschen Einzelhandel dargestellt und mit den europäischen Nachbarn verglichen. Besonders die Auswirkungen der Finanzkrise im Jahr 2008 treten deutlich zu Tage. Im Krisenzeitraum brachen die Weihnachtsumsätze in allen europäischen Ländern ein. Während sich die Umsätze in den meisten europäischen Ländern bis zum Jahr 2014 wieder weitgehend erholt haben, verharrten sie in den Krisenstaaten sowie einigen osteuropäischen Ländern auf ihrem niedrigen Krisenniveau. Die Finanzkrise trug somit dazu bei, die Unterschiede in der Ausprägung des Weihnachtsgeschäftes für den Einzelhandel innerhalb Europas weiter zu verstärken.

### **Daten und Prognosen**

#### **Vierteljährliche VGR für Sachsen: Ergebnisse für das zweite Quartal 2015**

51

*Wolfgang Nierhaus*

#### **Terroranschläge in Paris und internationale Turbulenzen verunsichern sächsische Wirtschaft bislang nicht: ifo Geschäftsklima im November 2015**

53

*Robert Lehmann*

#### **Zum Jahresende nochmals gute Nachrichten vom ostdeutschen und sächsischen Arbeitsmarkt**

56

*Michael Weber*

### **Aus der ifo Werkstatt**

#### **ifo Veranstaltungen**

59

#### **ifo Veröffentlichungen**

59

#### **ifo Vorträge**

60

#### **ifo intern**

61

# Einwanderungsland Deutschland – Wie Migration den demographischen Wandel bremst

Jan Kluge\*

## Einleitung

In diesen Tagen wird in Deutschland heftig und oft auf beängstigende Weise unsachlich über das Thema Zuwanderung gestritten. Wechselseitige Vorhaltungen und populistische Kurzschlüsse bis hin zu gewalttätigen und offen rechtsradikalen Ausfällen sind dabei an die Stelle einer sachlichen und dringend notwendigen Zuwanderungsdebatte getreten. In den aktuellen Auseinandersetzungen werden häufig auch scheinbar beliebig Themengebiete vermischt, die sachlich wenig miteinander zu tun haben.

Ein Defizit in der aktuellen Debatte ist dabei die Verquickung von asylbedingter und regulärer Zuwanderung: Das Asylrecht ist im Grundgesetz verankert und garantiert politisch Verfolgten die Möglichkeit, in Deutschland ihren Aufenthalt zu nehmen. Artikel 16 (1) fordert – völlig unabhängig davon, ob die beruflichen Qualifikationen der Flüchtlinge mit dem deutschen Arbeitsmarkt kompatibel sind oder nicht – Asylrecht für politisch Verfolgte. Ganz anders ist die Situation bei Zuwanderungen, die explizit mit dem Ziel des Studiums, der Berufsausbildung oder der Arbeitsaufnahme in Deutschland erfolgen. Dieser Artikel befasst sich mit dem zweiten Typ von Zuwanderung in der langen Frist.

Die FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG (FES) hat im Jahr 2014 die Dresdner Niederlassung des IFO INSTITUTS beauftragt, den Zusammenhang von Migration und demographischer Entwicklung zu untersuchen. Die Ergebnisse dieser Untersuchung, die das IFO INSTITUT zusammen mit den Lehrstühlen für Wirtschaftspolitik und Wirtschaftsforschung sowie für Sozial- und Gesundheitsbauten der TECHNISCHEM UNIVERSITÄT (TU) DRESDEN durchgeführt hat, sind im September erschienen [vgl. FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG (2015); im Netz verfügbar unter [www.fes.de](http://www.fes.de)]. Das Gutachten besteht aus drei Kapiteln: Es befasst sich mit den Auswirkungen von Migration auf (1.) den demographischen Wandel, (2.) auf den Arbeitsmarkt und die sozialen Sicherungssysteme und nimmt (3.) die Lage älterer Migranten in Deutschland in den Fokus.

Der vorliegende Artikel fasst das erste Kapitel des Gutachtens zusammen und zeigt, wie sich die Bevölkerungsstruktur in Deutschland durch Migration bis 2030 verändern wird. Ein wesentlicher Beitrag dieses Kapitels besteht darin, dass eine Bevölkerungsvorausberechnung für die Personen mit Migrationshintergrund bis 2030

durchgeführt wird. Dadurch wird es möglich, die zunehmende Heterogenisierung der Gesellschaft durch Zuwanderung als eine zusätzliche Komponente des demographischen Wandels zu thematisieren.

Eine Auseinandersetzung mit dem Thema der asylbedingten Zuwanderung erfolgt in einem Artikel von Wolfgang Gerstenberger, der ebenfalls in *ifo Dresden berichtet* erschienen ist (vgl. S. 10–24 in diesem Heft).

## Zuwanderung verlangsamt Alterung und Bevölkerungsrückgang

Der Begriff „demographischer Wandel“ wird in Deutschland üblicherweise mit zwei zentralen Entwicklungen in Verbindung gebracht:

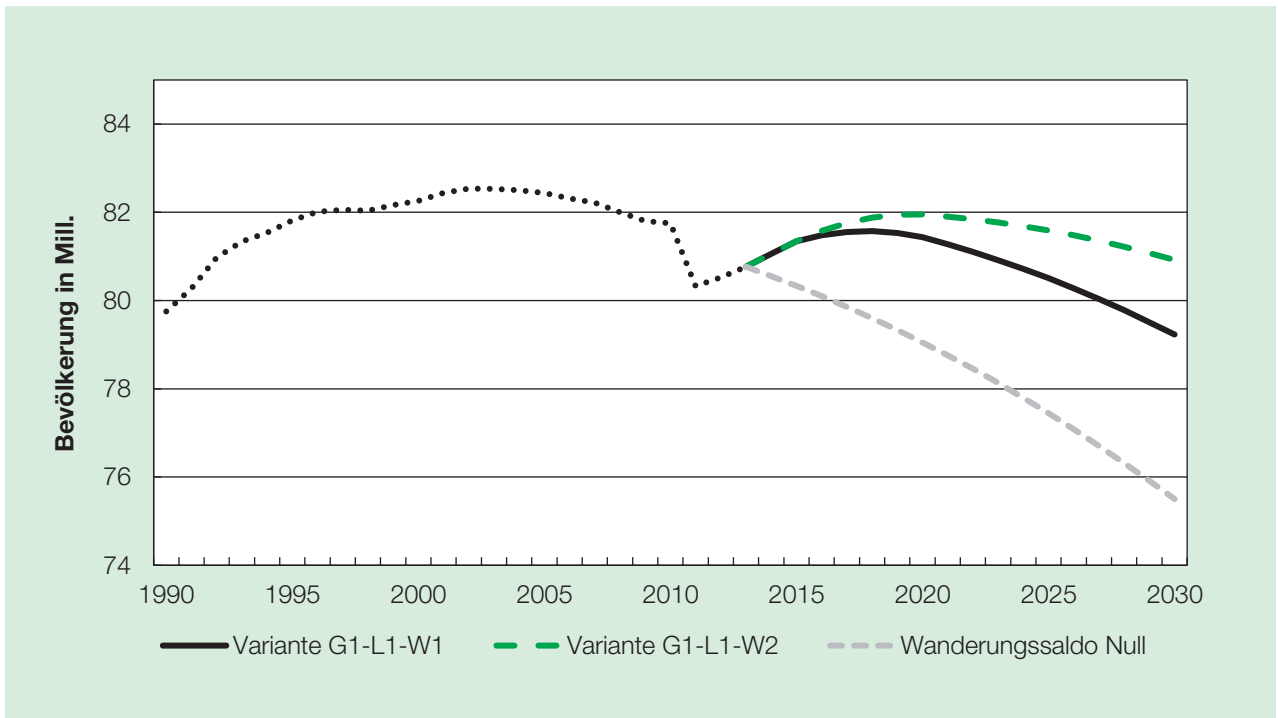
- Bevölkerungsrückgang: Da die Zahl der Geburten nicht ausreicht, um die Zahl der Sterbefälle auszugleichen, reduziert sich die Bevölkerungszahl.
- Alterung: Da die Lebenserwartung stetig steigt, wird die Bevölkerung im Durchschnitt immer älter.

Zuwanderung kann beide Entwicklungen beeinflussen. Abbildung 1 veranschaulicht die Ergebnisse der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung des STATISTISCHEN BUNDESAMTES (2015a), die verschiedene Wanderungsszenarien berücksichtigt.

Die gepunktete Kurve zeigt zunächst die historische Entwicklung des Bevölkerungsstandes. Der Knick im Jahr 2011 kommt dabei durch eine Korrektur infolge des letzten Zensus zustande, bei dem festgestellt wurde, dass die tatsächliche Bevölkerungszahl geringer ist als bisher angenommen. Im Jahr 2013 lag die Bevölkerungszahl bei 80,8 Mill. Einwohnern. Die drei Kurven ab dem Jahr 2013 zeigen dann verschiedene Szenarien der Vorausberechnung. Die durchgezogene Kurve stellt das Szenario bei moderater Zuwanderung dar, d. h. der Wanderungssaldo liegt im Jahr 2014 bei 500.000 Personen, sinkt bis zum Jahr 2021 auf 100.000 Personen pro Jahr ab und bleibt dann konstant auf diesem Niveau. Unter dieser Annahme wird die Bevölkerungszahl schon im Jahr 2024 kleiner sein als noch 2013. Im Jahr 2060 würde die Bevölkerungszahl nur noch bei ca. 67,6 Mill. Personen liegen.

\* Jan Kluge ist Doktorand an der Niederlassung Dresden des ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

Abbildung 1: Bevölkerungsvorausberechnung bis 2030



Quellen: Statistisches Bundesamt (2015a), Darstellung des ifo Instituts.

Die darüber liegende Kurve zeigt die Bevölkerungsentwicklung, wenn der Wanderungssaldo nur auf 200.000 Personen pro Jahr zurückgeht; hier würde die Bevölkerungszahl noch im Jahr 2030 etwa so groß sein wie heute; bis zum Jahr 2060 würde sie dann aber doch auf ca. 73,1 Mill. Einwohner sinken. Verhindert wird der Bevölkerungsrückgang also auch mit Zuwanderung nicht, aber es bleibt mehr Zeit, sich an die veränderten Verhältnisse anzupassen. Besonders drastisch ist die Modellrechnung (untere Kurve), die hypothetisch zeigt, was passieren würde, wenn der Wanderungssaldo ab sofort bei Null liegen würde. Die Bevölkerungszahl würde dann unmittelbar stark fallen und bis 2060 um ein Viertel, d. h. auf ca. 60,2 Millionen Einwohner, absinken.

Zuwanderung dämpft bzw. verzögert also den Bevölkerungsrückgang. Sie hat aber auch positive Auswirkungen auf das Durchschnittsalter der Bevölkerung. Das zeigt Abbildung 2 beispielhaft für das Jahr 2013.

Die grünen Balken zeigen die Altersverteilung der Wohnbevölkerung, d. h. aller Personen (unabhängig von ihrer Staatsangehörigkeit), die im Jahr 2013 in Deutschland ihren Wohnsitz hatten. Hier sind die Kohorten im Alter von circa 50 Jahren recht stark vertreten. Das Medianalter lag bei 45,6 Jahren; d. h. die Hälfte der Wohnbevölkerung war jeweils jünger bzw. älter als 45,6 Jahre. Die grauen Balken zeigen dagegen die Verteilung derjenigen Personen, die im Jahr 2013 nach Deutschland eingewandert sind. Offensichtlich sind diese Personen im Schnitt deutlich jün-

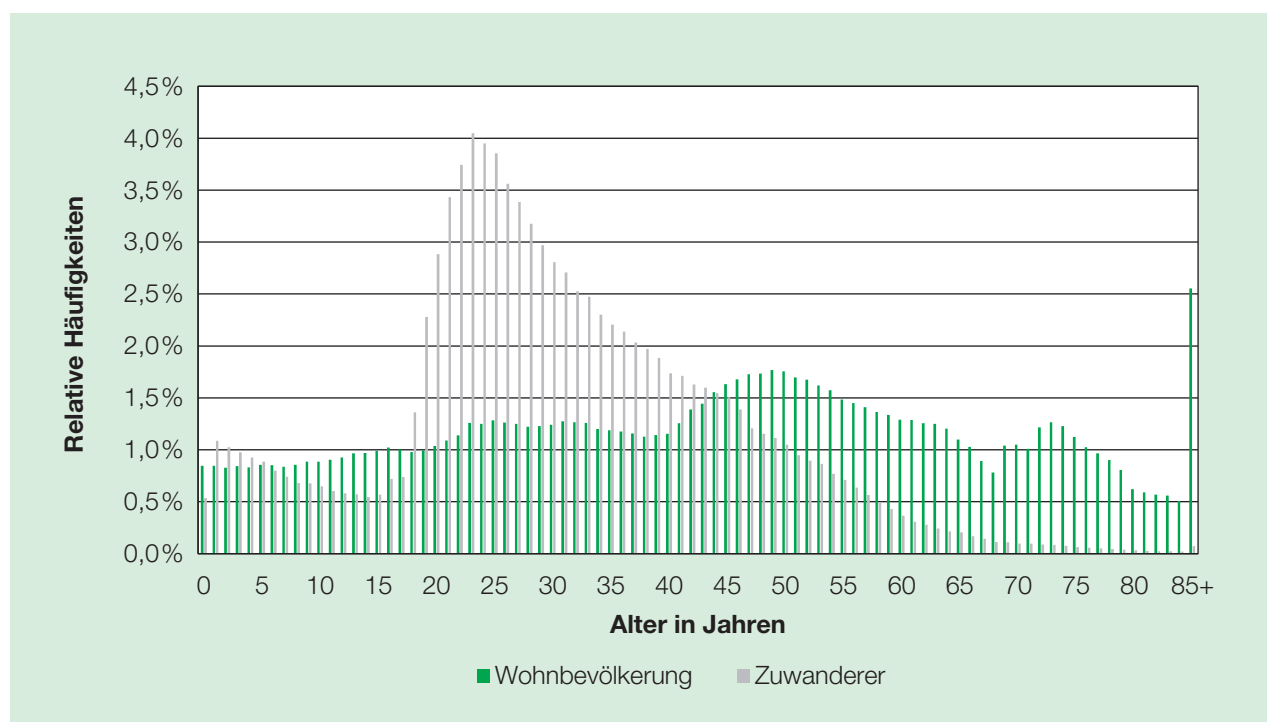
ger. Die meisten Zuwanderer waren zwischen 20 und 40 Jahre alt; das Medianalter lag bei nur 29,3 Jahren. Am linken Rand ist zu erkennen, dass auch die sehr jungen Kohorten stärker vertreten sind, da Migration häufig im Familienverbund stattfindet. Mit zunehmendem Alter nimmt die Migrationsneigung rapide ab.

Zuwanderung hat also zunächst dämpfende Effekte auf die demographische Entwicklung in Deutschland, da sie die Bevölkerung verjüngt und ein schnelleres Absinken der Bevölkerungszahl verhindert. Eine Folge der Zuwanderung ist jedoch auch eine zunehmende Heterogenität innerhalb der Bevölkerung, d. h. die Zusammensetzung der Bevölkerung nach Kulturen, Religionen, Sprachen etc. wird diverser. Neben den beiden bisher schon untersuchten Phänomenen des demographischen Wandels (Bevölkerungsrückgang und Alterung), ist die Heterogenisierung eine weitere Komponente, die im Folgenden näher untersucht werden soll.

### Zuwanderer machen Deutschland heterogener

Die in Abbildung 2 vorgenommene, sehr einfache Untergliederung der Bevölkerung in „Wohnbevölkerung“ (alle Personen, die zu einem Zeitpunkt in Deutschland leben) und „Zuwanderer“ (alle, die in einem bestimmten Zeitraum dazu gekommen sind) ist nur eine Momentaufnahme und reicht nicht aus, um die Heterogenität der Bevölkerung

Abbildung 2: Altersverteilung der Bevölkerung im Jahr 2013



Quellen: Statistisches Bundesamt (2014a, 2015b), Darstellung des ifo Instituts.

zu beurteilen. Eine Person, die im Jahr 2013 zugewandert ist, zählt im Jahr 2014 schon zur Wohnbevölkerung, obwohl sie sich in vielen Charakteristika noch sehr stark von den Personen unterscheiden dürfte, die seit ihrer Geburt in Deutschland leben. Doch selbst bei den in Deutschland geborenen Menschen können kulturelle Unterschiede vorliegen, wenn die Eltern nach Deutschland zugewandert sind.

Um solche Unterschiede zu erfassen, hat das STATISTISCHE BUNDESAMT (2014b) das Konzept des „Migrationshintergrundes“ definiert. Einen solchen haben alle Personen, die nach 1949 selbst nach Deutschland eingewandert sind, sowie Personen, bei denen zumindest ein Elternteil zugewandert ist bzw. bei der Geburt in Deutschland nicht sofort die deutsche Staatszugehörigkeit erhalten hatte. Auf diese Weise kann also eine Person auch dann einen Migrationshintergrund haben, wenn die Familie bereits seit mehreren Generationen in Deutschland lebt.

Aus mehreren Gründen ist zu erwarten, dass die Gruppe der Menschen mit Migrationshintergrund stärker wächst als die restliche Bevölkerung. Erstens wird diese Gruppe jedes Jahr durch neue Zuwanderung verstärkt: Im Zeitraum von 1996 bis 2014 sind durchschnittlich rund 718.000 Personen pro Jahr (brutto) nach Deutschland zugewandert; der überwiegende Teil davon aus der Europäischen Union bzw. aus dem restlichen Europa [vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT (2015c)]. Die Bevölkerung ohne Migrationshintergrund wächst dagegen definitionsgemäß

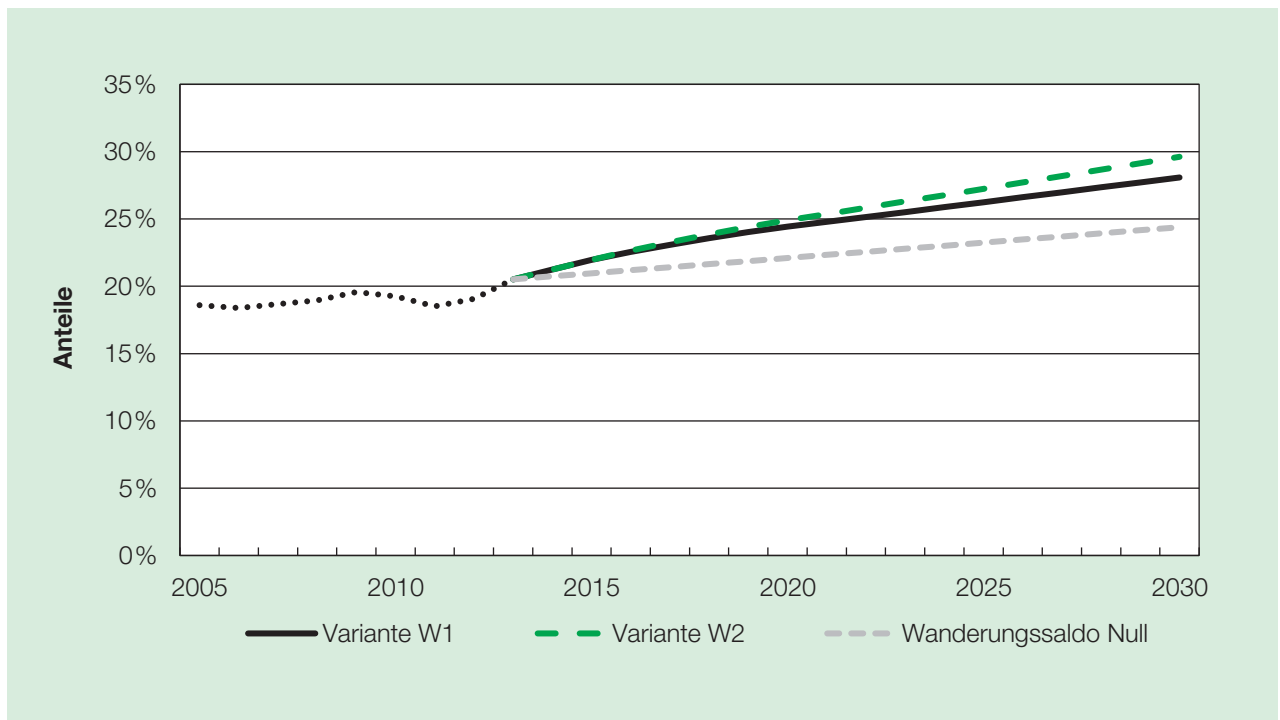
nicht durch Zuwanderung (sondern schrumpft möglicherweise sogar infolge von Abwanderung). Zweitens ist die Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Durchschnitt jünger, da sie jedes Jahr durch die Zuwanderung überwiegend junger Menschen ergänzt wird. Das geringere Durchschnittsalter führt zu stärkerem natürlichem Bevölkerungswachstum, da die meisten Migrantinnen zum Zeitpunkt der Zuwanderung noch im gebärfähigen Alter sind. Im Gegensatz dazu ist die Gruppe der Personen ohne Migrationshintergrund aufgrund des höheren Durchschnittsalters von einer höheren Sterblichkeit gekennzeichnet, wodurch sie auf natürliche Weise schrumpft. Drittens ist die Zahl der Geburten pro Frau bei Migrantinnen (zumindest in der 1. Generation) deutlich höher als die deutscher Frauen [Migrantinnen: 2,3 Kinder pro Frau; Deutsche: 1,35 Kinder pro Frau; vgl. STATISTISCHES BUNDESAMT (2015d)].

Im Folgenden wird daher beschrieben, wie sich die Bevölkerung mit und ohne Migrationshintergrund verändern wird. Die für die Modellierung notwendigen Annahmen sind dabei sehr stark an die 13. koordinierte Bevölkerungsvorausberechnung des STATISTISCHEN BUNDESAMTES (2015a) angelehnt [für Details vgl. FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG (2015)]. Die Ergebnisse sind in Abbildung 3 dargestellt.

Unabhängig davon, wie hoch die Zuwanderung in den nächsten Jahren sein wird, wird der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund an der Gesamtbevölkerung ansteigen. Während heute ungefähr ein Fünftel der



Abbildung 3: Vorausberechnung des Anteils der Bevölkerung mit Migrationshintergrund



Quellen: Statistisches Bundesamt (2014b), Berechnungen und Darstellung des ifo Instituts.

Bevölkerung einen Migrationshintergrund hat, wird es bei weiterhin moderater Zuwanderung (Variante W1) im Jahr 2030 schon mehr als ein Viertel (rund 28 %) sein; bei stärkerer Zuwanderung (Variante W2) bewegt sich der Anteil in Richtung eines Drittels (rund 30 %). Selbst in der Modellrechnung ohne weitere Nettozuwanderung steigt der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund auf rund 24 % an. Die Gründe sind vor allem das geringere Durchschnittsalter und die höheren Geburtenraten der Migranten. Schon allein dadurch würde die Heterogenität der Bevölkerung selbst in dem hypothetischen Fall noch zunehmen, in dem weitere Zuwanderung ausbliebe.

### Personen mit Migrationshintergrund sind regional sehr ungleichmäßig verteilt

Aufgrund der unterschiedlichen historischen Voraussetzungen und der nach wie vor sehr unterschiedlichen wirtschaftlichen Bedingungen verteilt sich die Bevölkerung mit Migrationshintergrund sehr ungleich über das Bundesgebiet (vgl. dazu auch den Artikel von Wolfgang Gerstenberger in diesem Heft). Folglich wird auch die Heterogenisierung unterschiedlich schnell fortschreiten.

Für die kartographische Darstellung in Abbildung 4 wurden Repräsentationskoeffizienten (REPQ) berechnet, die eine Aussage darüber erlauben, ob in einer Region im Vergleich zum Bundesdurchschnitt viele oder wenige

Personen mit Migrationshintergrund leben [für Details zur Berechnung, vgl. FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG (2015)]. Ein Koeffizient von 1 besagt, dass der Anteil der Personen mit Migrationshintergrund in einer Region genau dem Bundesdurchschnitt entspricht. Ist der Repräsentationskoeffizient größer (kleiner) als 1, dann sind Personen mit Migrationshintergrund überrepräsentiert (unterrepräsentiert). In Abbildung 4 sind die Repräsentationskoeffizienten nach Dezilen dargestellt: In den dunkelgrünen Regionen sind Personen mit Migrationshintergrund überrepräsentiert; in den hellgrün eingefärbten Regionen sind sie eher unterrepräsentiert.

Abbildung 4 zeigt, dass in Ostdeutschland nur vergleichsweise wenige Menschen einen Migrationshintergrund haben, während die Repräsentationskoeffizienten insbesondere in den westdeutschen Ballungsräumen und in Berlin weitaus höher sind. Ein naheliegender Grund dafür sind sicherlich die ökonomischen Unterschiede, die Zuwanderer bis heute eher in westdeutsche Regionen führen. Ein weiterer Grund ist aber auch die Gastarbeiterperiode in den alten Bundesländern, die in den Daten zum Migrationshintergrund bis heute fortwirkt, und die es in der ehemaligen DDR – zumindest in dieser Größenordnung – nicht gegeben hat.

Tatsächlich scheint sich die Gastarbeiterperiode auch heute noch auf die Zusammensetzung innerhalb der ausländischen Bevölkerung auszuwirken. An dieser Stelle löst sich dieser Artikel wieder vom Konzept des Migra-



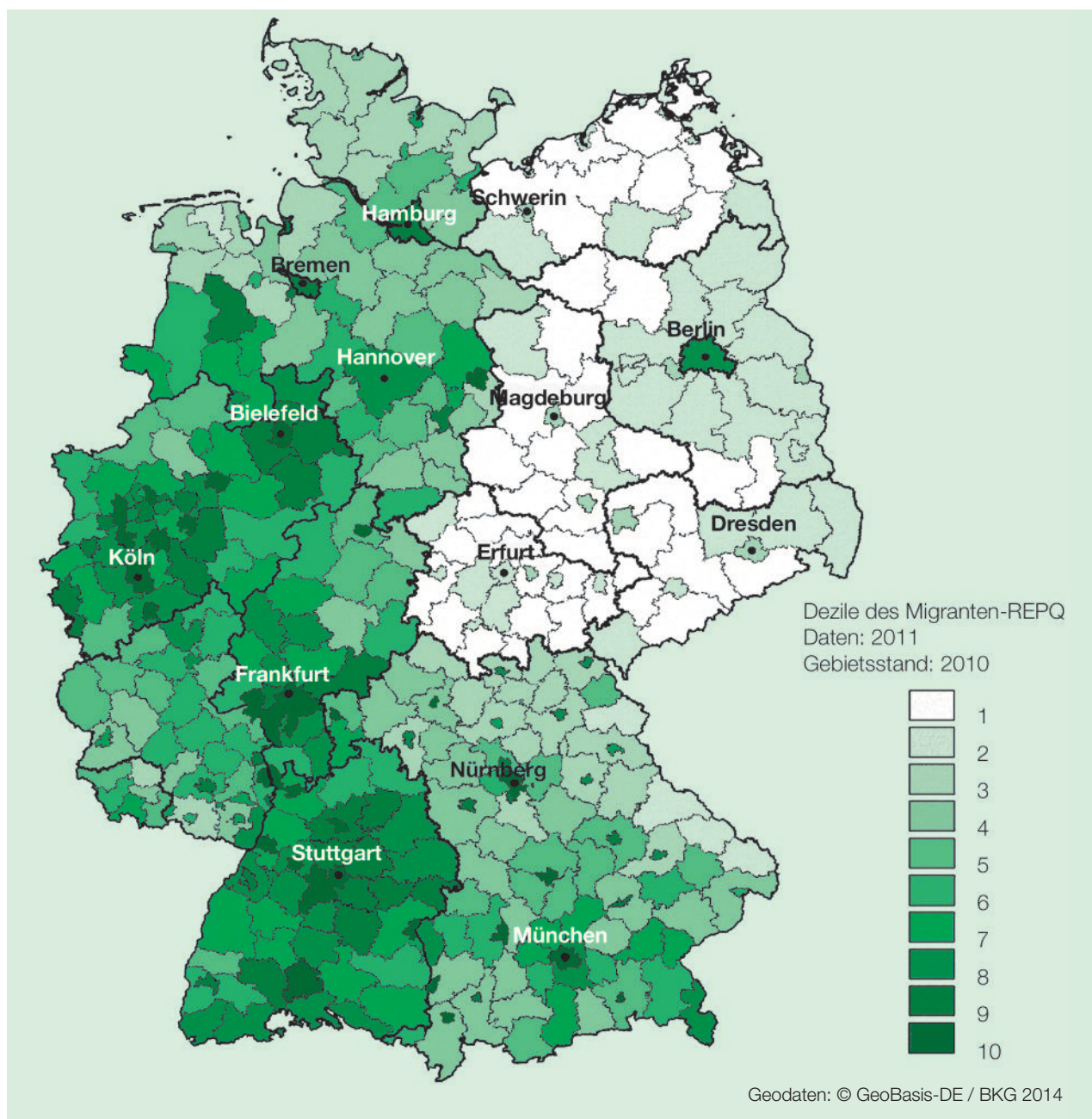
tionshintergrundes, da dieser nicht nach Herkunftsländern differenziert. In Tabelle 1 sind, getrennt nach Ost- und Westdeutschland und jeweils für die Jahre 1998 und 2014, die Herkunftsländer dargestellt, aus denen zusammen jeweils 50 % der ausländischen Bevölkerung kamen. Dabei sind zwei Tatsachen festzustellen.

Erstens: Die ausländische Bevölkerung ist in Ostdeutschland (auch wenn sie absolut nicht sehr groß ist) deutlich heterogener als in Westdeutschland. Während im Westen die klassischen Herkunftsländer aus der Gastarbeiterperiode (wie z. B. Türkei) dominieren, ist im Osten

kein vergleichbares Muster festzustellen. Die am stärksten vertretenen Herkunftsländer sind hier diejenigen, die mit der ehemaligen DDR freundschaftliche Verbindungen unterhielten, wie z. B. Vietnam, Russland oder auch Syrien. Deren Anteile sind aber nicht annähernd so dominant wie der Anteil der Türkei in Westdeutschland.

Die zweite Erkenntnis aus Tabelle 1 ist, dass sowohl die alten als auch die neuen Bundesländer seit 1998 heterogener geworden sind. Auch im eher homogenen Westdeutschland, in dem 1998 noch drei Länder ausreichten, um mindestens 50 % der ausländischen Bevölkerung zu

**Abbildung 4: Räumliche Verteilung der Bevölkerung mit Migrationshintergrund**



Quellen: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2015), Berechnung und Darstellung des ifo Instituts.

erfassen, werden 2014 immerhin fünf Länder gebraucht. Auch Ostdeutschland ist etwas heterogener geworden. Im Jahr 2014 kam die Hälfte der ausländischen Bevölkerung aus neun verschiedenen Ländern; im Jahr 1998 waren es nur acht Länder.

Ein Grund für die wachsende Heterogenität der ausländischen Bevölkerung in Deutschland ist die zunehmende Integration der Europäischen Union (EU). In der ferneren Vergangenheit war Zuwanderung nach Westdeutschland durch die Anwerbeprogramme auf wenige, ausgewählte Länder beschränkt. In der ehemaligen DDR war sie durch ideologische Grenzziehungen determiniert. Die Freizügigkeiten der Europäischen Union haben inzwischen dazu geführt, dass Wanderungsbewegungen innerhalb Europas einfacher möglich sind und dass Menschen aus vielen verschiedenen Ländern nach Deutschland kommen. Abbildung 5 stellt dar, dass die EU in den vergangenen Jahren die Hauptquelle der Zuwanderung war. Besonders der starke Anstieg seit Ausbruch der Finanzkrise war darauf zurückzuführen. Die EU-Osterweiterung im Jahr 2004 führte zunächst nur zu einer Umklassifizierung der Herkunftsregion [von „Europa (außer EU)“ hin zu „EU“]. Der Zustrom von durchschnittlich 718.000 Personen pro Jahr im Zeitraum zwischen 1996 und 2014 hat also dazu beigetragen, die alten Muster aufzubrechen, und zu einer vielfältigeren Bevölkerungsstruktur geführt.

## Fazit

Deutschland hat in den letzten Jahren erhebliche Zuwanderung verzeichnet. Das ist gerade vor dem Hintergrund der demographischen Entwicklung in Deutschland zu begrüßen, wenn es gelingt, die Zuwanderer in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Einerseits dämpft Migration direkt den Bevölkerungsrückgang. Weiterhin sind die Zuwanderer überwiegend jünger als die deutsche Wohnbevölkerung, wodurch sich die Alterung der Gesamtbevölkerung verlangsamt.

Allerdings wird Zuwanderung in der zu erwartenden Größenordnung nicht ausreichen, um den Bevölkerungsrückgang zu stoppen. Selbst bei sehr optimistischen Annahmen sieht das STATISTISCHE BUNDESAMT (2015a) ab dem Jahr 2030 einen Bevölkerungsrückgang voraus. Außerdem wird es darauf ankommen, die vorhandenen Zuwanderer in den Arbeitsmarkt zu integrieren, um auch die erhofften positiven Effekte auf die öffentlichen Haushalte zu erzeugen.

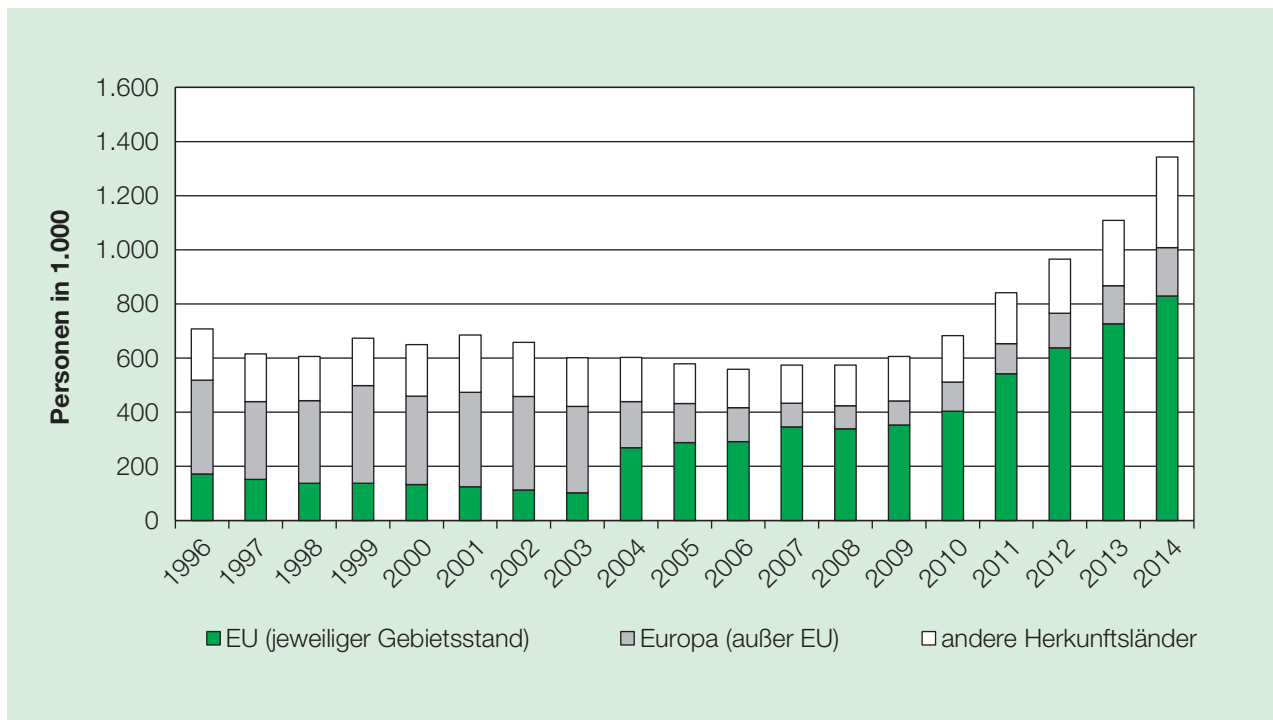
Darüber hinaus ist nicht zu erwarten, dass Zuwanderer genau diejenigen Regionen bevorzugen, die vom demographischen Wandel besonders betroffen sind. Gerade in Ostdeutschland, das früher als andere Regionen die Auswirkungen von Bevölkerungsrückgang und Alterung spüren wird, haben heute nur wenige Menschen einen Migrationshintergrund. Da bei Migration, wie

**Tabelle 1: Anteile der Herkunftsländer, aus denen insgesamt jeweils 50 % der gesamten Ausländer kommen**

| Westdeutschland (inkl. Berlin) |             |              |             | Ostdeutschland (exkl. Berlin) |             |              |             |
|--------------------------------|-------------|--------------|-------------|-------------------------------|-------------|--------------|-------------|
| 1998                           |             | 2014         |             | 1998                          |             | 2014         |             |
| Land                           | %           | Land         | %           | Land                          | %           | Land         | %           |
| Türkei                         | 29,6        | Türkei       | 19,4        | Vietnam                       | 11,0        | Polen        | 12,3        |
| Ex-Jugoslaw.                   | 16,4        | Ex-Jugoslaw. | 12,9        | Ex-Jugoslaw.                  | 9,0         | Russ. Föd.   | 7,4         |
| Italien                        | 8,6         | Polen        | 8,1         | Polen                         | 8,7         | Ex-Jugoslaw. | 6,2         |
|                                | <b>54,6</b> | Italien      | 7,3         | Rumänien                      | 6,4         | Vietnam      | 5,5         |
|                                |             | Rumänien     | 4,4         | Türkei                        | 4,9         | Ukraine      | 5,0         |
|                                |             |              | <b>52,0</b> | Russ. Föd.                    | 4,5         | Syrien       | 3,8         |
|                                |             |              |             | Ukraine                       | 3,7         | Rumänien     | 3,7         |
|                                |             |              |             | Bulgarien                     | 3,3         | Türkei       | 3,4         |
|                                |             |              |             |                               | <b>51,7</b> | China        | 3,2         |
|                                |             |              |             |                               |             |              | <b>50,6</b> |

Quellen: Statistisches Bundesamt (2015e), Darstellung des ifo Instituts.

Abbildung 5: Jährliche (Brutto-)Zuwanderung nach Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt (2015c), vorläufige Zahlen für 2014, Darstellung des ifo Instituts.

auch in dem Artikel von Wolfgang Gerstenberger in diesem Heft aufgezeigt wird, Netzwerkeffekte eine Rolle spielen können (d.h. Zuwanderer wählen Regionen, in denen schon Menschen aus ihren Heimatländern leben) und die wirtschaftlichen Bedingungen auch 25 Jahre nach der Wiedervereinigung noch deutlich schlechter sind als in Westdeutschland, sind die Chancen nicht sehr groß, den Bevölkerungsrückgang durch verstärkte Einwanderung ausgleichen zu können.

## Literatur

- FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG (FES) (Hrsg.) (2015): Auswirkungen des demografischen Wandels im Einwanderungsland Deutschland, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- STATISTISCHE ÄMTER DES BUNDES UND DER LÄNDER (Hrsg.) (2015): Zensus 2011, Bevölkerung nach Nationalität, Migrationshintergrund und Altersjahren – 09.05.2011 – regionale Tiefe: Kreise und kreisfreie Städte (<https://www.regionalstatistik.de/genesis/online>, abgerufen am 07.05.2015), Düsseldorf.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2014a): Wanderungen zwischen Deutschland und dem Ausland 2013 nach

Einzelaltersjahren und Geschlecht, Sonderauswertung, Wiesbaden.

- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2014b): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit: Bevölkerung mit Migrationshintergrund: Ergebnisse des Mikrozensus 2013, Fachserie 1 Reihe 2.2, Wiesbaden.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2015a): Bevölkerung Deutschlands bis 2060 – Ergebnisse der 13. koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung, Wiesbaden.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2015b): Bevölkerung am 31.12.2013 nach Alters- und Geburtsjahren – Ergebnisse auf Grundlage des Zensus 2011, Sonderauswertung, Wiesbaden.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2015c): Bevölkerung und Erwerbstätigkeit – vorläufige Wanderungsergebnisse, 2014, Wiesbaden.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2015d): Altersspezifische Geburtenziffern nach Staatsangehörigkeit 2000 bis 2012, Sonderauswertung, Wiesbaden.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2015e): Ausländer: Kreise, Stichtag, Geschlecht, Ländergruppierungen/Staatsangehörigkeit (für die Jahre 1998 bis 2014, <https://www-genesis.destatis.de/genesis/online>, abgerufen am 06.05.2015), Wiesbaden.

# Verändert der Flüchtlingsansturm Deutschland?

Wolfgang Gerstenberger\*

Derzeit strömen Hunderttausende von Flüchtlingen nach Deutschland. Die Aufnahmekapazität Deutschlands ist jedoch begrenzt. Nach Aussage des Bundespräsidenten muss nur noch verhandelt werden, wo die Grenze liegt. Für AfD, die CSU und Teile der CDU ist die Grenze schon jetzt erreicht. Es wird die Schließung der Grenzen gefordert. Aus Sicht des rechtskonservativen Spektrums<sup>1</sup> würden Migranten und Flüchtlinge in der aktuellen Stärke auf Dauer das deutsche Sozialsystem und unseren sozialen Frieden zerstören. Das noch vorhandene Vertrauen der Bevölkerung in die Funktionsfähigkeit von Regierung und Parlament schwindet. Kommunen werden in die Zahlungsunfähigkeit getrieben und die Deutschen werden langfristig auf ihrem Territorium zur Minderheit – so das Szenario.

Ein Blick auf die Zahlen hilft, den Realitätsgehalt dieses Szenarios einzuschätzen. Ende 2014 betrug die Bevölkerung Deutschlands 81,2 Mill. Menschen, davon waren 7,5 Mill. oder 9,3 % nicht im Besitz der deutschen Staatsangehörigkeit (Ausländer). Abbildung 1 zeigt die Entwicklung der Wohnbevölkerung seit 1990. Der Bevölkerungsstand zwischen Jahresanfang und Jahresende kann sich verändern je nach Höhe des Saldos zwischen Geburten und Sterbefällen während des Jahres und dem Saldo zwischen Zuzügen und Fortzügen von Ausländern (Wanderungssaldo). In den letzten 25 Jahren konnte der Netto-Zustrom an Ausländern<sup>2</sup> die Schrumpfungstendenz aufgrund der natürlichen Bevölkerungsbewegung nicht immer ausgleichen. Seit 2011 wächst die Bevölkerung wanderungsbedingt aber wieder deutlich. Gegenüber 2011 ist der Anteil der Ausländer um 1,4 Prozentpunkte gestiegen.

## Wellenbewegung in den Wanderungssalden

Die Frage ist, worauf die in der Abbildung 1 deutlich erkennbare Wellenbewegung in den Wanderungssalden zurückzuführen ist. Hierzu kann eine Analyse der Wanderungssalden nach Ländergruppen Hinweise geben. Unterschieden wird dabei zwischen den in Tabelle 1 dargestellten Ländergruppen.

Die Ländergruppen fassen Länder mit unterschiedlichen Rahmenbedingungen für Wanderungen zusammen. In den EU-Ländern herrscht grundsätzlich freie Wahl des Wohn- und Arbeitsortes. Beschränkungen gibt es nur hinsichtlich des Zugangs zu den Sozialsystemen.<sup>3</sup> Da der Integrationsgrad der EU-Länder u. a. von der Dauer der Zugehörigkeit abhängt, werden die Länder, die im Zuge der Osterweiterung zur EU gestoßen sind, als separate Gruppe betrachtet. Wanderungsbewegungen zwischen Deutschland und Amerika, Australien erfordern Visa und Arbeitserlaubnis. Zuzüge aus Ländern des restlichen Europas unterliegen ebenfalls in der Regel der Visumpflicht und einer Arbeitserlaubnis. Aus dieser Ländergruppe kommen auch Asylbewerber. Das Gros der Flüchtlinge und Asylbewerber kommt jedoch aus Asien und Afrika. Diese Menschen suchen Schutz vor Verfolgung und Krieg in Deutschland nach Artikel 16a des Grundgesetzes oder auf Basis der Genfer Flüchtlingskonvention, welcher Deutschland zusammen mit mehr als 140 anderen Staaten beigetreten ist. Die Aufnahmepflicht für Kriegsflüchtlinge begründet der in der Konvention verankerte subsidiäre Schutz.

Asylbewerber werden als Wanderungsfälle gezählt.<sup>4</sup> Insbesondere der Wanderungssaldo mit Asien und Afrika wird merklich durch die Kriege in Nahost beeinflusst. Wie sich die Wanderungssalden mit diesen Ländergruppen seit 2007 entwickelt haben, zeigt Abbildung 2.

Die Angaben für 2014 und 2015 beruhen auf Schätzungen.<sup>5</sup> Die Schätzung der Zuwanderungen aus Asien und Afrika stützt sich auf die Entwicklung der Zahl der Asylanträge.<sup>6</sup>

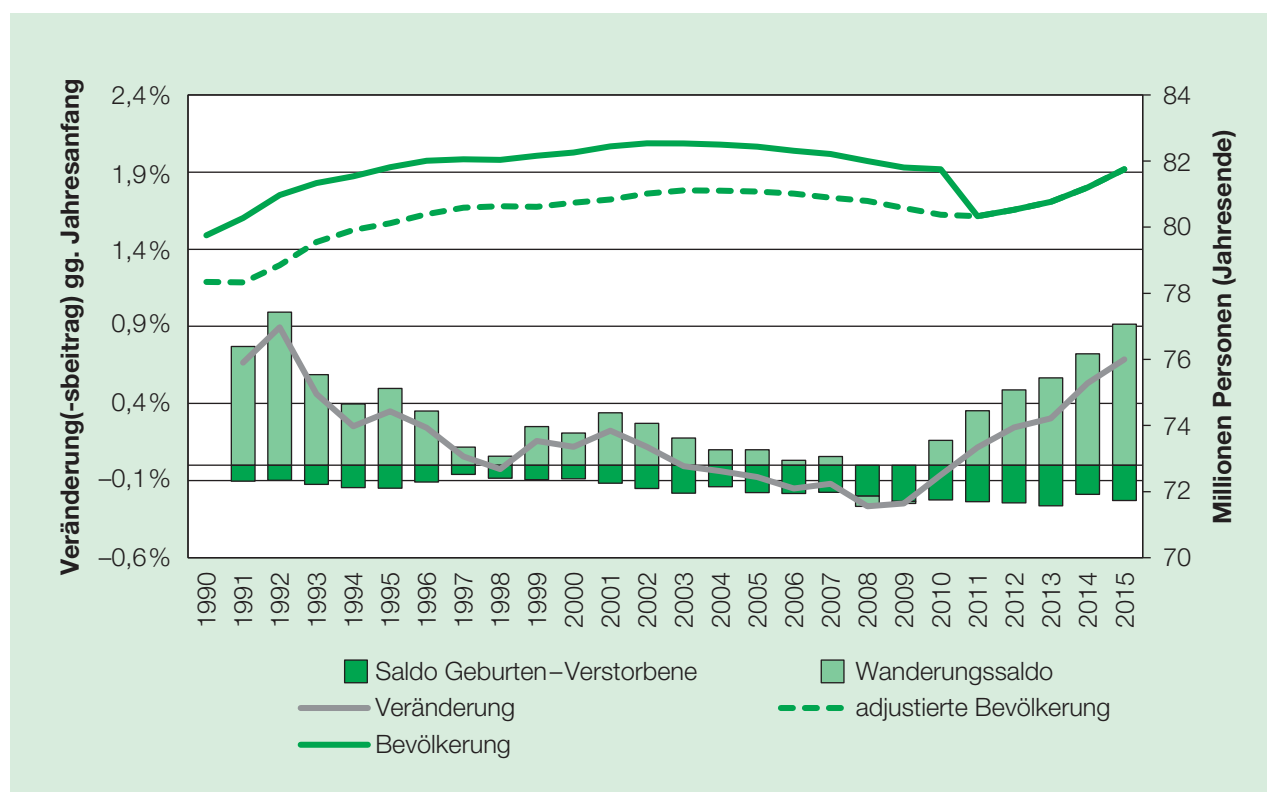
Interessant ist, dass die deutliche Zunahme der Wanderungsgewinne Deutschlands nach 2009 in erster Linie auf wachsende Zuzüge aus den EU-Ländern zurückzuführen ist. Dabei hat sich auch der Wanderungssaldo mit den „alten“ EU-Ländern erhöht. Mehr Zuwanderung per saldo hat es vor allem aus Italien, Spanien, Griechenland und Portugal gegeben. Hier wirkt sich die unterschiedliche Wirtschaftsentwicklung aus. In den Südländern der EU ist ab 2009 die Arbeitslosigkeit im Gefolge der Finanzkrise stark angestiegen. In Deutschland ist sie im Trend rückläufig gewesen. Derartige Unterschiede in den Arbeitsmärkten führen bei freier Wahl des Arbeitsplatzes stets zu Wanderungen.

Die EU-Mitglieder nach der Osterweiterung (Neue EU-Länder) genießen die Freizügigkeit im europäischen Binnenmarkt und sind großteils dem Schengen-Abkommen beigetreten. Bulgarien, Rumänien und Kroatien wenden

\* Wolfgang Gerstenberger leitete von 2000 bis 2004 die Niederlassung Dresden des ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V. Im ifo Institut war er in verschiedenen Funktionen seit 1968 tätig. Er engagiert sich derzeit im Verein „Miteinander in Kirchheim“ für Offenheit und Respekt gegenüber Fremden.



Abbildung 1: Bevölkerung Deutschlands und Faktoren der Veränderung



Quellen: Statistisches Bundesamt, Genesis, eigene Berechnungen und Darstellung.

Tabelle 1: Einteilung der Ländergruppen

| Ländergruppe               | Dazugehörige Länder   |
|----------------------------|---|
| Alte EU-Länder             | Belgien, Dänemark, Finnland, Frankreich, Griechenland, Irland, Italien, Luxemburg, Niederlande, Österreich, Portugal, Schweden, Spanien, Vereinigtes Königreich |
| Neue EU-Länder             | Bulgarien, Estland, Kroatien, Lettland, Litauen, Malta, Polen, Rumänien, Slowakei, Slowenien, Tschechische Republik,  |
| nach Osterweiterung        | Ungarn, Zypern  |
| Rest Europa                | Restliche Länder Europas  |
| Asien, Afrika, Staatenlose | Länder in Nahost und Fernost, in Afrika   |
| Amerika, Australien        | Länder aus Nord-, Mittel- und Südamerika, Australien, Ozeanien, Neuseeland  |

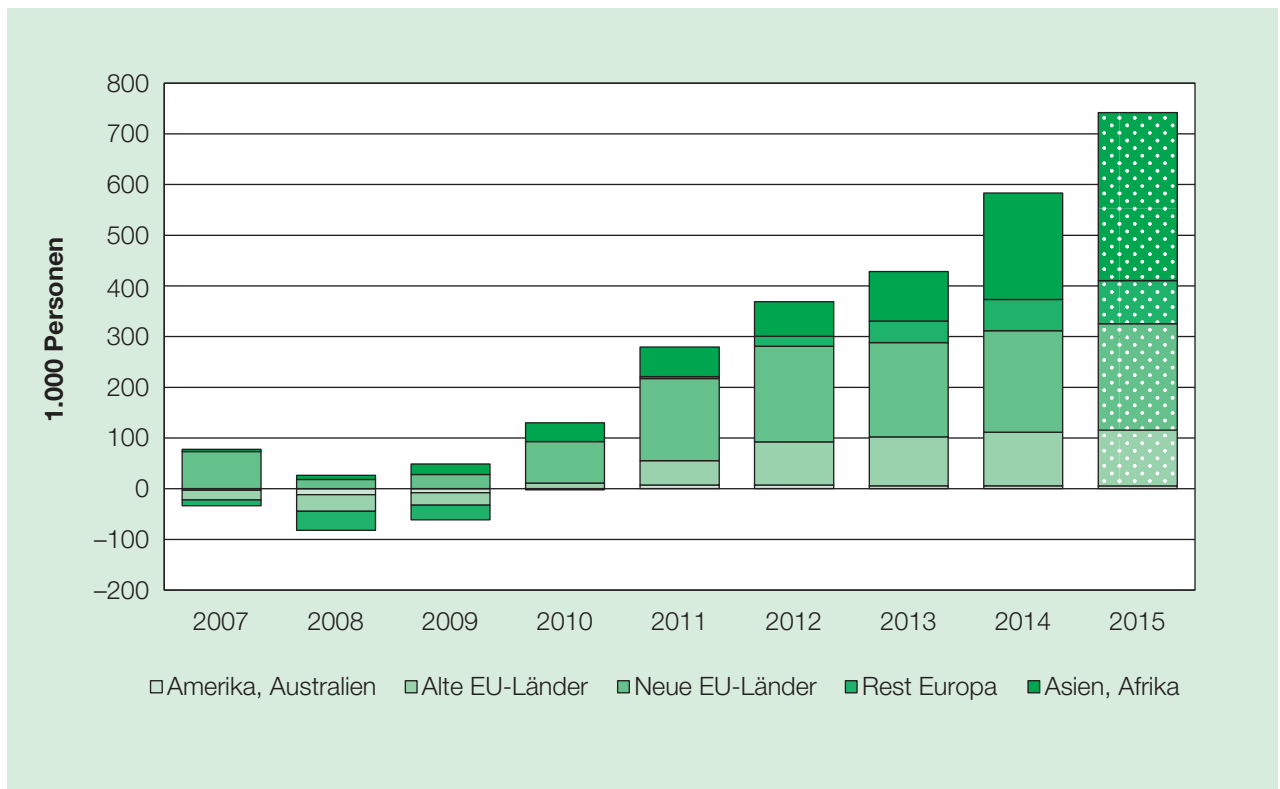
Quellen: Eigene Darstellung.

den Schengen Acquis nur teilweise an.<sup>7</sup> Die bestehenden deutlichen Unterschiede im Lohnniveau und in der Arbeitslosigkeit zwischen Deutschland und diesen Ländern haben nach 2009 zu kräftig wachsenden Wanderungsgewinnen für Deutschland geführt. Die höchsten Wanderungssalden sind mit Polen, Rumänien, Ungarn, Bulgarien zu verzeichnen. Ohne die zugewanderten Arbeitskräfte aus diesen Ländern könnte das Niveau der medizinischen Versorgung, der Altenpflege sowie der Bauproduktion in Deutschland

kaum aufrecht gehalten werden. Der Anstieg der Wanderungssalden hat sich in den letzten drei Jahren bereits verlangsamt. In einigen Ländern aus dieser Gruppe ist dank deren günstigerer Wirtschaftsentwicklung der Höhepunkt in den Wanderungssalden bereits überschritten.

Die Netto-Zuwanderung nach Deutschland aus den zum Teil durch Kriege geplagten Ländern im übrigen Europa und in Afrika und Asien hat erst in den letzten Jahren sprunghaft zugenommen. Im laufenden Jahr dürf-

Abbildung 2: Wanderungssalden mit dem Ausland nach Ländergruppen



Quellen: Statistisches Bundesamt, Genesis, eigene Berechnungen, 2014 und 2015 geschätzt.

te der Wanderungssaldo mit Afrika und Asien angesichts der Entwicklung der Asylanträge ähnlich groß ausfallen wie mit den neuen EU-Ländern. Insgesamt ist die Netto-Zuwanderung nach Deutschland in den letzten zwei Jahren ähnlich hoch wie zuletzt Anfang der 1990er Jahre.

### Wie könnte es weitergehen?

Es grassieren Horrorszenarien. In den kommenden Jahren sei nicht mit einem Abnehmen des Migrantenstroms zu rechnen, weil die Bevölkerungsexplosion in Afrika und die Entfesselung von Bürgerkriegen rund um Kerneuropa kein Ende nehmen. Deutschland werde von drei Migrantenströmen, nämlich aus Afrika, aus Kriegsgebieten und aus den südlichen Balkanländern, „überrollt“. Befürchtet wird sogar, dass die Deutschen durch die hochbrandende Zuwanderungswelle in Deutschland zur Minderheit im eigenen Land werden könnten. Es gehe daher um den Charakter des Landes, die Identität, die Sitten und die Rechtsordnung, um seine politische Kultur und um die Selbstbestimmung als Gastgeber im eigenen Land.<sup>8</sup>

Welchen Realitätsgehalt haben diese Horrorszenarien? Um dieser Frage nachzugehen, muss ein Blick in die Zukunft gewagt werden. Diese ist bekanntlich unsicher und kommt mitunter anders als gedacht. Um diesem

Sachverhalt Rechnung zu tragen, wird mit alternativen Szenarien mit unterschiedlichen Prämissen und Annahmen gearbeitet. Selbst bei stark abweichenden Annahmen ist jedoch nicht garantiert, dass die tatsächliche Entwicklung innerhalb des durch die Szenarien abgesteckten Feldes der Entwicklungsmöglichkeiten liegt.

Methodisch wird dabei an den bisherigen Zuzügen nach Deutschland differenziert nach Ländergruppen angeknüpft. Diese werden mit alternativen Annahmen bis 2020 fortgeschrieben. Aus der Summe der Zuzüge nach Ländergruppen wird dann das zugehörige Gesamtniveau der Fortzüge aus Deutschland abgeleitet. Dabei wird berücksichtigt, dass höhere Zuzüge in einem Jahr mit einer Verzögerung von ein bis zwei Jahren auch höhere Fortzüge nach sich ziehen<sup>9</sup> und damit der Nettoeffekt auf Dauer geringer ist.

Für die verschiedenen Ländergruppen werden die in Tabelle 2 zusammengestellten Annahmen in zwei Szenarien für den Zuzug nach Deutschland für die verschiedenen Ländergruppen getroffen. Quantifiziert man diese Annahmen für jede Ländergruppe, so zeichnet sich für die Bruttogröße der Zuzüge nach Deutschland die in Abbildung 3 dargestellte Entwicklung bis 2020 ab.

Die Zahl der Zuzüge (brutto) bewegte sich in den zehn Jahren vor 2007 zwischen 680.000 und 820.000. In beiden Szenarien ergibt sich nach 2007 ein Anstieg.

**Tabelle 2: Szenarien für den Zuzug nach Deutschland für verschiedene Ländergruppen**

| Ländergruppe               | Szenario 1   | Szenario 2   |
|----------------------------|--|--|
| Amerika, Australien        | Entwicklung wie in den letzten 5 Jahren.   | Entwicklung wie in den letzten 5 Jahren.   |
| Alte EU-Länder             | Die Zuzüge ebbten 2016 ab und nehmen danach im Gefolge des Aufschwungs in Spanien und im reformierten Italien deutlich ab.   | Die Zuzüge nehmen 2016 noch zu und ebbten erst 2017 ab. Weil der Arbeitsmarkt sich in den Südländern nur langsam erholt, ist der Rückgang danach weniger ausgeprägt als in Szenario 1. |
| Neue EU-Länder             | Aufgrund der Besserung in ihrer Wirtschaftssituation überschreiten weitere neue EU-Länder den Zenit in der Abwanderung nach Deutschland bzw. verringern das Abwanderungstempo. Die Zuzüge aus Bulgarien und Rumänien nehmen unvermindert zu. | Die Überschreitung des Zenits erfolgt später. Langsamere Verringerung des Abwanderungstempos. Die Zuzüge aus Bulgarien und Rumänien nehmen unvermindert zu.                            |
| Rest Europa                | Restriktivere Einwanderungspolitik als in den letzten 5 Jahren, nachlassender Zuwanderungsdruck.   | Restriktivere Einwanderungspolitik als in den letzten 5 Jahren, unverminderter Zuwanderungsdruck.  |
| Afrika, Asien, Staatenlose | Afrika: weitere Zunahme der Zuzüge bei abgeschwächtem Trend.   | Afrika: Fortsetzung des Trends der letzten Jahre.  |
|                            | Nahost: Weitere, aber abgeschwächte Zunahme des Flüchtlingsstroms bis 2017, danach Abnahme wegen Abflauen der kriegerischen Auseinandersetzungen.  | Nahost: höheres Ausgangsniveau 2015, Zunahme des Flüchtlingsstroms in nur langsam abgeschwächten Tempo wegen Fortsetzung der Kriege/Bürgerkriege bis 2019, dann geringe Abnahme.       |
|                            | Die Abschwächungstendenz resultiert aus dem politisch angelegten intensiveren Schutz der EU-Außengrenzen.  | Intensiverer Schutz der EU-Außengrenzen weniger wirksam.   |

Quelle: Eigene Darstellung.

Während in Szenario 1 die Zahl der Zuzüge aus dem Ausland nach Deutschland im Jahr 2017 mit rd. 1,8 Mill. Personen einen Höhepunkt erreicht und danach zurückgeht, bliebe die Zahl der Zuzüge in Szenario 2 auch nach 2017 bei einer Größenordnung von 2 Mill. Personen. In Szenario 1 fallen die Zuzüge aus den anderen Ländern Europas und aus Asien bis 2020 wieder auf das 2014 erreichte Niveau zurück. In Szenario 2 bliebe die Zahl der Zuzüge aus diesen Regionen (darunter viele Asylsuchende) bei rund einer Million.

Welche Entwicklung sich in Szenario 1 aus der Zahl der Zuzüge insgesamt für die Zahl der Fortzüge aus Deutschland ins Ausland ableiten lässt, zeigt Abbildung 4. Dargestellt ist auch die Entwicklung des Wanderungssaldos. Dieser ist die für die Veränderung der Bevölkerung entscheidende Größe. In Szenario 1 erreicht der Wande-

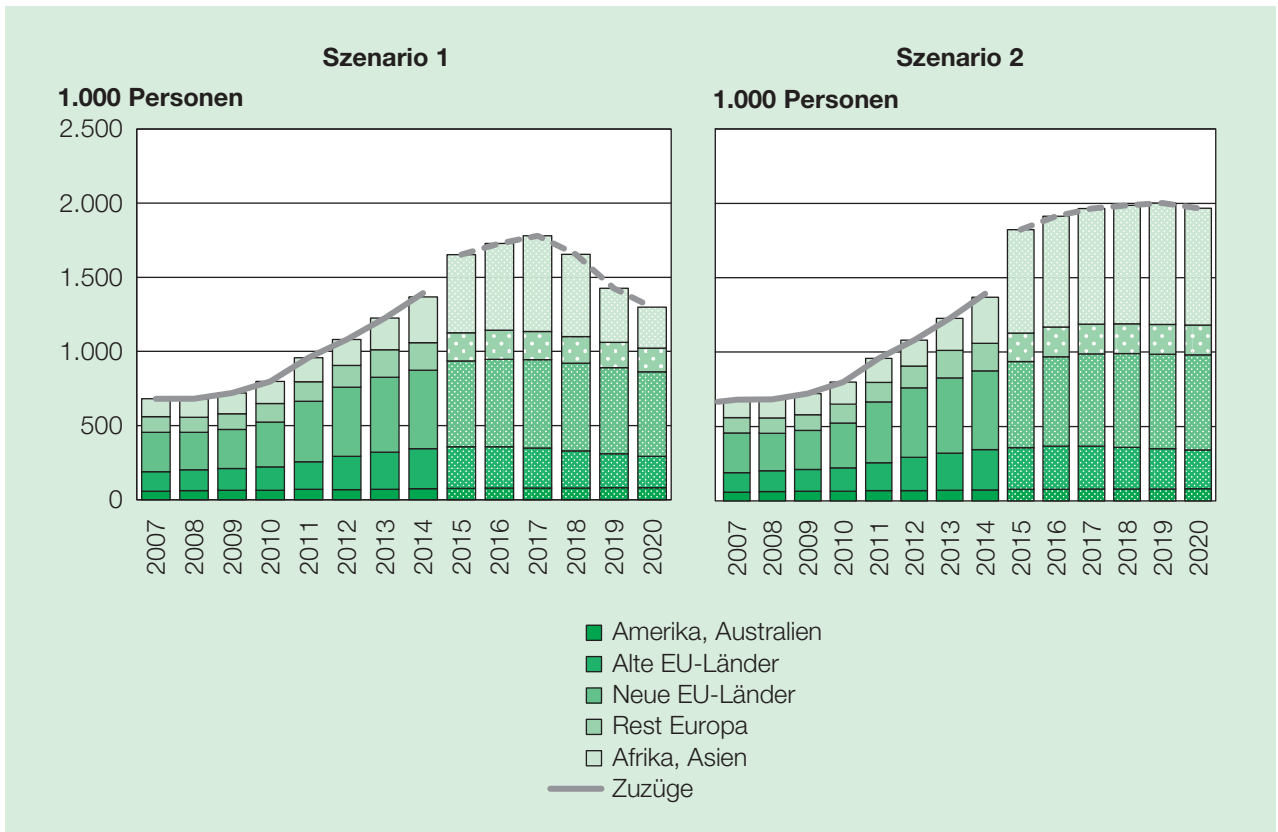
rungssaldo 2016 und 2017 ein ähnlich hohes Niveau wie Anfang der 1990er Jahre. Danach würde er unter das Niveau von 2014 sinken.

In Szenario 2 blieben sowohl die Zahl der Zuzüge nach als auch die Zahl der Fortzüge aus Deutschland auf hohem Niveau (vgl. Abb. 5). Der Wanderungssaldo in Szenario 2 würde nach 2017 nur wenig abnehmen und bliebe in einer Größenordnung von 850.000 Personen. Per saldo würden zwischen 2015 und 2020 fast 1,5 Mill. Personen mehr nach Deutschland zuwandern als in Szenario 1.

Unterstellt man, dass in den nächsten Jahren die Zahl der Verstorbenen in Deutschland in ähnlichem Umfang die Zahl der lebend Geborenen überwiegen wird wie in den letzten fünf Jahren (vgl. Abb. 1), so errechnen sich aus den skizzierten Szenarien für die Wanderung die in

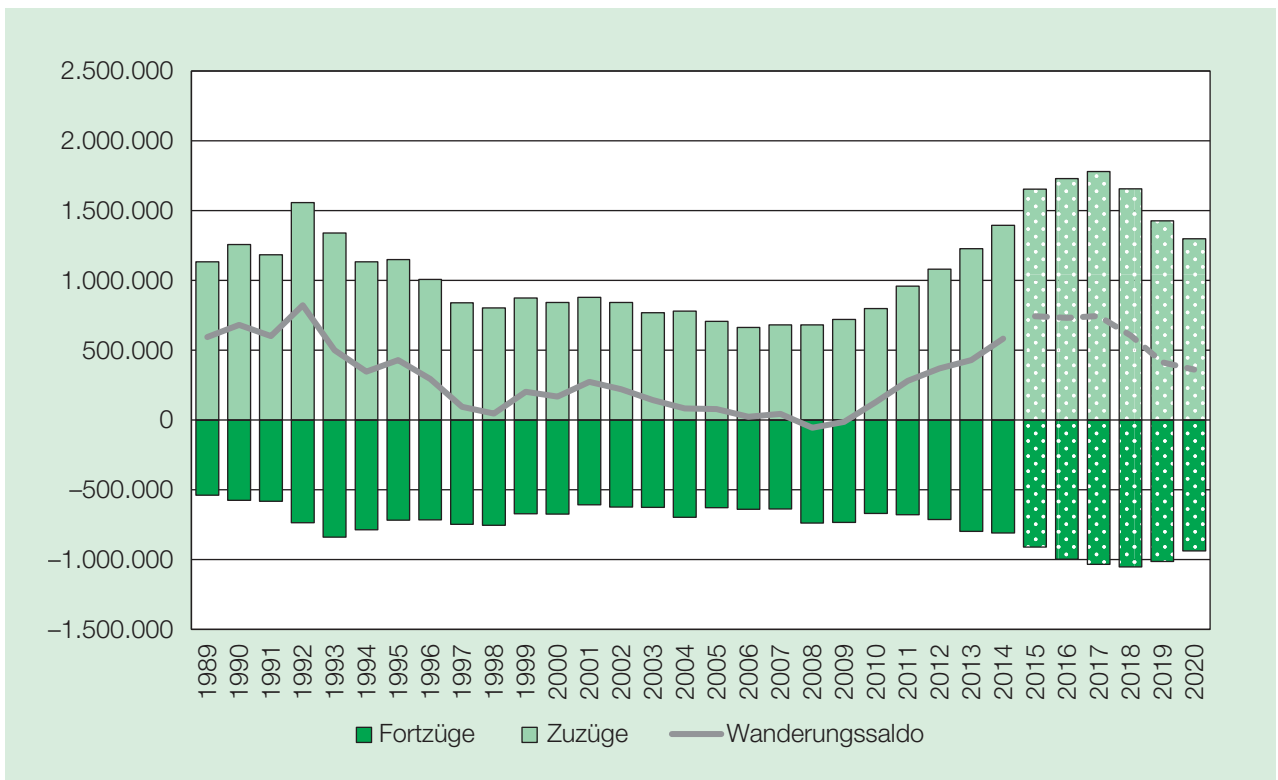


Abbildung 3: Zuzüge aus dem Ausland nach Deutschland



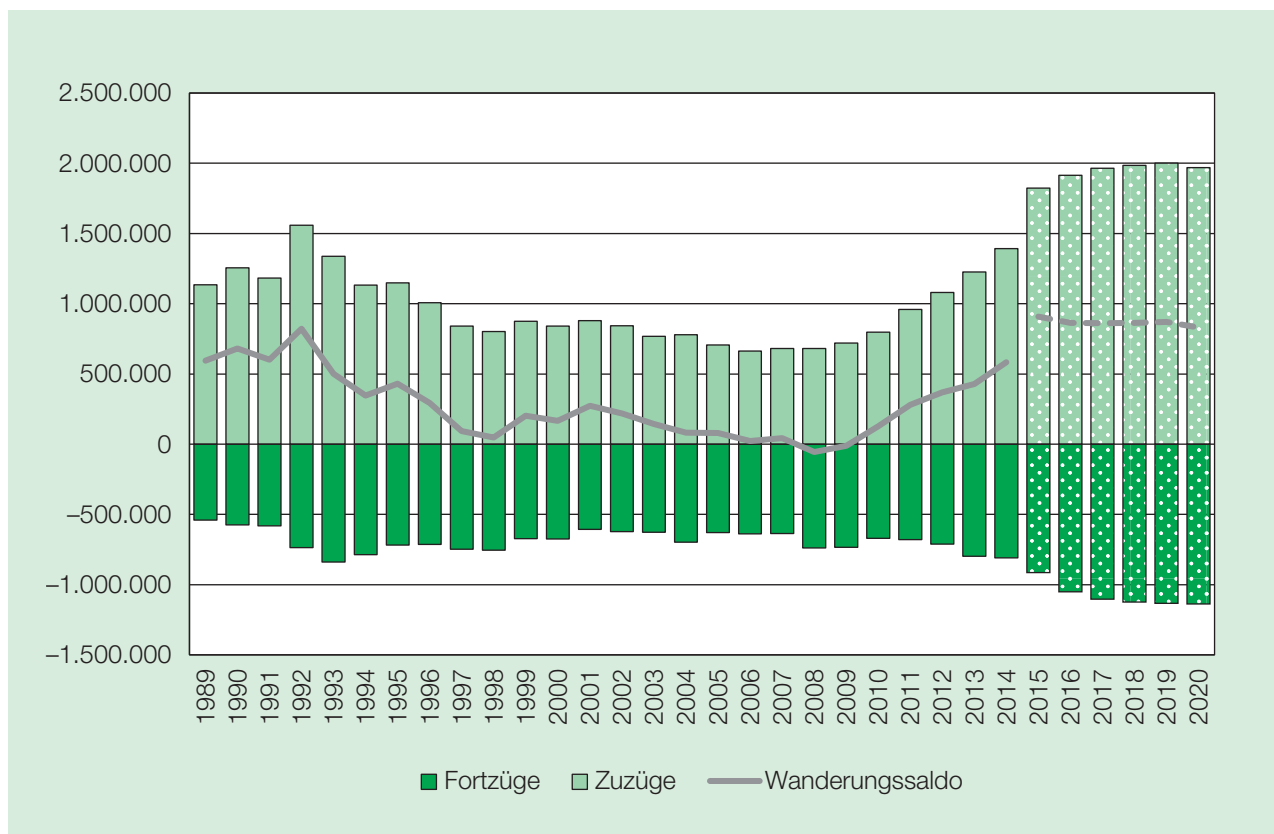
Quellen: Statistisches Bundesamt, Ausländerstatistik, eigene Berechnungen, Quantifizierungen und Darstellung.

Abbildung 4: Zu- und Fortzüge insgesamt von Ausländern (Szenario 1)



Quellen: Statistisches Bundesamt, Ausländerstatistik, eigene Berechnungen, Schätzungen und Darstellung.

Abbildung 5: Zu- und Fortzüge insgesamt von Ausländern (Szenario 2)



Quellen: Statistisches Bundesamt, Ausländerstatistik, eigene Berechnungen, Schätzungen und Darstellung.

Abbildung 6 dargestellten Alternativen für die Entwicklung der Bevölkerung in Deutschland. Die Zeitreihe für die Vergangenheit enthält 2011 einen Sprung: Die Bevölkerungszahl, welche die Volkszählung 2011 (Zensus) ergab, liegt deutlich niedriger als die fortgeschriebene Zahl für 2010.

Wie die Abbildung 6 zeigt, steigt in beiden Szenarien die Bevölkerung in Deutschland bis Ende 2020 deutlich an. Die schon in den letzten Jahren zu beachtende Tendenz, dass auch in Deutschland die Bevölkerung wächst, wird sich also verfestigen. In Szenario 1 werden 2,4 Mill. Menschen mehr in Deutschland wohnen als Anfang 2015, in Szenario 2 beträgt der Zuwachs 3,9 Mill. Menschen und damit 1,5 Mill. Personen mehr.

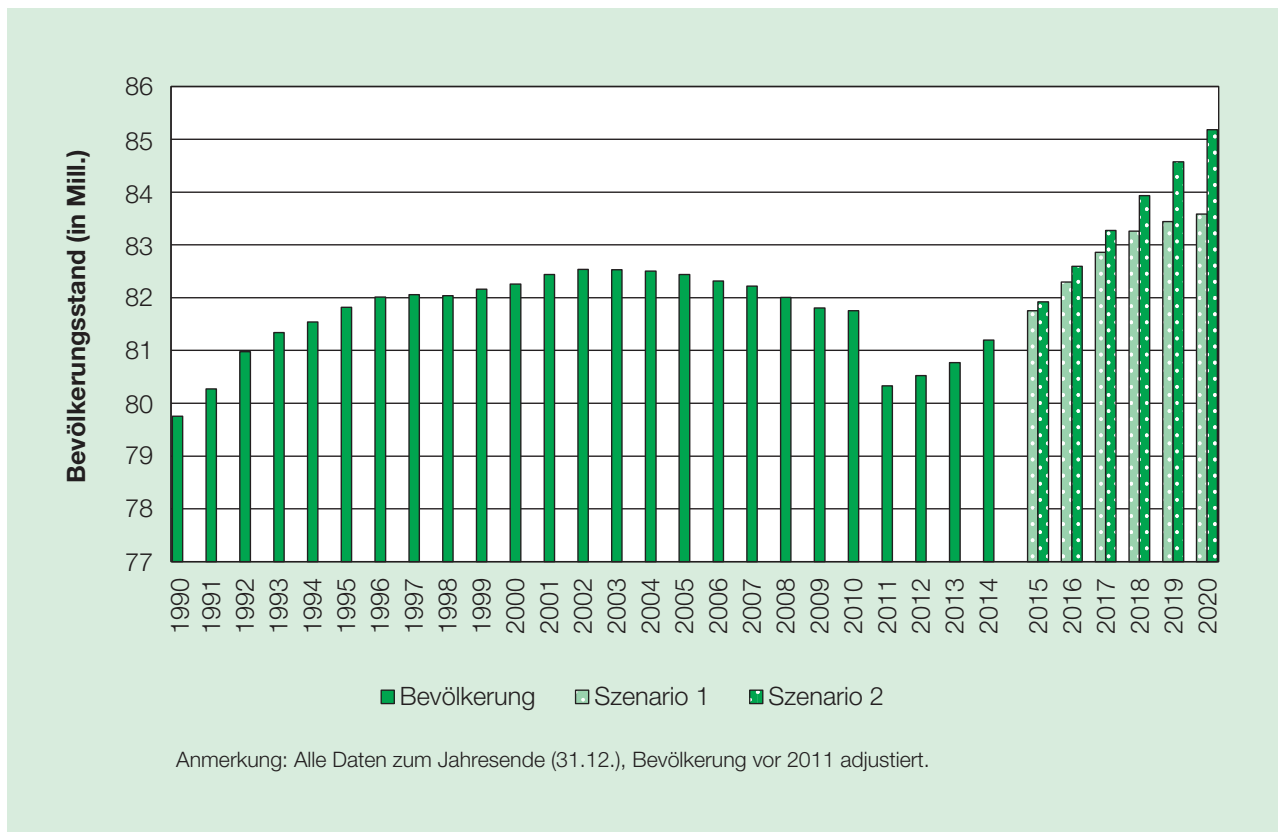
Dieser Bevölkerungszuwachs eröffnet einerseits Chancen: Die deutsche Wirtschaft kann bei entsprechenden Bildungs- und Ausbildungsanstrengungen die absehbaren Probleme aus dem Nachwuchs- und Facharbeitermangel lösen. Die Alterssicherungssysteme könnten bei erfolgreicher Integration der Zuwanderer in den deutschen Arbeitsmarkt besser finanziert werden.<sup>10</sup> Auf der anderen Seite beinhaltet der kräftige Zuzug aber auch Risiken: Die Aufnahmebereitschaft der einheimischen Bevölkerung könnte überfordert werden, insbesondere dann,

wenn das Wohnraumproblem kurz- bis mittelfristig nicht gelöst wird oder die Zuwanderung mittel- bis langfristig zur Bildung von Gettos führt.

Wenn alle Zuzüge sich an einem Ort konzentrieren würden, dann hätte in Szenario 1 Deutschland 2020 eine neue Stadt so groß wie Berlin. In Szenario 2 käme noch ein zweites München obendrauf. Klar ist, dass eine derartige Konzentration weder realisierbar noch sinnvoll wäre. Gesellschaftlich verträglicher wird der Zustrom umso eher sein, je besser es gelingt, ihn regional auf möglichst viele Städte und Gemeinden zu verteilen. Vor allem die neuen Bundesländer, aber auch einzelne Regionen in Westdeutschland könnten den Zustrom nutzen, um den Bevölkerungsrückgang zu stoppen oder umzukehren, da dort die höchsten Wohnungsleerstände existieren.

Klar ist auch, dass ein derartiger Bevölkerungszuwachs eine große Herausforderung für die Bildungseinrichtungen, den Wohnungsmarkt und auch den Arbeitsmarkt bedeutet. Vieles muss und wird sich in Deutschland ändern. Das Personal in den Bildungseinrichtungen muss aufgestockt werden, die Hilfen durch Ehrenamtliche müssen dauerhaft organisiert werden. Der Wohnungsbau wird eine Renaissance erleben. Es gibt im vorhandenen Wohnungsbestand zugleich Wohnraumangel in den Ballungszonen.

Abbildung 6: Entwicklung der Bevölkerung in Deutschland



Quellen: Statistisches Bundesamt, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes, eigene Berechnungen, Vorausschätzungen und Darstellung.

tren und viel Wohnraum für meist ältere Einzelpersonen. Sozialverträgliche Lösungen müssen gesucht werden, welche die Passfähigkeit in der Wohnraumversorgung verbessern. Einer Gettoisierung muss entgegengewirkt werden. Eine gute Wirtschaftspolitik muss für einen wachsenden Bedarf an Arbeitskräften sorgen. Die Mindestlohnregelungen müssen an die neuen Gegebenheiten angepasst werden.<sup>11</sup>

Von einer Situation, in der die Deutschen und die eingebürgerten Migranten in die Minderheit geraten und fremde Kulturen dominieren, wird Deutschland jedoch auch noch im Jahr 2020 weit entfernt sein. Bis 2020 wird der Ausländeranteil zwar steigen, aber selbst in Szenario 2 wird er noch unter 15 % liegen (vgl. Tab. 3).

Nach Angaben der OECD (Data, Foreign Population) hatten bereits 2013 eine Reihe von Ländern Anteile von Ausländern an der Gesamtbevölkerung von über 10 %. Dazu zählen in Europa Spanien, Belgien und Österreich. Ausländeranteile von 15 % und mehr hatten Estland, die Schweiz und Luxemburg. Es existieren keine Anhaltspunkte, dass durch die hohen Ausländeranteile der Charakter der Länder, die Identität, die Sitten und die Rechtsordnung sowie die politische Kultur massiv verändert worden wären. Sie haben offenbar erfolgreich integriert.

### Können die Deutschen in eine Minderheitsposition geraten?

Nun kann eingewandt werden, dass der Anteil von Ausländern den Einfluss von Menschen mit ausländischer Herkunft auf Deutschland unterzeichnet, da die Bevölkerung mit deutscher Staatsangehörigkeit auch viele Personen umfasst, die bereits früher nach Deutschland eingewandert sind. Diese Deutschen mit Migrationshintergrund hatten zuletzt einen Anteil von 11 % bis 13 % an der deutschen Bevölkerung (vgl. Abb. 7). Als Deutsche mit Migrationshintergrund werden all die Bürger, deren Kinder und Enkelkinder gezählt, welche die deutsche Staatsbürgerschaft haben und nach 1955 aus dem Ausland zugewandert sind.<sup>12</sup>

Die Zahl der Deutschen mit Migrationshintergrund weist in den letzten zehn Jahren einen ansteigenden Trend auf. Wird dieser Trend fortgeschrieben, so werden 2020 von den Deutschen rund zehn Millionen Personen einen Migrationshintergrund haben.

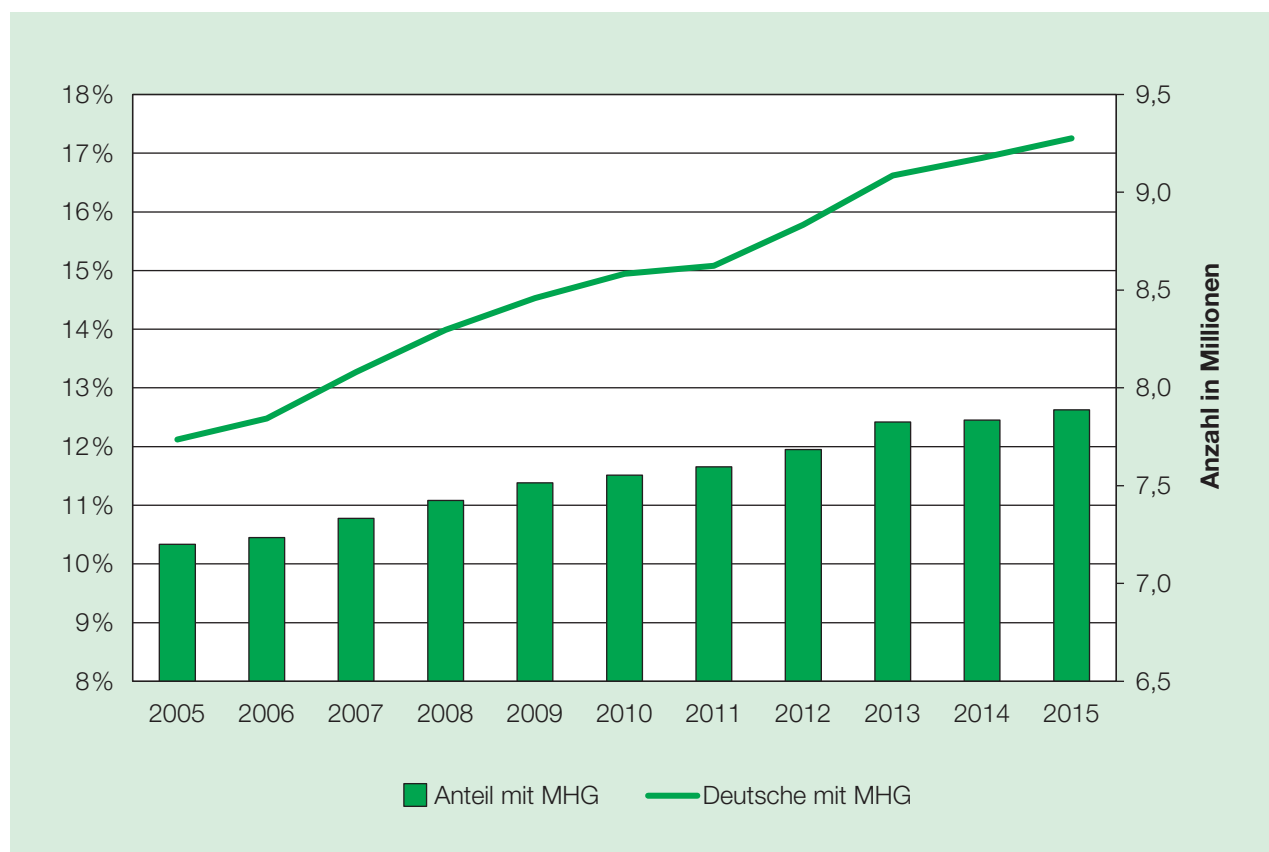
In Szenario 1 hätte aber auch dann weniger als ein Viertel (24 %) der Bevölkerung in Deutschland einen Migrationshintergrund. In Szenario 2 sind es 26 % (vgl. dazu auch den Beitrag von Jan Kluge auf S. 3 ff. in diesem

**Tabelle 3: Entwicklung des Anteils der Ausländer in Deutschland**

| Jahresende | Bevölkerung         | Statistik            | Szenario 1 | Szenario 2 |
|------------|---------------------|----------------------|------------|------------|
|            | Anzahl in Millionen | Anteil der Ausländer |            |            |
| 1990       | 79,8                | 7,0%                 |            |            |
| 2000       | 82,3                | 8,8%                 |            |            |
| 2010       | 81,8                | 8,8%                 |            |            |
| 2011       | 80,3                | 7,9%                 |            |            |
| 2014       | 81,2                | 9,3%                 |            |            |
| 2020       | 83,6–85,1           |                      | 12,9%      | 14,9%      |

Quellen: Statistisches Bundesamt, Fortschreibung des Bevölkerungsstandes, eigene Berechnungen, Vorausschätzungen und Darstellung.

**Abbildung 7: Deutsche mit Migrationshintergrund (MHG) und ihr Anteil an den Deutschen insgesamt**



Quellen: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus, Bevölkerung nach Migrationsstatus, eigene Berechnungen und Darstellung.

Heft).<sup>13</sup> Also auch unter Beachtung der früher zugezogenen Ausländer mit deutscher Staatsbürgerschaft sind die „Deutschen“ noch lange nicht in der Minderheit. Angesichts der Tatsache, dass es auch vor 1955 Zuwanderung gab, stellt sich ohnehin die Frage, nach wieviel Jahren man eigentlich „deutsch“ wird.<sup>14</sup>

**Kann es in einzelnen Regionen zur deutschen Minderheit kommen?**

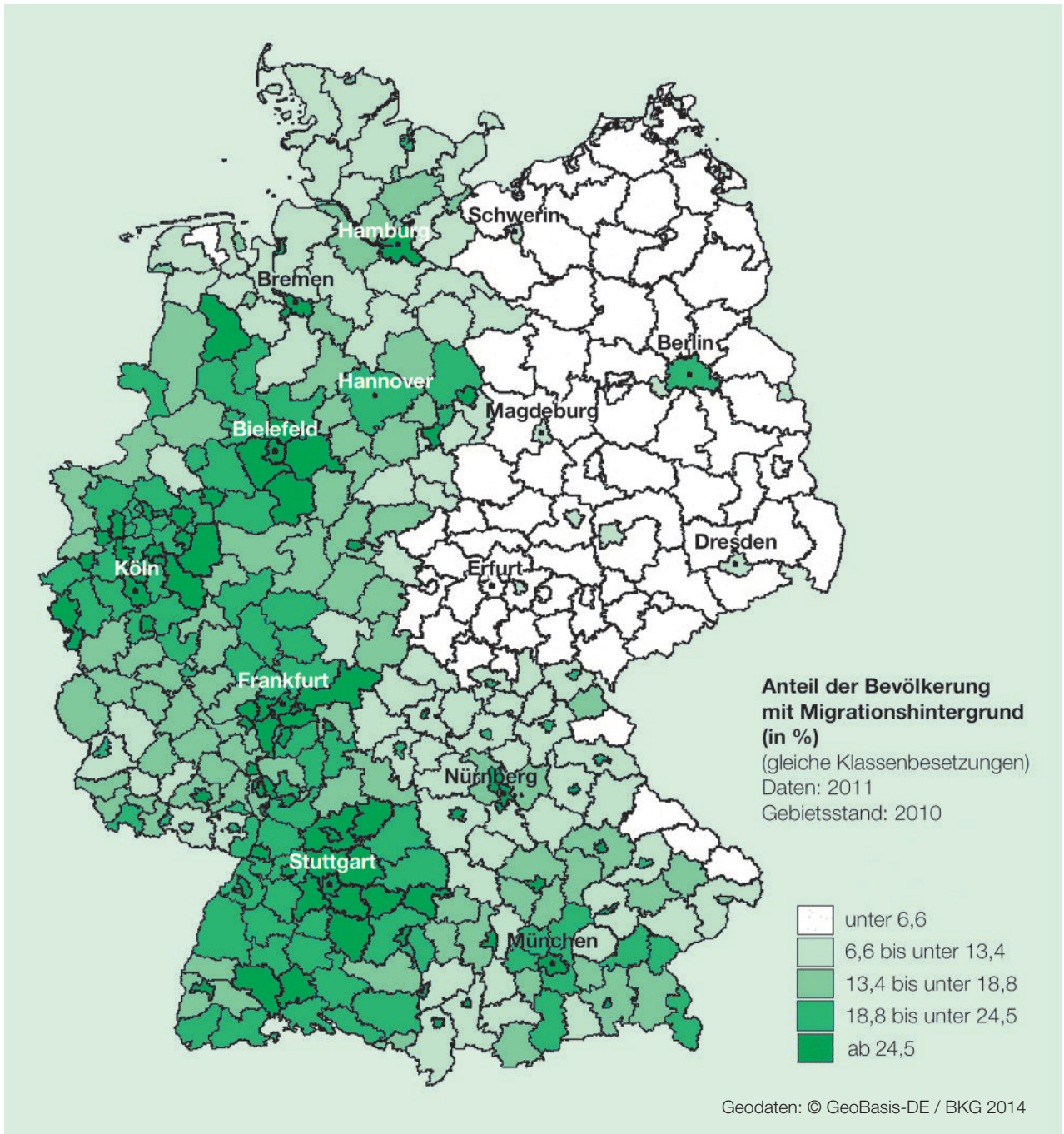
Die dargestellte Situation für Deutschland insgesamt schließt nicht aus, dass es auf der Ebene der Städte und Landkreise durch die Zuwanderung bis 2020 dazu kommt,

dass die Deutschen ohne Migrationshintergrund zur Minderheit werden. Um diese Möglichkeit zu bewerten, ist ein Blick auf die regionale Verteilung der Einwohner mit Migrationshintergrund notwendig (vgl. Abb. 8).

Im Jahr des Zensus 2011 lag der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund (Ausländer und Deutsche, die aus dem Ausland zugewandert sind, sowie deren Nachkommen) bei 19,2% (7,6% Ausländer und 11,6% Deutsche mit Migrationshintergrund). Die meisten Städte

und Landkreise mit der höchsten Dichte an Bürgern mit Migrationshintergrund (mehr als 24,5%) liegen in den alten Bundesländern. In den neuen Bundesländern dominieren dagegen Städte und Landkreise mit der niedrigsten Dichte (kleiner oder gleich 6,6%). Nur Dresden, Frankfurt(Oder), Leipzig, Magdeburg, Potsdam, Schwerin, Halle (Saale) und Weimar haben eine Dichte zwischen 6,6% und 13,4%. Berlin fällt in die Gruppe mit einem Anteil von 18,8% bis 24,5%.

**Abbildung 8: Anteile der Bürger mit Migrationshintergrund nach Städten und Landkreisen im Jahr 2011**



Quellen: Statistisches Bundesamt, Zensusdatenbank, eigene Darstellung.



Die Neigung von Zuwanderern sich dort anzusiedeln, wo bereits Menschen gleicher Herkunft wohnen, könnte dazu führen, dass in den Städten und Landkreisen, die schon bisher einen hohen Anteil an Personen mit Migrationshintergrund haben, die Deutschen in die Minderheit geraten. Wie groß diese Gefahr ist, lässt sich beurteilen, wenn untersucht wird, welche Anteile Personen mit Migrationshintergrund in den regionalen Einheiten mit dem stärksten Fremdenanteil erreicht haben. Der Zensus 2011 liefert hierzu Daten. Die in Abbildung 9 ausgewählten 50 Städte und Landkreise haben den höchsten Anteil von Personen mit Migrationshintergrund an der Bevölkerung. Dargestellt wird dabei auch, welche Bedeutung die Personen haben, welche die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, aber nach 1955 zugewandert sind. Hierzu zählen auch die Nachkommen dieser Migranten, egal ob nur ein Elternteil oder beide Elternteile aus dem Ausland zugewandert sind (Deutsche mit Migrationshintergrund). Mit Ausnahme von Berlin liegen die Städte und Landkreise alle in den alten Bundesländern. In Abbildung 9 sind Städte mit mehr als 400.000 Einwohnern mit einem \* gekennzeichnet.

Im Durchschnitt Deutschlands würde der Anteil der Bevölkerung mit Migrationshintergrund gegenüber dem Stand von 2011 in Szenario 1 um fünf Prozentpunkte und in Szenario 2 um sieben Prozentpunkte zunehmen (vgl. Tab. 3). Wenn sich der Zuwachs an Bevölkerung gleichmäßig auf alle Städte und Landkreise verteilen würde, kämen damit die Deutschen ohne Migrationshintergrund in Offenbach am Main, Pforzheim, Heilbronn und Frankfurt am Main in eine Minderheitsposition. Falls sich die Zuwanderung aus dem Ausland überproportional auf die Städte und Landkreise mit einem hohen Anteil an Migranten verteilen würde, so bestünde für weitere Regionen dieses Risiko.

Ein Kippen der Mehrheiten auf der Ebene der Städte und Landkreise kann am ehesten vermieden werden, wenn die zu erwartenden Zuzüge an Ausländern/-innen weniger in den Regionen angesiedelt werden, die schon 2011 einen hohen Anteil an Personen mit Migrationshintergrund hatten. Die Rahmenbedingungen müssten politisch so gesetzt werden, dass sich die Zuwanderer/-innen der aktuellen Welle stärker in Regionen mit derzeit niedrigem Bevölkerungsanteil von Migranten ansiedeln. Diese Regionen liegen vor allem in den neuen Bundesländern (vgl. Abb. 8).

Für eine Strategie der bevorzugten Ansiedlung in den neuen Bundesländern spricht, dass

- mehr als ein Drittel des gesamtdeutschen Wohnungsleerstandes auf die neuen Bundesländer entfällt,
- die Kosten der Anpassung der vorhandenen Infrastruktur (Wohnungen, Schulen, Krankenhäuser, kommunale Einrichtungen) an die geschrumpfte Bevölkerung der neuen Länder vermieden werden könnten,

- einer Verknappung der Arbeitskräfte für die ostdeutsche Wirtschaft durch den Alterungsprozess entgegengewirkt werden könnte,
- die Ausländer mit ihren Talenten auch Innovationsimpulse setzen würden.

Dagegen spricht, dass

- die personellen Engpässe stärker auf dem Arbeitsmarkt in Westdeutschland auftreten,
- die Verdienstmöglichkeiten in den alten Bundesländern besser sind,
- die Ausländer sich kaum an Orten mit Menschen gleicher Herkunft ansiedeln könnten,
- die Fremdenfeindlichkeit in den neuen Ländern stärker ausgeprägt ist.

Die Umsetzung dieser Strategie wäre also eine Herausforderung. Wie groß sie ist, zeigt sich, wenn die damit verbundenen Änderungen in der Bevölkerung der neuen Bundesländer herausgearbeitet werden.

### Wie könnte die Zuwanderung sich auf die Bevölkerungsentwicklung in den neuen Bundesländern auswirken?

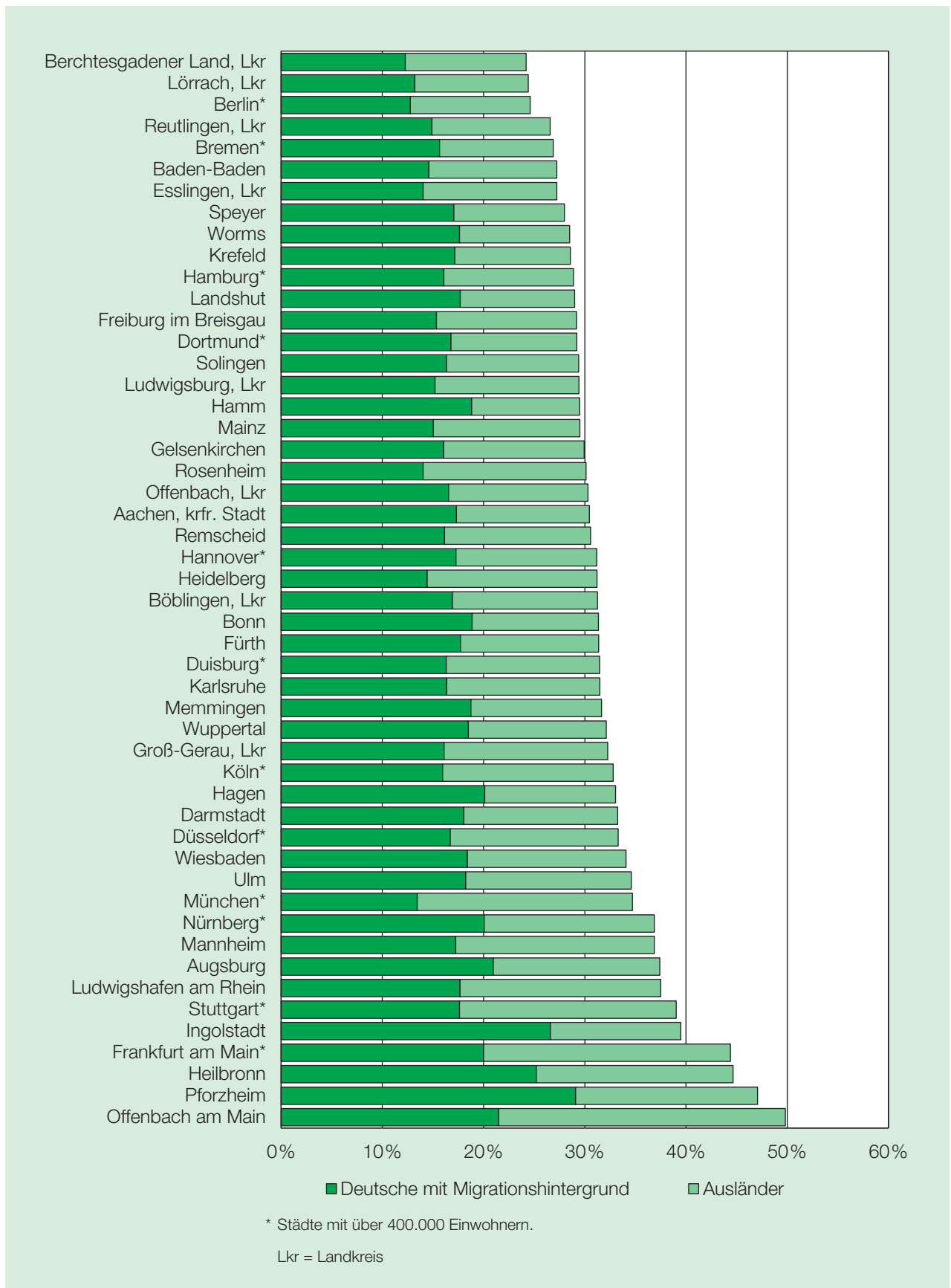
Um dieser Frage nachzugehen, müssen Annahmen getroffen werden, wie sich die Wanderungsgewinne von Deutschland auf die alten und neuen Bundesländer verteilen. Verschiedene Schlüssel (Rechengrößen) für die Verteilung des Bevölkerungszuwachses in Deutschland zwischen 2011 und 2020 sind vorstellbar:

- Anteil der neuen Bundesländer an
  - der Zahl der Ausländer sowie Deutschen mit Migrationshintergrund (Migranten),
  - der Zahl der Arbeitsplätze, gemessen anhand der sozialversicherungspflichtig (SV-) Beschäftigten,
  - der Bevölkerung,
  - dem Wohnungsbestand,
  - dem Wohnungsleerstand

in Deutschland. Die Verteilung nach dem Anteil an den Migranten steht dabei für die Beibehaltung des Status quo und würde keine Änderung der Aufteilung zugunsten der Städte und Landkreise mit niedrigem Migrantenanteil bedeuten. Tabelle 4 zeigt, welche Konsequenzen die alternativen Schlüssel für den Bevölkerungszuwachs in Deutschland auf die Bevölkerung der neuen Länder hätten. Die berechneten Zuwächse gehen dabei von Vergleichsdaten für 2011 aus. Damals hatten die neuen Bundesländer eine Bevölkerung von 15,9 Mill. Einwohnern und einen Anteil von Personen mit Migrationshintergrund von 8,2%.

Selbst wenn als Schlüssel nur der Anteil an den sozialversicherungspflichtig Beschäftigten verwendet würde, ergäben sich große Veränderungen für die neuen Bun-

Abbildung 9: Anteil der Ausländer in ausgewählten Städten und Landkreisen



Quellen: Statistisches Bundesamt, Mikrozensus, Bevölkerung nach Migrationsstatus, eigene Berechnungen und Darstellung.



Tabelle 4: Potenzielle Folgen des Bevölkerungszuwachses bis 2020 für die neuen Bundesländer

| Verteilungsschlüssel<br>(aktueller Anteil der neuen Länder)                 | Neue Bundesländer                            |            |  |            |
|---|--|------------|--|------------|
|   | Zuwachs 2012 bis 2020<br>(in Mill. Personen) |            | Anteil der Personen mit<br>Migrationshintergrund |            |
| Verteilung des Bevölkerungszuwachs in<br>Deutschland nach dem Anteil an den | Szenario 1                                   | Szenario 2 | Szenario 1                                       | Szenario 2 |
| Migranten 2014 (9,1 %)  | 0,1  | 0,2        | 10,6 %   | 11,6 %     |
| SV-Beschäftigten 2014 (18,7 %)  | 1,1  | 1,4        | 15,9 %   | 18,0 %     |
| Bevölkerung 2014 (19,7 %)   | 1,2  | 1,6        | 16,6 %   | 18,4 %     |
| Wohnungsbestand 2011 (21,7 %)   | 1,4  | 1,8        | 17,6 %   | 19,5 %     |
| Wohnungsleerstand 2011 (34,4 %)   | 2,8  | 3,4        | 23,6 %   | 26,2 %     |

Anmerkung: In der Tabelle sind die absoluten Veränderungen seit 2011 angegeben. Die Prozentzahlen sind ebenfalls auf das Ausgangsniveau 2011 (15,9 Mill.) bezogen.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Genesis- und Zensusdatenbank für die Ausgangsdaten, eigene Berechnungen und Darstellung auf der Basis von Tabelle 3.

desländer. In neun Jahren würde die Bevölkerung in Szenario 1 um 1,5 Prozentpunkte (10,6 % bis 9,1 %), in Szenario 2 um 2,5 Prozentpunkte (11,6 % bis 9,1 %) gegenüber dem Stand 2011 zunehmen. Im Extremfall, der Aufteilung nach dem Wohnungsleerstand, lauten die entsprechenden Wachstumsraten 17,6 % und 21,7 %. Bis Jahresende 2014 ist die ostdeutsche Bevölkerung seit 2011 nur um 0,5 % gewachsen. Zugenommen hat nur die Zahl der Ausländer (von 578.000 auf 855.000).

In den Szenarien wurde unterstellt, dass es per saldo nicht zu Wanderungen von Deutschen zwischen Ost- und Westdeutschland kommt. Da in den Szenarien das Bevölkerungswachstum in Deutschland insgesamt die Zuwanderung von Ausländern reflektiert, bedeutet dies, dass auch die Zunahme der Bevölkerung in den neuen Bundesländern durch Ausländer bewirkt wird. Dementsprechend stark würde sich der Anteil von Personen mit Migrationshintergrund in Ostdeutschland erhöhen (vgl. Tab. 4). In Szenario 2 würde eine Karte für das Jahr 2020 mit den Anteilen von Personen mit Migrationshintergrund in Ostdeutschland ähnlich aussehen wie 2011 in Westdeutschland (vgl. Abb. 8). Für Ostdeutsche mit wenig Erfahrung mit Ausländern mag diese Perspektive ein Horrorszenario sein. Aber kann eine Verteilung von Personen mit Migrationshintergrund Horror sein, die 2011 in Westdeutschland realisiert war und mit der die Bürger friedlich und gut gelebt haben?

Welche Herausforderungen hinter diesen Zahlen stehen, wird plastischer, wenn die Bevölkerungszuwächse über die Einwohnerzahl ostdeutscher Städte umgerechnet werden (vgl. Tab. 5).

Angesichts der Probleme bei der Schaffung von Arbeitsplätzen wie bei der Nutzung von leerstehenden Räumen in Ostdeutschland ist wahrscheinlich, dass allenfalls ein Bevölkerungszuwachs realisiert werden kann, der unter dem Zuwachs beim Schlüssel der SV-Beschäftigten liegt. Selbst ein derartiges Ziel würde ohne gravierende Veränderungen in den von der Regionalpolitik gegenwärtig gesetzten Rahmenbedingungen kaum erreichbar sein. Die Förderung der Ansiedlung von Unternehmen und Betrieben in Ostdeutschland müsste eventuell wieder aufgenommen, das Tempo der Abschmelzung der Mittel aus dem Solidarpakt gedrosselt und dieser aufgestockt werden. Gefragt wären auch neue Instrumente. Angelehnt an das umweltpolitische Instrumentarium könnten handelbare Aufnahmepflichten eingeführt werden. Jede Gemeinde bekäme in Analogie zum Königsteiner Schlüssel eine verpflichtende Zahl an aufzunehmenden Asylbewerbern zugewiesen. Gemeinden, die diesen Zustrom an Flüchtlingen nicht wollen, könnten sich auf dem Markt der handelbaren Aufnahmepflichten gegen Zahlungen an andere Gemeinden davon befreien.<sup>15</sup>

Wenn es zutrifft, dass die Voreingenommenheit gegenüber Fremden abnimmt, wenn die Deutschen ohne

Tabelle 5: Umrechnung der Bevölkerungszuwächse in Städte

| Schlüssel (Rechengröße)         | Bevölkerungszuwachs in den neuen Bundesländern entspricht der Einwohnerzahl der Städte (Stand: Ende 2014) |  |
|---------------------------------|---|--|
|                                 | Szenario 1  | Szenario 2   |
| Migranten 2014 (9,1 %)          | Cottbus   | Rostock  |
| SV-Beschäftigten 2014 (18,7 %)  | Dresden + Leipzig   | Dresden + Leipzig<br>+ Chemnitz + Weimar                                   |
| Bevölkerung 2014 (19,7 %)       | Dresden + Leipzig + Jena  | Dresden + Leipzig<br>+ Chemnitz + Halle (Saale)<br>+ Wismar                |
| Wohnungsbestand 2011 (21,7 %)   | Dresden + Leipzig<br>+ Chemnitz + Cottbus   | Dresden + Leipzig<br>+ Chemnitz + Halle (Saale)<br>+ Magdeburg + Stralsund |
| Wohnungsleerstand 2011 (34,4 %) | 5 * Leipzig + Erfurt  | 6 * Leipzig + Rostock<br>+ Potsdam   |

Quellen: Statistisches Bundesamt, Genesisdatenbank für die Ausgangsdaten (Einwohner der Städte Ende 2014), eigene Berechnungen und Darstellung auf der Basis von Tabelle 4.

Migrationshintergrund im Alltag und am Arbeitsplatz mehr Erfahrungen mit Ausländern sammeln, dann könnte der Anstieg des Anteils der Bevölkerung mit Migrationshintergrund mittel- und langfristig auch zu einem Abbau der Fremdenfeindlichkeit in den neuen Bundesländern führen.

### Fazit und Folgerungen

Die aktuelle Flüchtlingswelle kommt „on Top“ einer seit fünf Jahren anhaltenden Welle von Zuwanderern aus den EU-Ländern, die durch das Gefälle in der Lage der Wirtschaft und auf dem Arbeitsmarkt zwischen Deutschland und den südlichen EU-Ländern sowie zwischen Deutschland und den Ländern aus der EU-Osterweiterung in Gang gesetzt worden ist. Zusammen genommen führt dies zu einer deutlichen Zunahme der Zahl der Ausländer in Deutschland und der Bevölkerung Deutschlands in den nächsten fünf Jahren.

Selbst wenn die Welle der EU-Binnenwanderung in den nächsten Jahren wegen der zu erwartenden Besserung der Wirtschaftslage in den Herkunftsländern nach 2016/2017 ausläuft, wird die Flüchtlingswelle die Wanderungsgewinne Deutschlands in ähnliche Höhen treiben wie zuletzt Anfang der 1990er Jahre. Ob sich der positive Wanderungssaldo danach wie damals zurückbildet, hängt

davon ab, wann die kriegerischen Auseinandersetzungen in Nahost und in anderen Regionen beendet werden können und diese Fluchtursachen entfallen. Gelänge dies schon 2016/2017, so dürfte sich die Wanderungssalden danach wieder normalisieren. Gelingt dies erst 2018/2019, so ist für die nächsten fünf Jahre mit Netto-Zuwanderung von annähernd einer Million Menschen pro Jahr zu rechnen.

In den nächsten Jahren wird in Deutschland weiter die Zahl der Geburten die Sterbefälle nicht ausgleichen können. Dank des Netto-Zustroms von Ausländer/-innen wird sich trotzdem die seit fünf Jahren zu beobachtende Wachstumstendenz der Bevölkerung in Deutschland verfestigen. Von 81,2 Mill. Menschen Ende 2014 wird die Bevölkerung bis Ende 2020 in Szenario 1 auf 83,6 Mill., in Szenario 2 auf 85,2 Mill. Menschen anwachsen. Ein derart kräftiges Bevölkerungswachstum war zuletzt in Deutschland Anfang der 1990er Jahre zu verzeichnen. Damals kamen die Spätaussiedler aus den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion und anderen osteuropäischen Staaten und die Flüchtlinge aus den Balkankriegen.

Ein derartig kräftiger Bevölkerungszuwachs durch Zuwanderung aus dem Ausland stellt eine große Herausforderung für die Bildungs- und Weiterbildungseinrichtungen, den Wohnungsmarkt und den Arbeitsmarkt dar.

Vieles muss und wird sich in Deutschland ändern. Aber auch 2020 werden die Deutschen ohne Migrationshintergrund im Durchschnitt des Landes noch weit davon entfernt sein, in die Minderheit zu geraten. Die Befürchtung, dass durch den Zustrom an Ausländern sich der Charakter, die Identität, die Sitten und die Rechtsordnung sowie die politische Kultur des Landes massiv verändern könnten, ist mittelfristig nicht gerechtfertigt.

Auf der regionalen Ebene liegen die Verhältnisse z. T. anders. Die Tendenz bei Zuwanderern sich dort anzusiedeln, wo bereits Menschen gleicher Herkunft wohnen, könnte dazu führen, dass in den Städten und Landkreisen, die schon bisher einen hohen Anteil an Personen mit Migrationshintergrund haben, die Deutschen in die Minderheit geraten. Vor allem im Szenario 2 mit der anhaltend hohen Zuwanderung können die Einwohner mit Migrationshintergrund (Ausländer und Deutsche, die früher zugewandert sind) bis zum Jahr 2020 in einigen Kommunen in Westdeutschland die Mehrheit bekommen. Die Gefahr, dass es angesichts des hohen Zustroms zur Bildung von Gettos kommt, könnte demnach zunehmen.

Gesellschaftlich verträglicher wird der Zustrom umso eher sein, je besser es gelingt, ihn regional auf möglichst viele Städte und Gemeinden zu verteilen. Die neuen Bundesländer könnten den Zustrom nutzen, um den Bevölkerungsrückgang zu stoppen oder umzukehren. Dort sind die höchsten Wohnungsleerstände. Die Kosten der Anpassung der vorhandenen Infrastruktur (Wohnungen, Schulen, Krankenhäuser, kommunale Einrichtungen) an die geschrumpfte Bevölkerung in ostdeutschen Kommunen könnten vermieden werden.

2011 dominierten in den neuen Bundesländern Städte und Landkreise mit niedrigen Anteilen von Menschen mit Migrationshintergrund an der Einwohnerschaft. Wenn unterstellt wird, dass sich die Zuwanderung bis 2020 entsprechend dem Anteil der Städte und Landkreise an den Arbeitsplätzen in Deutschland verteilt, dann würde die Bevölkerung in den neuen Ländern in einer Größenordnung zunehmen, die der aktuelle Bevölkerung der Städte Dresden und Leipzig (Szenario 1) entspricht. In Szenario 2 kämen noch Chemnitz und Weimar obendrauf.

In Deutschland insgesamt entspricht der Bevölkerungszuwachs der Zahl der Einwohner von Berlin (Szenario 1). In Szenario 2 wandert zusätzlich die Einwohnerschaft von München zu. Diese Dimensionen machen deutlich, dass der zu erwartende massive Zustrom von Ausländern bis 2020 einem Angebotsschock gleichkommt. Es wird wenig bleiben, wie es ist. Sozialverträglich wird diese Herausforderung nicht ohne gravierende Änderungen in der deutschen Finanz-, Wirtschafts-, Arbeitsmarkt-, Bildungs- und Regionalpolitik zu bewältigen sein. Auf den Prüfstand kommen müssen eine Reihe von Tabus der regierenden großen Koalition, die von „keine

Steuererhöhungen“ über die „schwarze Null“ bis zum Mindestlohn reichen. Auch die Wohnungsbau- und Wohnungsmarktpolitik sowie die Struktur und die Finanzierung des Ausbildungssystems müssen angepasst werden. Es gilt das regionalpolitische Anreizsystem einschließlich Ausgestaltung des Solidarpaktes zu überdenken und um geeignete Instrumente zu ergänzen, damit eine Konzentration der Zuwanderung auf Städte und Landkreise vermieden wird, die bereits einen hohen Anteil von Menschen mit Migrationshintergrund haben. Angelehnt an das umweltpolitische Instrumentarium könnten handelbare Aufnahmepflichten für die Städte und Landkreise eingeführt werden.

## Literatur

- BATTISTI, M.; FELBERMAYR, G. und P. POUTVAARA (2015): Einwanderung: Welchen Nutzen hat die einheimische Bevölkerung?, ifo Schnelldienst 68 (18), 2015, S. 42–51.
- BUNDESAMT FÜR MIGRATION UND FLÜCHTLINGE (Hrsg.) (2015): Aktuelle Zahlen zu Asyl, September 2015.
- FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG (FES) (Hrsg.) (2015): Auswirkungen des demografischen Wandels im Einwanderungsland Deutschland, Friedrich-Ebert-Stiftung, Bonn.
- MEIER, V. (2015): Steuerung der Flüchtlingsströme durch Preise und Kapazitäten, ifo Schnelldienst 68 (18), 2015, S. 52–54.
- SINN, H.-W. (2015): Mindestlohn aufheben!, Handelsblatt, 20. 10. 2015, S. 15.

<sup>1</sup> Vgl. z. B. Gerd Schultze-Rhonhof: Eingabe und offener Brief an Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel, 18. 09. 2015 S. 1.

<sup>2</sup> Der Wanderungssaldo wird auch durch die Zu- und Fortzüge von Deutschen ins bzw. aus dem Ausland beeinflusst. Die Ausländer dominieren aber die Entwicklung.

<sup>3</sup> Kroaten dürfen erst seit 01. 07. 2015 uneingeschränkt nach Deutschland zuwandern, Bulgaren und Rumänen erst seit einem Jahr.

<sup>4</sup> Die Zu- und Fortzüge aus dem oder in das Ausland der Wanderungsstatistik beziehen sich auf Menschen mit ausländischer Staatsangehörigkeit und auf Deutsche. Die Wanderungsstatistik beruht auf den An- und Abmeldungen, die bei einem Wohnungswechsel von den Meldebehörden registriert werden. Die Erfassung eines Zu- bzw. Fortzugs ist nicht unmittelbar an eine Mindestaufenthaltsdauer geknüpft, sondern an die Registrierung durch die Meldebehörden nach den melderechtlichen Regelungen. Ausnahme von der Anmeldepflicht bei vorübergehendem Aufenthalt: Für Aufenthalte bis zu 6 Monate für Inländer mit Wohnsitz im Bundesgebiet und bis zu 2 Monaten für Personen mit Wohnsitz im Ausland. Wanderungsfälle von Asylbewerbern sind in der Statistik enthalten (entnommen aus: STATISTISCHES BUNDESAMT: Qualitätsbericht Wanderungsstatistik, September 2008).

<sup>5</sup> Für 2014 liegen nur vorläufige amtliche Werte für die Zuzüge insgesamt als Eckdatum vor. Für 2015 gibt es nur Gesamtdaten für die ersten Monate des Jahres. Bei den europäischen Ländern und Amerika, Australien wurden Trends aus den Vorjahren modifiziert fortgeschrieben und für 2014 an die Eckdaten angepasst. Bei den Asylanträgen liegen Daten für 2015 nur bis September vor. Für den Rest des Jahres wurde mit zwei Varianten gerechnet. In Abbildung 2 ist das Ergebnis dargestellt, das die Fortschreibung der Veränderungsdaten in den letzten Monaten gegenüber 2014 für das vierte Quartal ergibt.

<sup>6</sup> Vgl. BUNDESAMT FÜR MIGRATION UND FLÜCHTLINGE (2015).

<sup>7</sup> Bis zu der von diesen drei Ländern angestrebten vollständigen Anwendung des Schengen-Acquis bleiben die Personenkontrollen an den Binnengrenzen einstweilen noch bestehen.

<sup>8</sup> Ausführlich siehe Gerd Schultze-Rhonhof: Eingabe und offener Brief an Frau Bundeskanzlerin Dr. Merkel, 18. 09. 2015, S. 1 und S. 3ff.

<sup>9</sup> Diese Aussage bezieht sich auf den Durchschnitt aller Wanderungsfälle und stützt sich auf eine statistische Analyse der letzten 25 Jahre. In der Realität kommen auch Rückzüge im gleichen Jahr und nach 3 und mehr Jahren vor. Das Ergebnis reflektiert auch das Wanderungsverhalten bei den alten und neuen EU-Ländern. Die Verhältnisse bei den Asylbewerbern sind komplex. Die Fortzüge reflektieren auch die abgelehnten Asylbewerber. Auf der anderen Seite erwerben anerkannte Asylbewerber das Recht, Familienangehörige nach Deutschland zu holen. Alle diese Phänomene haben aber auch schon in den 1990er Jahren gewirkt und somit das Ergebnis für den Durchschnitt der Wanderungsfälle mitbestimmt.

<sup>10</sup> Zu den Voraussetzungen vgl. BATTISTI et al. (2015).

<sup>11</sup> Vgl. SINN (2015).

<sup>12</sup> In der Erläuterungen des STATISTISCHEN BUNDESAMTES zur ausländische Bevölkerung heißt es: „Zu dieser Bevölkerung mit Migrationshintergrund zählen alle, die entweder selbst oder deren Eltern beziehungsweise Großeltern nach Deutschland zugewandert sind.“

<sup>13</sup> Da in dieser Untersuchung von einer höheren Zuwanderungswelle bis 2020 ausgegangen wird als selbst in der Variante G1-L1-W2 der Bevölkerungsvorausberechnung des STATISTISCHEN BUNDESAMTES, liegen diese Anteile über denen in dem Beitrag zu den „Auswirkungen des demografischen Wandels im Einwanderungsland Deutschland“ [vgl. FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG (2015)].

<sup>14</sup> Im 19. Jahrhundert wanderten z.B. im Zuge der Industrialisierung des Ruhrgebiets zahlreiche Polen/-innen aus den polnischsprachigen Ostprovinzen des damaligen Deutschen Reiches zu.

<sup>15</sup> Vgl. MEIER (2015).

# Eine kommunale Wohnungsbaugesellschaft für Dresden?

Carolyn Fritzsche\*

## Einleitung

Nachdem die Stadt Dresden im April 2006 die städtische Wohnungsbaugesellschaft WOBA verkauft hatte, hat der Stadtrat der Landeshauptstadt im August 2015 beschlossen, im Jahr 2016 eine neue kommunale Wohnungsgesellschaft zu gründen. Mit dem Aufbau von kommunalen Wohnungsbeständen werden eine Reihe sozialpolitischer Ziele wie niedrigere Mieten und ein stärkerer Einsatz für die Stadtentwicklung verfolgt. Doch ist staatliches Eingreifen im Falle des Dresdner Wohnungsmarktes gerechtfertigt? Und existieren möglicherweise geeignetere wirtschaftspolitische Instrumente, um den bestehenden Problemen des Wohnungsmarktes in Dresden zu begegnen?

Dieser Artikel stellt zunächst die in der politischen Debatte aufgeführten Gründe für kommunalen Wohnungsbau vor. Anschließend wird anhand von verschiedenen Indikatoren geprüft, ob die in Dresden vornehmlich angeführte Begründung für staatliches Eingreifen gerechtfertigt ist. Darauf aufbauend werden verschiedene Instrumente zur Erreichung der wohnungspolitischen Ziele dargestellt und insbesondere die Eignung einer kommunalen Wohnungsgesellschaft diskutiert. Es wird deutlich, dass aus wissenschaftlicher Sicht keine überzeugenden Gründe für eine kommunale Wohnungsgesellschaft vorliegen.

## Gründe für kommunalen Wohnungsbau

Eine Rechtfertigung für das Eingreifen des Staates kann zum einen dann vorliegen, wenn ein Marktfehler vorliegt und der Staat korrigierend eingreifen muss, damit die Märkte funktionieren (allokative Perspektive). Zum anderen kann die unternehmerische Betätigung des Staates damit begründet werden, dass das Marktergebnis zu einer als ungerecht empfundenen Verteilung führt (distributive Perspektive).

Aus allokativer Sicht müssten demnach Marktunvollkommenheiten am Wohnungsmarkt vorliegen, die durch das Eingreifen des Staates überwunden werden können. Ein nicht funktionierender Wohnungsmarkt lag beispielsweise in Deutschland nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges vor: Um der Wohnungsnot bei einem gleichzeitig unterentwickelten Kapitalmarkt zu begegnen, wurden öffentliche Wohnungsunternehmen gegründet [VOIGTLÄNDER (2014)]. Heutzutage gibt es keinen Grund zu glauben, dass die Wohnungsmärkte nicht grundsätzlich funktionie-

ren.<sup>1</sup> Prinzipiell steht in Deutschland ausreichend Wohnraum für alle Haushalte zur Verfügung – zunächst unabhängig davon, ob sich die Wohnungen in einer als „angemessen“ empfundenen Nähe zum Arbeitsplatz befinden oder bestimmte Mindeststandards in Größe und Ausstattung erfüllen. Zudem kann davon ausgegangen werden, dass auf dem deutschen Wohnungsmarkt keine Marktmacht von einzelnen Anbietern vorherrscht [MAENIG (2006)]. Aus allokativer Perspektive gibt es keine Rechtfertigung für die unternehmerische Betätigung des Staates und demnach für die Gründung einer kommunalen Wohnungsgesellschaft.

Doch mit der Gründung einer kommunalen Wohnungsgesellschaft werden auch sozialpolitische Ziele verfolgt [vgl. SCHWALBACH et al. (2006) und KÖTTER (2009)]: Im Fall der Stadt Dresden wird vor allem die Bereitstellung einer sozialgerechten Wohnungsversorgung für bedürftige Haushalte in den Vordergrund gestellt [vgl. z. B. DNN (2015), SPD FRAKTION DRESDEN (2015)]. Sowohl Haushalte mit niedrigem Einkommen als auch größere Familien, ältere Bürger und Menschen mit Behinderung, die Probleme haben, auf dem freien Markt eine entsprechende Wohnung zu finden, sollen mit angemessenem Wohnraum zu einem akzeptablen Preis versorgt werden. Die Wohnraumversorgung, die sich durch den marktwirtschaftlichen Allokationsmechanismus ergibt, wird als unsozial und ungerecht empfunden, weshalb aus distributiver Sicht ein Eingreifen des Staates gerechtfertigt wäre.

Damit identifiziert die Stadt Dresden zwei Probleme auf dem Wohnungsmarkt: Zum einen das Wohnkostenproblem, bei dem bestimmte Nachfrager aus finanziellen Gründen keine „geeignete“ Wohnung am freien Markt erhalten. Theoretisch ist auch für Haushalte mit niedrigem Einkommen Wohnraum verfügbar, jedoch werden dabei nicht bestimmte Mindeststandards erfüllt, die als sozial gerecht empfunden werden (z. B. eine bestimmte Wohnungsgröße oder Nähe zum Stadtzentrum). Um die Versorgung der Dresdner Bevölkerung mit Mietwohnungen zu angemessenen Bedingungen zu beurteilen, können verschiedene Indikatoren herangezogen werden, die im folgenden Abschnitt vorgestellt werden. Sollten die Indikatoren darauf hindeuten, dass in Dresden nicht genug

\* Carolyn Fritzsche ist Doktorandin an der Dresdner Niederlassung des ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.



„geeignete“ Wohnungen zur Verfügung stehen, muss zudem hinterfragt werden, ob eine kommunale Wohnungsgesellschaft dieses Problem lösen kann.

Zum anderen verweist die Stadt Dresden auf das Wohnzugangproblem, bei dem bestimmte Personen von Wohnungsvermietern als Risikogruppe eingestuft und daher bei der Wohnungsvergabe diskriminiert werden [DV (2007)]. Damit sind einerseits z. B. Drogenkranke oder Haftentlassene gemeint, andererseits können auch Alleinerziehende und Familien zu dieser Gruppe gehören. Dieses Problem, das ebenfalls als sozial ungerecht bewertet wird, besteht auch in Wohnungsmärkten, in denen grundsätzlich ausreichend Wohnraum zu „angemessenen“ Bedingungen bereitgestellt wird. Allerdings ist auch hier nicht eindeutig, ob eine kommunale Wohnungsgesellschaft überhaupt ein geeignetes Instrument darstellt, dem Wohnzugangproblem zu begegnen. Daher werden im Anschluss an die Bewertung des Dresdner Wohnungsmarktes die Möglichkeiten einer kommunalen Wohnungsgesellschaft zur Bewältigung sowohl des Wohnzuges- als auch des Wohnkostenproblems diskutiert und alternative Instrumente vorgestellt.

### Indikatoren zur Bewertung des Dresdner Wohnungsmarktes

Um zu beurteilen, ob in Dresden ein Wohnkostenproblem vorliegt, werden die Indikatoren des Gesetzesentwurfs „zur Dämpfung des Mietanstiegs auf angespannten Wohnungsmärkten“ herangezogen [vgl. BMJV (2014)]. Die Indikatoren sollen nach Ansicht des Gesetzgebers Anhaltspunkte dafür geben, ob die ausreichende Versorgung der Bevölkerung mit Mietwohnungen in einer Gemeinde zu angemessenen Bedingungen gefährdet sein könnte. Im Gesetzestext werden die Indikatoren im Vergleich zum bundesweiten Durchschnitt betrachtet. Da jedoch in ländlichen Kreisen die Wohnungsmärkte von ganz anderen Faktoren beeinflusst werden als in kreisfreien Städten, erscheint ein Vergleich mit anderen Großstädten in diesem Zusammenhang sinnvoll. Zudem wurden im Folgenden nur ostdeutsche Landeshauptstädte für den Vergleich mit Dresden ausgewählt, da westdeutsche Städte bei einem insgesamt höheren Einkommens- und Preisniveau das Ergebnis verzerren würden.

### Überdurchschnittliche Steigerung der Mieten

Steigen die Mieten stärker als in vergleichbaren Regionen, könnten Personen mit niedrigem Einkommen vermehrt nicht in der Lage sein, eine angemessene Wohnung zu finden.<sup>2</sup> Bis zum Ende der 1990er Jahre sind die Miet-

preise in Dresden deutlich angestiegen (vgl. Abb. 1). Auch seit dem Jahr 2010 ist wieder ein leichter Anstieg zu beobachten; es kann jedoch nicht von einer „Mietpreisexplosion“ gesprochen werden.

In den vergangenen fünf Jahren sind die Angebotsmieten<sup>3</sup> im Durchschnitt aller ostdeutschen Landeshauptstädte um rund 19 % angestiegen; in Dresden betrug der Anstieg vom Jahr 2009 auf das Jahr 2014 rund 17 % [BBSR (2015), vgl. Abb. 2]. Es wird deutlich, dass in den betrachteten ostdeutschen Großstädten eine Mietpreissteigerung in den letzten Jahren zu beobachten ist. Dresden unterliegt dabei einer ähnlichen Entwicklung wie Potsdam oder Erfurt.

Die Entwicklung der Mietpreise kann zudem von der allgemeinen Preissteigerung begleitet sein. Bei einer Umrechnung der Angebotsmieten mittels der Verbraucherpreisindizes für Sachsen in reale Größen ist in den vergangenen zehn Jahren kaum eine Veränderung der Angebotsmieten festzustellen (vgl. Abb. 3). Es zeigt sich, dass in Dresden keine überdurchschnittliche Steigerung der Mieten zu beobachten ist und demnach bezüglich dieses Indikators kein Wohnkostenproblem vorliegt.

### Überdurchschnittliche Mietbelastung der Haushalte

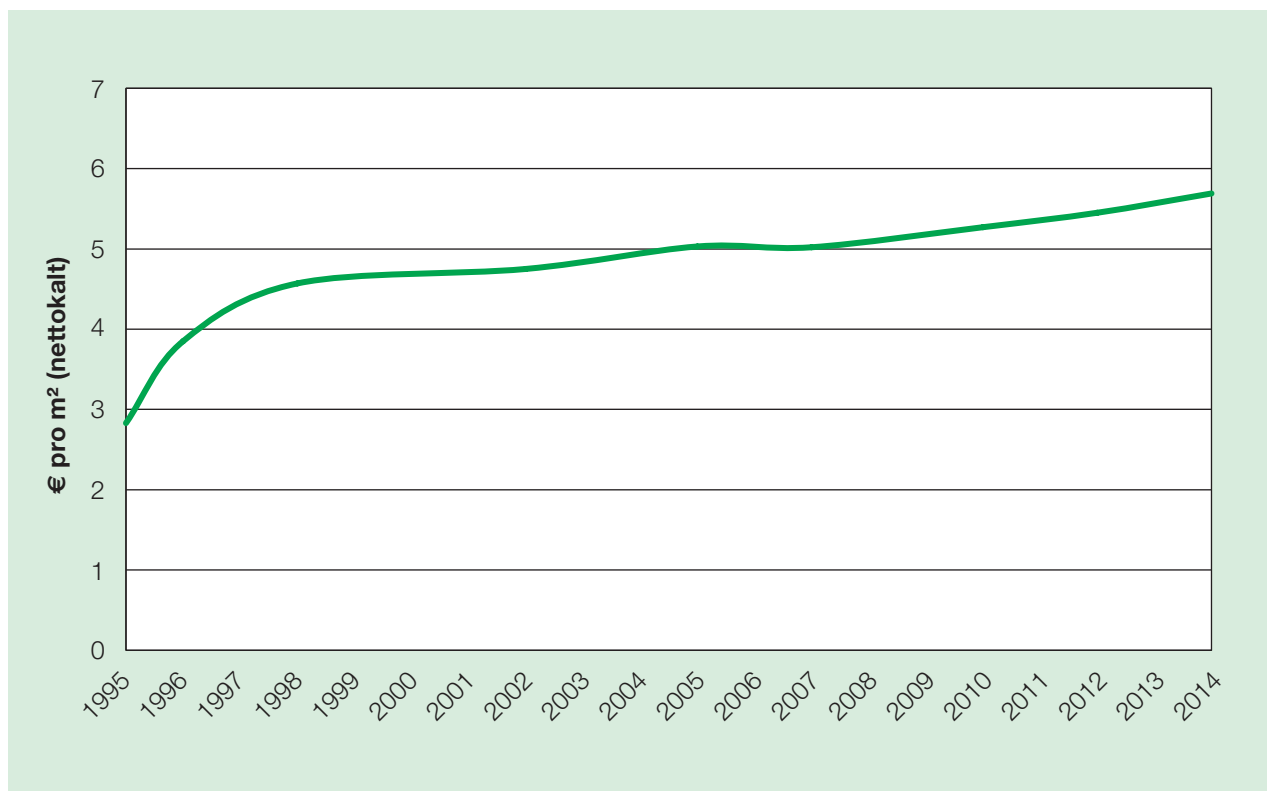
Ein weiterer Indikator, der auf das Vorliegen eines Wohnkostenproblems hindeuten kann, ist die Mietbelastung der Haushalte. Die Mietbelastung spiegelt sich im Anteil des verfügbaren Einkommens, der für die Wohnungsmiete ausgegeben wird, wider. Da bezüglich der Mietbelastung keine Daten auf Kreisebene vorliegen, wird hierfür die Entwicklung der Angebotsmieten mit dem verfügbaren Einkommen verglichen (vgl. Abb. 4).

Liegt die schwarze Linie (Angebotsmiete) oberhalb der grünen Linie (verfügbares Einkommen), sind die Mietpreise seit dem Jahr 2004 stärker gestiegen als die Einkommen. Nur in Dresden ist ein deutlich stärkerer Anstieg der Angebotsmieten im betrachteten Zeitraum zu beobachten. Der Trend legt eine zukünftig ähnliche Entwicklung in Berlin und Potsdam nahe. In Schwerin und Magdeburg haben hingegen die verfügbaren Einkommen in den vergangenen Jahren mehr zugelegt als die Mieten. Insgesamt scheint die Mietbelastung in Dresden in den vergangenen Jahren gestiegen zu sein, was auf das Vorliegen eines Wohnkostenproblems hindeutet.

### Bevölkerungswachstum ohne Bestandsanpassung

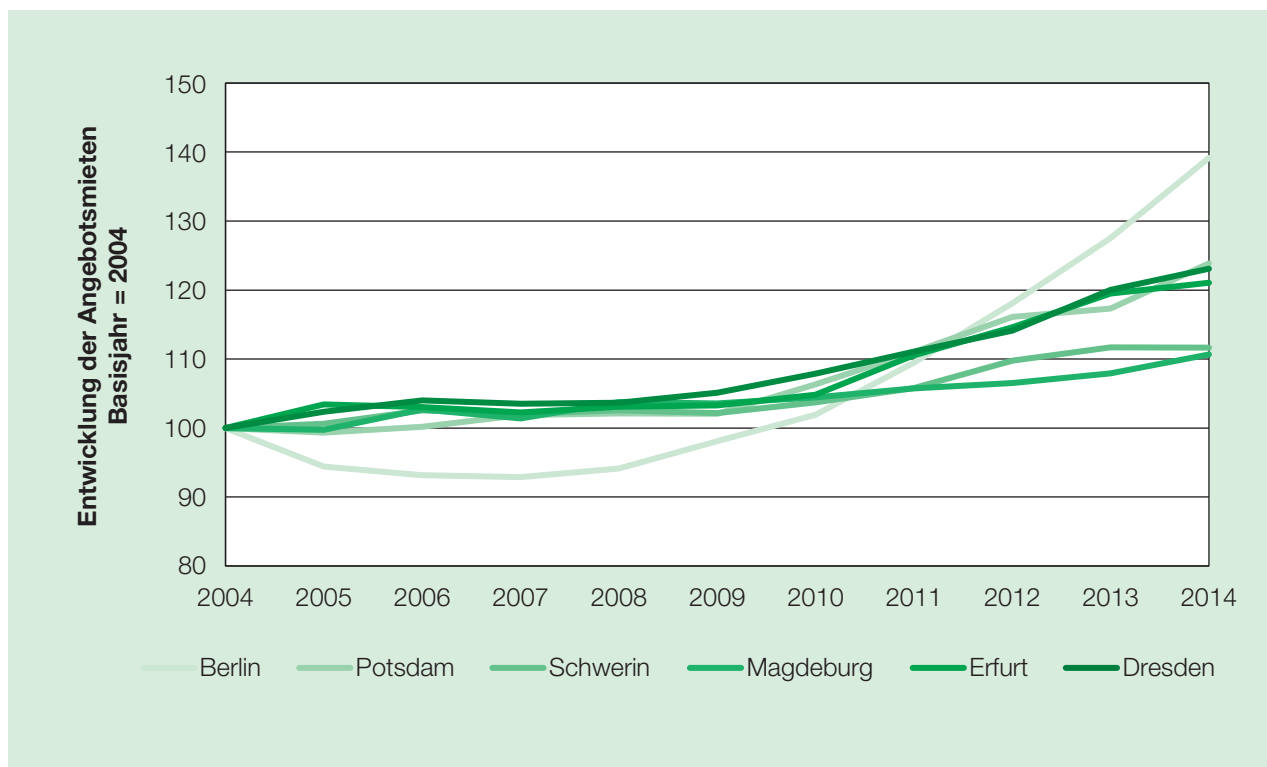
Auf dem Wohnungsmarkt koordinieren Preise die zentralen Marktelemente Angebot und Nachfrage auf dieselbe Art und Weise wie auf anderen Märkten auch: Eine

Abbildung 1: Entwicklung der monatlichen Grundmieten (nominal) in Dresden



Quelle: Kommunale Statistikstelle der Stadt Dresden (2015a).

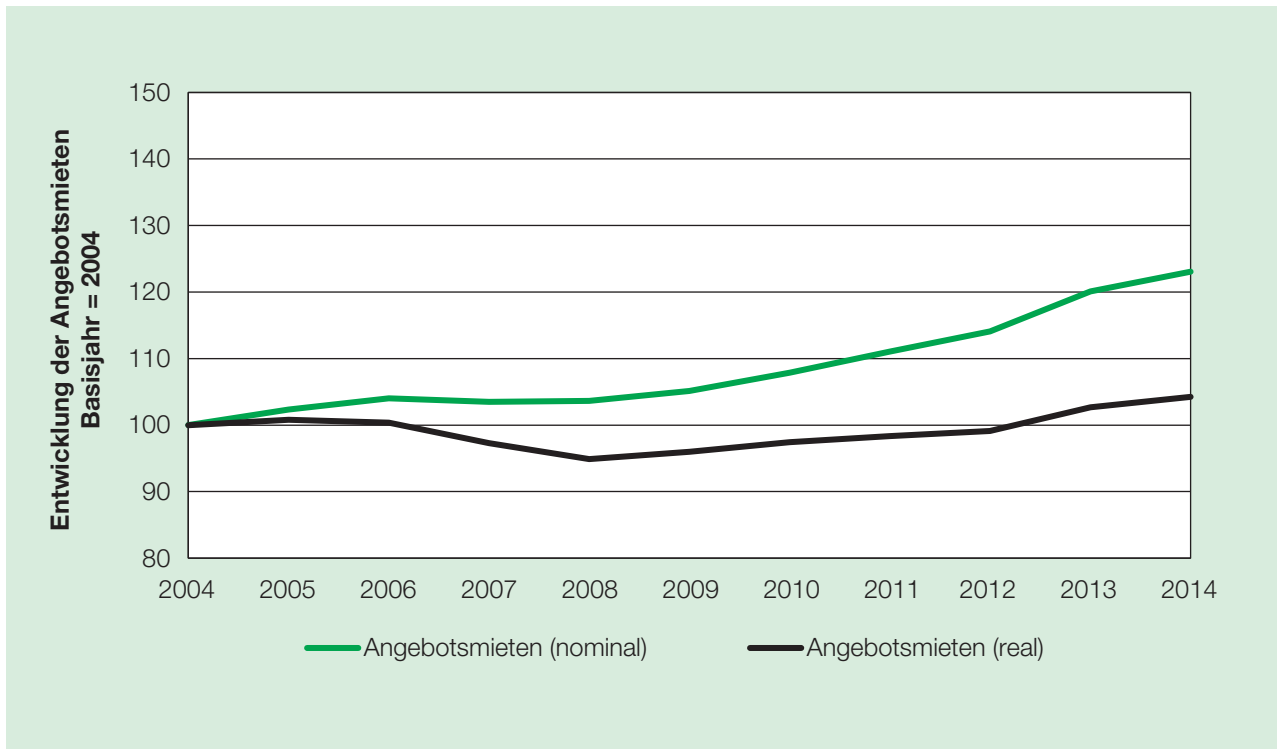
Abbildung 2: Entwicklung der Angebotsmieten (nominal) in ostdeutschen Landeshauptstädten im Verhältnis zum Basisjahr 2004



Quelle: BBSR (2015).



**Abbildung 3: Entwicklung der Angebotsmieten (nominal und real) in Dresden im Verhältnis zum Basisjahr 2004**



Quellen: BBSR (2015), Statistisches Bundesamt (2015).

größere Bevölkerungszahl hat eine Erhöhung der Nachfrage nach Wohnfläche zur Folge. Wird auf die gesteigerte Nachfrage nicht mit einer Ausweitung des Angebots reagiert, steigen die Mietpreise, weshalb Nachfrager mit niedrigem Einkommen nur schwerlich eine Wohnung finden. In Dresden ist seit dem Jahr 2000 ein Wachstum der Bevölkerung mit Hauptwohnsitz in Dresden zu beobachten (vgl. Abb. 5).

Das Bevölkerungswachstum ist fast ausschließlich durch Wanderungsgewinne getrieben. Allerdings muss hierbei beachtet werden, dass durch die Einführung der Umzugsbeihilfe für Studierende im Jahr 2001 und die Einführung der Zweitwohnsitzsteuer im Jahr 2006 diese Wanderungsgewinne stark von „Ummeldungen“ von bereits bestehenden Neben- auf Hauptwohnsitze beeinflusst war (vgl. Abb. 6). In Jahren, in denen überdurchschnittlich hohe Wanderungsgewinne zu verzeichnen waren (2005 und 2006), ist die Zahl der Einwohner mit Nebenwohnsitz in Dresden besonders stark gesunken.

Zukünftig ist mit einer weniger wachsenden Bevölkerung und ab dem Jahr 2025 gar mit einer Schrumpfung der Bevölkerungszahl zu rechnen.<sup>4</sup> Die derzeit hohen Zuzüge aus dem Umland werden vermutlich in den kommenden Jahren zurückgehen, da die Zahl der Personen im Alter von 18 bis 30 Jahren („mobilste Altersgruppe“) aus

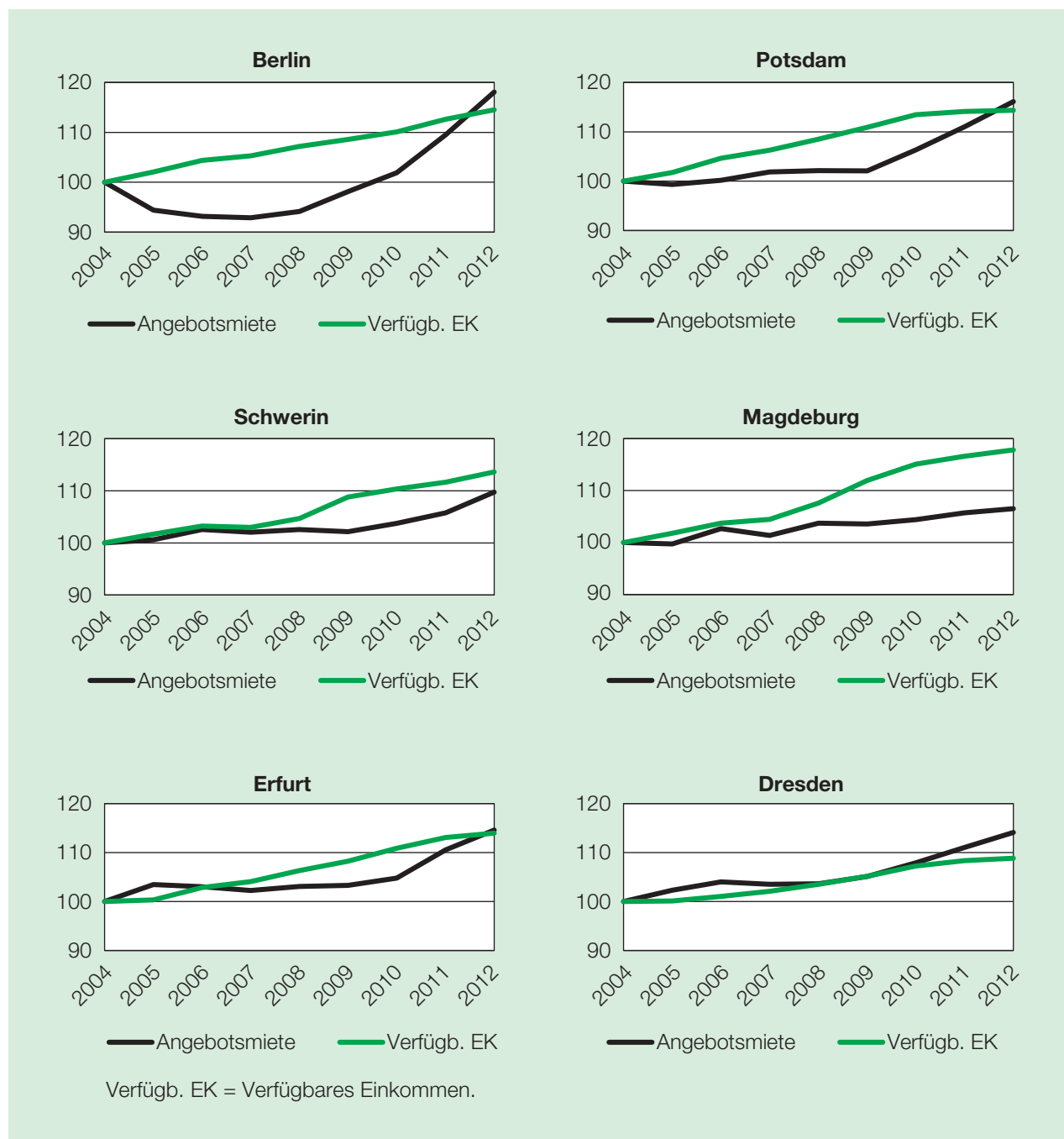
dem Hauptzugzugsgebieten (entferntes Umland von Dresden) sinkt [KOMMUNALE STATISTIKSTELLE DRESDEN (2015b)].

Ein Blick auf die Baugenehmigungen je Einwohner lässt Rückschlüsse darauf ziehen, inwieweit das bestehende Angebot an die höhere Nachfrage angepasst wird (vgl. Abb. 7). Seit dem Jahr 2010 ist die Entwicklung der Baugenehmigungen im Verhältnis zur Bevölkerung in Dresden deutlich positiver. Hieraus lässt sich erkennen, dass die Zahl der Baugenehmigungen stärker als die Bevölkerung im gleichen Zeitraum gewachsen ist. Somit reagiert der Wohnungsmarkt in Dresden auf die Bevölkerungsentwicklung mit einer Bestandsanpassung und es liegt gemäß dieses Indikators kein Wohnkostenproblem vor.

### Geringer Leerstand

Eine niedrige Leerstandsquote deutet auf ein knappes Angebot hin und damit auf größere Schwierigkeiten für Haushalte mit niedrigen Einkommen, eine Wohnung zu finden. Die Leerstandsquote ist in den 1990er Jahren überdurchschnittlich stark gestiegen, was auf die damalige Ausweitung des Wohnungsbestandes und gleichzeitig rückläufige Bevölkerungszahl zurückzuführen ist (vgl. Abb. 8). Der Wohnungsbestand wurde mit Unterstützung von steuerlichen Erleichterungen in den ostdeutschen

Abbildung 4: Entwicklung der Angebotsmieten (nominal) und der verfügbaren Einkommen der privaten Haushalte je Einwohner in ostdeutschen Landeshauptstädten im Verhältnis zum Basisjahr 2004

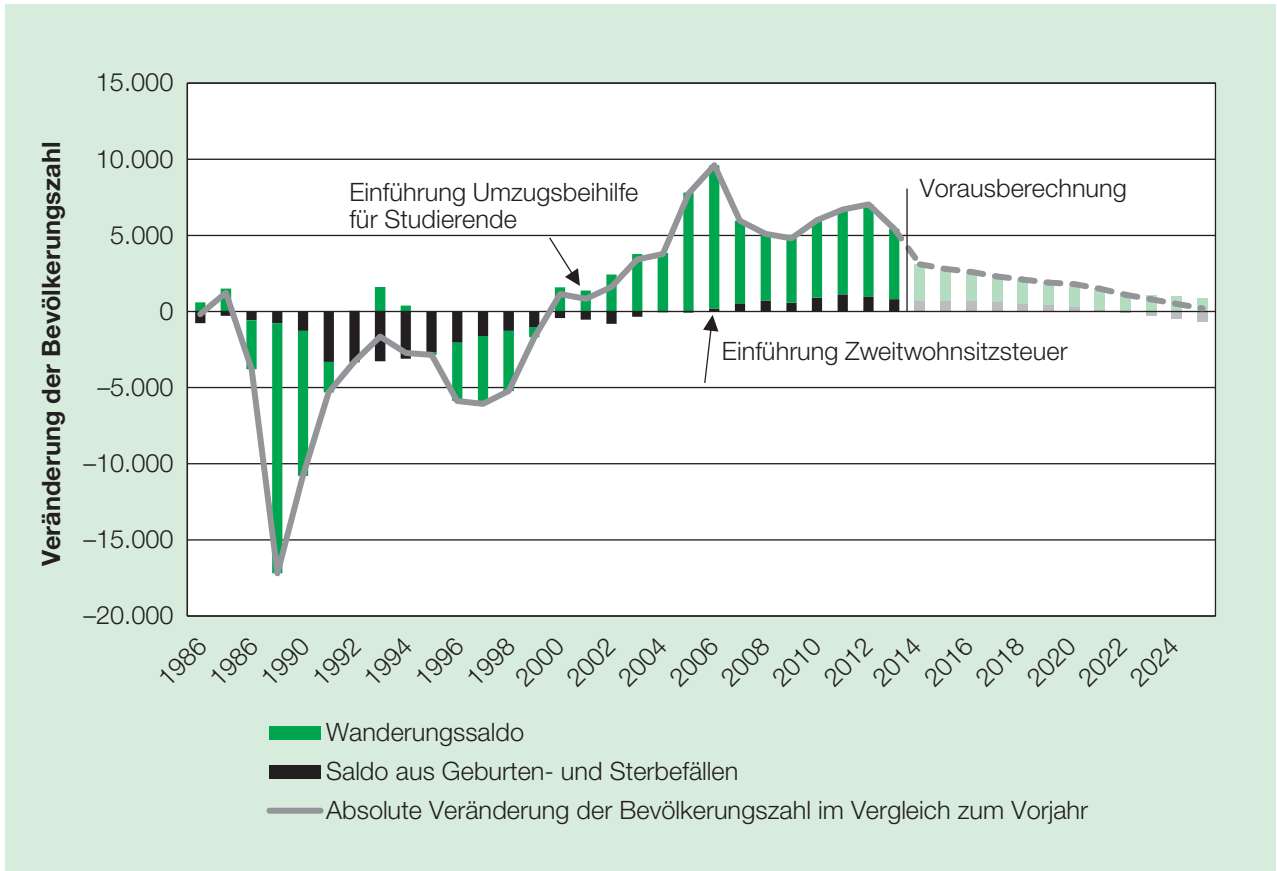


Quellen: BBSR (2015), Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2013).

Bundesländern in diesem Zeitraum drastisch vergrößert [HENGER und VOIGTLÄNDER (2015)]. Seit dem Jahr 2001 liegt die Anzahl der Wohnungen in Dresden auf einem relativ konstanten Niveau. Seither ist auch die Leerstandsquote wieder gesunken, wozu auch das Förderprogramm „Stadtumbau Ost“<sup>5</sup> beigetragen haben könnte. Der Leerstand lag im Jahr 2009 ungefähr auf dem Niveau des Jahres 1995 und ist seitdem weiter zurückgegangen.

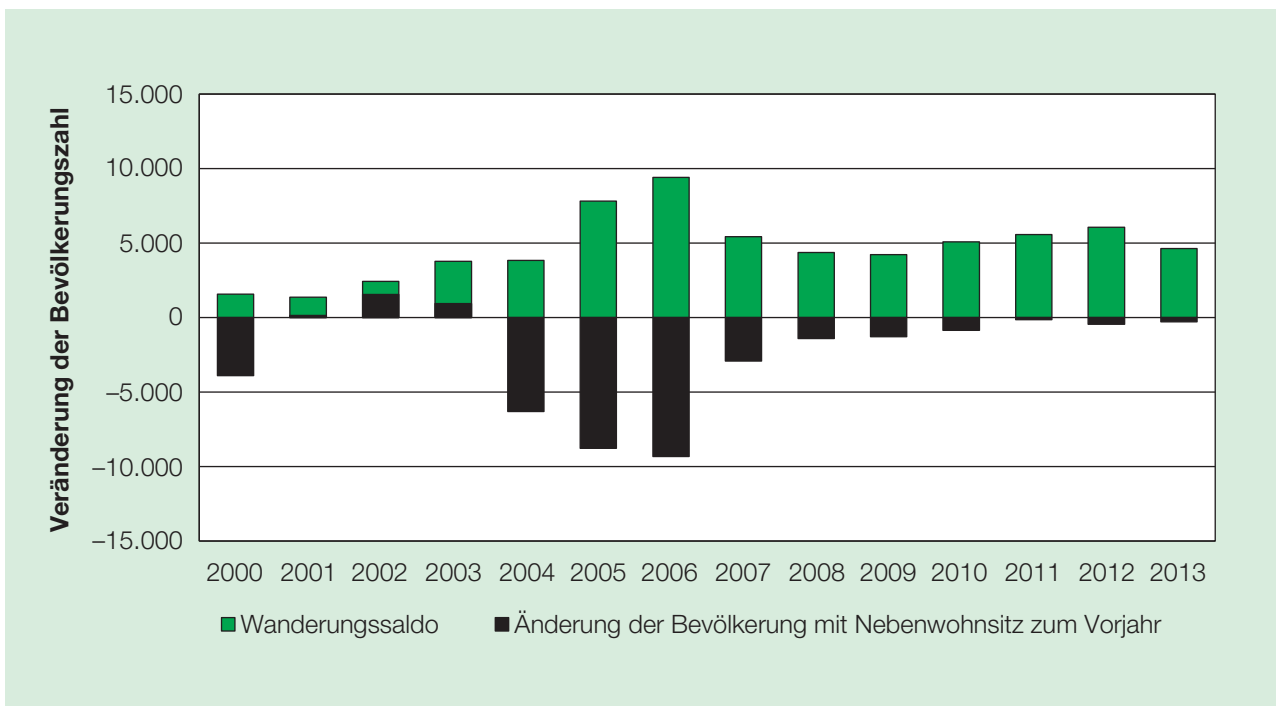
Im Vergleich zu anderen ostdeutschen Landeshauptstädten befindet sich der Leerstand in Dresden etwas unter dem Durchschnitt. Berlin, Potsdam und Erfurt wiesen im Jahr 2011 noch niedrigere Leerstandsquoten aus (vgl. Tab. 1).<sup>6</sup> Der Leerstand in Dresden scheint somit nicht auf ein vergleichsweise übermäßig knappes Angebot und damit auf ein Wohnkostenproblem hinzuweisen.

Abbildung 5: Verschiedene Effekte der Bevölkerungsentwicklung in Dresden



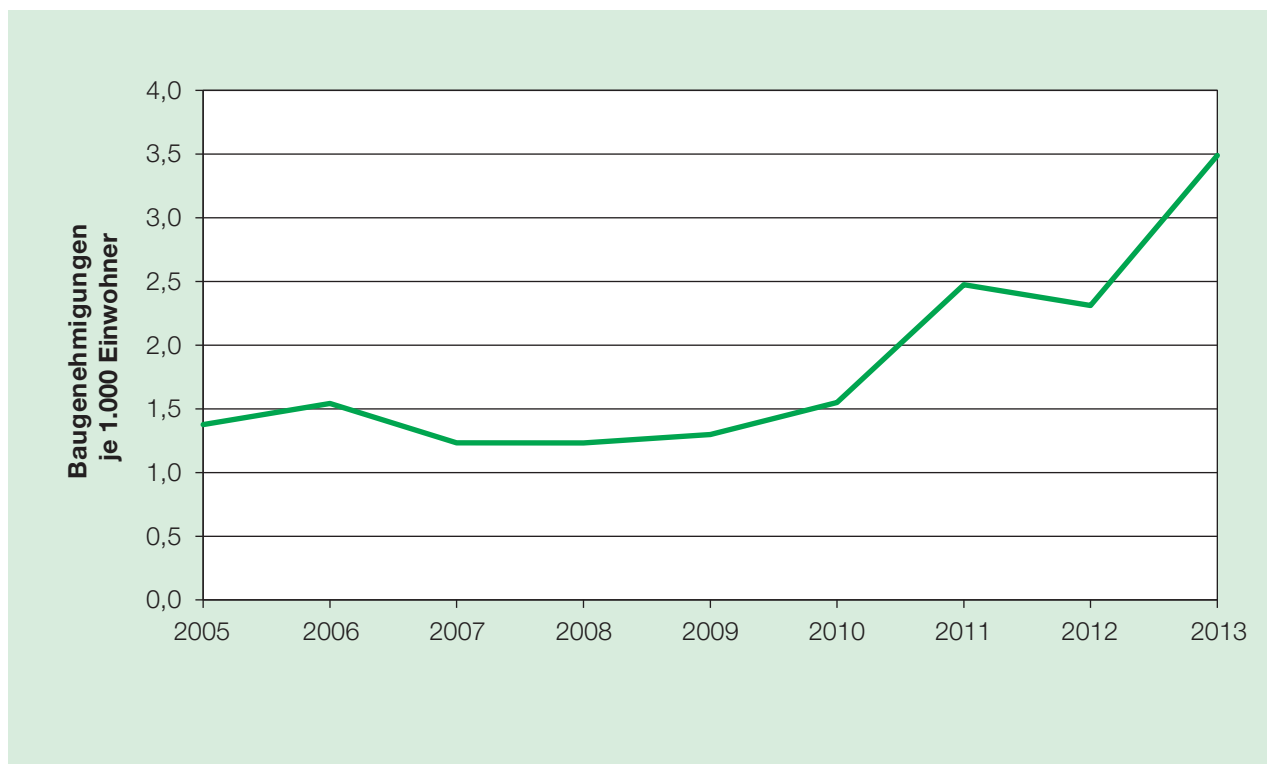
Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen (2015a).

Abbildung 6: Wanderungssaldo und Veränderung der Bevölkerung mit Nebenwohnsitz im Vergleich zum Vorjahr in Dresden



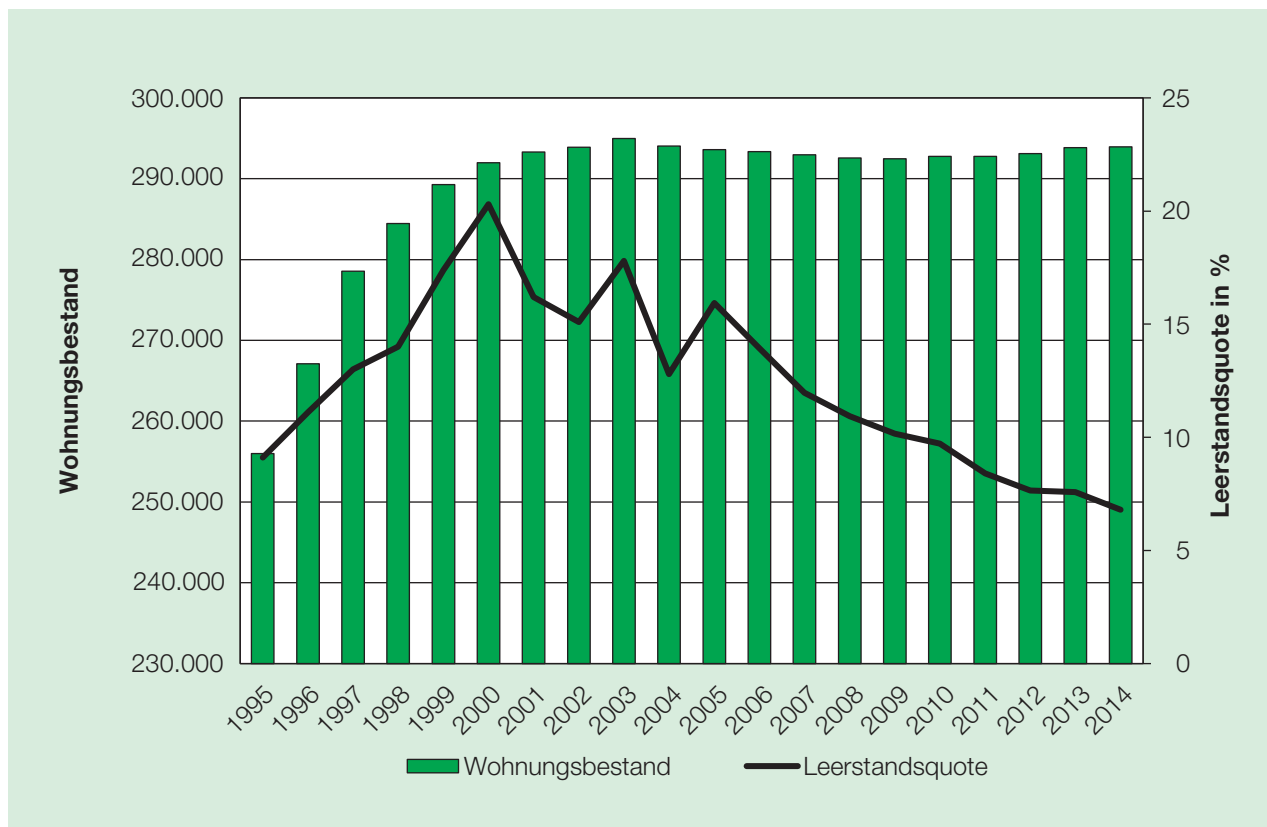
Quellen: Statistisches Landesamt Sachsen (2015a), Kommunale Statistikstelle Dresden (2015a).

Abbildung 7: Entwicklung der Baugenehmigungen im Verhältnis zur Bevölkerung in Dresden



Quelle: Statistisches Landesamt Sachsen (2015a,b).

Abbildung 8: Entwicklung des Wohnungsbestandes und der Leerstandsquote in Dresden



Quelle: Kommunale Statistikstelle Dresden (2015a).

**Tabelle 1: Leerstandsquoten in den ostdeutschen Landeshauptstädten in 2011**

|           | Leerstandsquoten 2011 |
|-----------|-----------------------|
| Berlin    | 3,5%                  |
| Potsdam   | 2,9%                  |
| Schwerin  | 10,6%                 |
| Magdeburg | 9,5%                  |
| Erfurt    | 4,9%                  |
| Dresden   | 5,1%                  |

Quelle: Statistische Ämter des Bundes und der Länder (2014).

### Zusammenfassung

Insgesamt erscheint ein Eingreifen des Staates aus distributiver Perspektive möglicherweise gerechtfertigt. Die Mietpreise sind seit dem Jahr 2004 in Dresden deutlich stärker gestiegen als das verfügbare Einkommen je Einwohner, was auf eine zunehmende Mietbelastung hindeutet. Jedoch steigen die Mietpreise im Vergleich zu anderen ostdeutschen Städten nicht überdurchschnittlich stark an und die derzeitige Neubautätigkeit scheint mit der aktuellen (und vorausgerechneten) Bevölkerungsentwicklung zu korrespondieren. Die Leerstandsquote ist zwar relativ zur historischen Entwicklung niedrig, aber im Vergleich zu anderen Städten nur leicht unter dem Durchschnitt.

### Wirtschaftspolitische Instrumente zur Behebung des Wohnkosten- und Wohnzugangsproblems

Aufgrund der relativ hohen Mietbelastung in Dresden ist es durchaus möglich, dass in Dresden ein Wohnkostenproblem vorliegt: Einige Haushalte können eventuell aus finanziellen Gründen keine angemessene Wohnung am freien Wohnungsmarkt erhalten. Die hohen Mieten sind allerdings kein ausschließliches Phänomen der Privatwirtschaft: WEIB (2009) stellt fest, dass private Eigentümer in der Regel keine übermäßig hohen Mieterhöhungen durchführen; kommunale Wohnungsunternehmen passen ihre Preise bei einer hohen Nachfrage ebenfalls an. Zudem gibt es in der Struktur der Mieter keine Unterschiede zwischen kommunalen und privaten Wohnungsanbietern [BMVBS (2008)]. Dass ein kommunales Unternehmen bereitwillig Mieter mit niedrigen Einkommen aufnimmt, ist demnach nicht gegeben. Vielmehr berücksichtigen auch öffentliche Anbieter die damit verbundenen finanziellen Risiken. Die Befürchtung, dass durch

einen hohen Anteil an privaten Wohnungsanbietern finanzschwache Haushalte zunehmend auf der Strecke bleiben, scheint daher unbegründet.

Möchte der Staat bedürftige Haushalte unterstützen, ist eine kommunale Wohnungsgesellschaft nicht zwangsläufig ein geeignetes Instrument: KIRCHNER (2006) schätzt die Fehlbelegungsquote im sozialen Wohnungsbau auf 40 bis 50 %. Die Bedürftigkeitskriterien werden in der Regel sehr weit gefasst und nicht regelmäßig überprüft. Der Wohnkostenzuschuss nach dem Wohngeldgesetz und die Übernahme der Kosten für Unterkunft und Heizung im Rahmen der sozialen Grundsicherung können finanzschwachen Haushalten zielgenauer helfen, den Zugang zum freien Wohnungsmarkt zu erhalten [KÖTTER (2009) und SENATSVERWALTUNG FÜR STADTENTWICKLUNG UND UMWELT BERLIN (2012)].

In Bezug auf das Wohnzugangsproblem stellt sich zudem die Frage, inwieweit die Gründung einer kommunalen Wohnungsgesellschaft eine passende Handlungsstrategie darstellt: Öffentliche Unternehmen sind in der Regel nicht verpflichtet, Risikogruppen den Zugang zum Wohnungsmarkt zu gewähren. Zur Übernahme der Vermietungsrisiken können auch private Wohnungsanbieter entschädigt werden, wie z. B. über den Kauf von Belegungsrechten aus dem Bestand. Die Kommune erhält hierbei das Recht, die Wohnung mit von ihr ausgewählten Haushalten zu belegen [VOIGTLÄNDER (2014)]. Belegungsrechte haben den Vorteil, dass sie durch weiteren Zukauf bzw. Verzicht auf die Rechte flexibel an den Bedarf angepasst werden können (im Gegensatz zum Wohnungsbau bzw. -abriss). Zudem wird weniger Kapital als beim Wohnungsbau gebunden und damit geringere Risiken durch den Staat getragen. Dresden hat sich beim Verkauf der WOBA 8.000 Belegungsrechte vorbehalten. Eine Alternative zur Gründung einer neuen kommunalen Wohnungsgesellschaft wäre die Ausweitung dieser Belegungsrechte. KÖTTER (2009) schlägt außerdem Zusatzangebote wie Familienhilfe, Schuldnerberatung und Suchthilfe zur Lösung des Wohnzugangsproblems vor.

### Fazit

Aus allokativer Sicht ist ein Eingreifen des Staates in den Wohnungsmarkt in Dresden nicht gerechtfertigt: Es liegt keine Marktunvollkommenheit vor, die das Funktionieren des Wohnungsmarktes grundsätzlich stört. Verfolgt die Stadt Dresden das Ziel, angemessenen Wohnraum für finanzschwache und sozial benachteiligte Personen zur Verfügung zu stellen, wäre aus distributiver Perspektive staatliches Handeln gegebenenfalls gerechtfertigt. Im Verhältnis zu anderen ostdeutschen Landeshauptstädten deutet die Entwicklung der Mietpreise im Verhältnis zur Ent-

wicklung des verfügbaren Einkommens darauf hin, dass die Mietbelastung in den vergangenen Jahren zugenommen hat. Zu einer kommunalen Wohnungsbaugesellschaft existieren allerdings alternative wirtschaftspolitische Instrumente, die sowohl dem Wohnkosten- als auch dem Wohnzugangsproblem gezielter begegnen könnten.

## Literatur

- BBSR – BUNDESINSTITUT FÜR BAU-, STADT- UND RAUMFORSCHUNG (Hrsg.) (2015): Neu- und Wiedervermietungen 2004 bis 2014 (Angebotsmieten nettokalt), BBSR-Wohnungsmarktbeobachtungssystem, IDN ImmoDaten GmbH.
- BMJV – BUNDESMINISTERIUM DER JUSTIZ UND FÜR VERBRAUCHERSCHUTZ (Hrsg.) (2014): Entwurf eines Gesetzes zur Dämpfung des Mietanstiegs auf angespannten Wohnungsmärkten zur Stärkung des Bestellerprinzips bei der Wohnungsvermittlung, Deutscher Bundestag, 18. Wahlperiode, Drucksache 18/3121, abgerufen am 30.09.2015.
- BMVBS – BUNDESMINISTERIUM FÜR VERKEHR, BAU UND STADTENTWICKLUNG (Hrsg.) (2008): Expertise – Stadttrendite durch kommunale Wohnungsunternehmen, Abschlussbericht, BBR-online-Publikation 01/2008, Berlin.
- DNN – DRESDNER NEUSTE NACHRICHTEN (2015): Dresdner hängen an der Woba – DNN-Barometer: Stabile Mehrheit für städtische Wohnungsbaugesellschaft, Nr. 228, 30.09.2015.
- DV – DEUTSCHER VERBAND FÜR WOHNUNGSWESEN, STÄDTEBAU UND RAUMORDNUNG E. V. (Hrsg.) (2007): Zur Ökonomisierung der Immobilienwirtschaft – Entwicklungen und Perspektiven, Bericht der Kommission des DV im Auftrag des Bundesministeriums für Verkauf, Bau und Stadtentwicklung, Berlin.
- HENGER, R. und M. VOIGTLÄNDER (2015): Vereint in regionalen Unterschieden – Der deutsche Wohnungsmarkt 25 Jahre nach der Wiedervereinigung, IW policy paper 31/2015, Köln.
- KIRCHNER, J. (2006): Wohnungsversorgung für unterstützungsbedürftige Haushalte, Deutscher Universitätsverlag, Wiesbaden.
- KÖTTER, T. (2009): Kommunale Wohnungsbestände als Instrument einer sozialverträglichen Stadtentwicklung, in: HAUG, P., ROSENFELD, M. und D. WEIß (Hrsg.): Zur Zukunft der kommunalen Wohnungspolitik in Deutschland und Europa, Referate und Diskussionen im Rahmen des 3. Halleschen Kolloquiums zur Kommunalen Wirtschaft am 5. und 6. November 2009, IWH-Sonderheft 3/2012, Halle (Saale), S. 59–76.
- KOMMUNALE STATISTIKSTELLE DER STADT DRESDEN (Hrsg.) (2015a): Bauen Wohnen, Verkehr & Sicherheit, <https://www.dresden.de/de/leben/stadtportrait/statistik/bauen.php>, abgerufen am 20.09.2015.
- KOMMUNALE STATISTIKSTELLE DER STADT DRESDEN (Hrsg.) (2015b): Statistische Mitteilungen – Bevölkerungsprognose 2014, Februar 2015, Dresden.
- MAENNIG, W. (2006): Mietpreissenkungen lösen das Leerstandsproblem nicht, Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, 226/3, S. 329–335.
- SCHWALBACH, J., SCHWERK, A. und D. SMUDA (2006): Stadttrendite der öffentlichen Wohnungswirtschaft – Formalisierung und Operationalisierung des Begriffs „Stadttrendite“ und Anwendung am Fallbeispiel DEGEWO, Berlin.
- SENATSVERWALTUNG FÜR STADTENTWICKLUNG UND UMWELT BERLIN (Hrsg.) (2012): IBA Berlin 2020 – Sondierungspapier „Wohnungsbau und öffentliche Förderung“, Aachen.
- STATISTISCHE ÄMTER DES BUNDES UND DER LÄNDER (Hrsg.) (2013): Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen der Länder, Reihe 2, Kreisergebnisse Band 3, Einkommen der privaten Haushalte in den kreisfreien Städten und Landkreisen der Bundesrepublik Deutschland 2000 bis 2012, Frankfurt am Main.
- STATISTISCHE ÄMTER DES BUNDES UND DER LÄNDER (Hrsg.) (2014): Zensus 2011, Gebäude und Wohnungen, Ergebnisse des Zensus am 9. Mai 2011, Wiesbaden.
- STATISTISCHES BUNDESAMT (Hrsg.) (2015): Preise – Verbraucherpreisindizes für Deutschland – Jahresbericht 2014, Wiesbaden.
- STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (Hrsg.) (2015a): Bevölkerungsstand, -vorausberechnung, Gebietsstand 01.01.2010, 5. Regionalisierte Bevölkerungsprognose für den Freistaat Sachsen bis 2025, Variante 1, Kamenz.
- STATISTISCHES LANDESAMT DES FREISTAATES SACHSEN (Hrsg.) (2015b): Statistik der Baugenehmigungen, Gebietsstand 01.01.2015, Kamenz.
- SPD FRAKTION DRESDEN (Hrsg.) (2015): Rot-Grün-Rot korrigiert historischen Fehler – Weg frei für eine neue Woba, [http://spd-fraktion-dresden.de/?page\\_id=856](http://spd-fraktion-dresden.de/?page_id=856), abgerufen am 30.09.2015.
- VOIGTLÄNDER, M. (2014): Der Staat als Wohnungseigentümer, in: VOIGTLÄNDER, M. und O. DEPENHEUER (Hrsg.): Wohneigentum – Herausforderungen und Perspektiven, Springer-Verlag, Heidelberg.
- WEIß, D. (2009): Empirische Befunde zu den Auswirkungen der Privatisierung von kommunalen Wohnungen auf Miete und Wohnqualität, in: HAUG, P., ROSENFELD, M. und D. WEIß (Hrsg.): Zur Zukunft der kommunalen Wohnungspolitik in Deutschland und Europa, Referate und Diskussionen im Rahmen des 3. Halleschen Kolloquiums zur Kommunalen Wirtschaft am 5. und 6. November 2009, IWH-Sonderheft 3/2012, Halle (Saale), S. 103–116.



<sup>1</sup> Es ist auch möglich, dass durch das Eingreifen des Staates auf den Wohnungsmarkt Marktfehler hervorgerufen werden: Wird beispielsweise eine Mietpreissteigerung unterbunden, haben Investoren einen geringeren Anreiz, neue Wohnungen bauen zu lassen, um der höheren Nachfrage zu begegnen. Dies kann zu Wohnungsknappheit führen.

<sup>2</sup> Eine alleinige Anwendung dieses Indikators zur Bewertung des Wohnungsmarktes ist als kritisch zu betrachten, da das Basisniveau der Mietpreise unberücksichtigt bleibt.

<sup>3</sup> Die Entwicklung der Angebotsmieten unterscheidet sich von den Mietpreisen des Mietspiegels. Im Mietspiegel sind auch Bestandsmieten enthalten, während für die Angebotsmieten nur Mietpreise für Neuvermietungen berücksichtigt werden. Für die Betrachtung der aktuellen Steigerung der Mietpreise bietet sich ein Vergleich der Angebotsmieten an.

<sup>4</sup> Allerdings basiert die Vorausberechnung der Bevölkerung für Dresden noch auf den Ergebnissen der 12. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung. Es ist davon auszugehen, dass auf Basis der aktuellen Ergebnisse der 13. Koordinierten Bevölkerungsvorausberechnung die erwartete Entwicklung weniger stark rückläufig ausfällt.

<sup>5</sup> Das seit dem Jahr 2002 laufende Förderprogramm „Stadtumbau Ost“ des BUNDESMINISTERIUMS FÜR VERKEHR UND DIGITALE INFRASTRUKTUR hat das Ziel, durch Rückbau den Angebotsüberhang an Wohnungen zu reduzieren.

<sup>6</sup> Die Unterschiede in den Leerstandsquoten für die Stadt Dresden ergeben sich in der anderen Abgrenzung von leerstehenden Wohnungen in der Gebäude- und Wohnungszählung für den Zensus 2011 im Vergleich zur KOMMUNALEN STATISTIKSTELLE DRESDEN.

# Satellitendaten zur Schätzung von Regionaleinkommen – Das Beispiel Deutschland

Christian Leßmann, André Seidel und Arne Steinkraus\*

## Einleitung

Für viele Regionen der Welt existieren keine validen statistischen Daten zu Einkommen und Wirtschaftskraft. Dabei sind zwei Faktoren von großer Bedeutung. Erstens spielt der Entwicklungsstand eine bedeutende Rolle. In Entwicklungsländern haben die Institutionen der amtlichen Statistik häufig nicht die notwendigen Kapazitäten zur Erhebung der notwendigen Daten [vgl. CHEN und NORDHAUS (2011, 2015)]. Häufig sind – wenn überhaupt – nur grobe Einkommensschätzungen auf Nationenebene möglich, welche von internationalen Organisationen – wie z. B. der Weltbank – bzw. mit deren Unterstützung vorgenommen werden. Die generierten Daten unterliegen dabei relativ großen Unsicherheiten, was durch die zahlreichen Datenrevisionen der Vergangenheit belegt wird. Zweitens ist es auch in höher entwickelten Staaten mit erheblichem Aufwand verbunden, valide Daten über kleinere Wirtschaftsräume zu erheben. Je kleiner der Raum ist, dessen wirtschaftliche Entwicklung untersucht werden soll, desto detailliertere Informationen sind notwendig und desto mehr vereinfachende Annahmen über die Zusammenhänge zwischen den betrachteten Regionen und übergeordneten räumlichen Einheiten müssen getroffen werden. Dies gilt natürlich nicht nur für die regionale Wirtschaft, sondern auch für andere wichtige Größen wie z. B. die Bevölkerungszahl. Die Ergebnisse des Zensus 2011 im Vergleich zu den Fortschreibungen der amtlichen Statistik zeigen deutlich, dass selbst in einem hochentwickelten Staat wie Deutschland erhebliche Messprobleme bei wirtschaftlich relevanten Daten bestehen.

Eine neue Möglichkeit zur Schätzung fehlender regionaler Einkommensdaten bieten Satellitenbilder der Erde bei Nacht. Die grundlegende Idee ist, dass die meisten wirtschaftlichen Aktivitäten – insbesondere der Konsum und die Produktion von Gütern –, die in den Abendstunden stattfinden, Licht benötigen bzw. emittieren. Aus der Lichtemission bei Nacht kann folglich ein Rückschluss auf wirtschaftliche Größen, wie z. B. das Einkommen, gezogen werden. Ziel dieses Beitrags ist, die in der Literatur verwendeten Daten vorzustellen sowie die Möglichkeiten und Grenzen der Nutzung von Satellitendaten zur Schätzung von Einkommen zu diskutieren. Dazu nehmen wir eine einfache ökonomische Auswertung der Daten Deutschlands vor und vergleichen diese mit anderen Ergebnissen der Literatur.

## Satellitendaten und Einkommen

Die ersten Arbeiten, die den Zusammenhang zwischen der Lichtemission der Erde bei Nacht und sozioökonomischen Daten hergestellt haben, sind bereits in den 1960er Jahre entstanden. Jedoch zeigen erst ELVIDGE et al. (1997), dass die Lichtemission bei Nacht nahezu perfekt mit dem Bruttoinlandsprodukt auf Nationalstaatsebene korreliert ist ( $R^2=0.97$ ). HENDERSON et al. (2012) untersuchen den Zusammenhang zwischen Änderungen der Lichtemissionen und realen Wachstumsraten des Einkommens. Dabei zeigt sich, dass immerhin etwa 70 % des Wachstums durch die Lichtdaten erklärt werden kann. Auf nationaler Ebene scheinen die Daten also sehr informativ zu sein. Fraglich ist jedoch, wie gut sie sich für regionalökonomische Untersuchungen eignen.

Zunächst wollen wir erklären, wie die Daten erhoben und aufbereitet werden. Mehr als 1.000 aktive Satelliten umkreisen die Erde in unterschiedlichen Abständen mit unterschiedlicher Geschwindigkeit. Sie liefern – je nach Zweck und Sensorausstattung – sehr unterschiedliche Daten. Für die hier diskutierten Untersuchungen werden die Satelliten des Defense Meteorological Satellite Program (DMSP) verwendet. Die von der US AIR FORCE betriebenen Satelliten umkreisen 14 Mal pro Tag die Erde und machen dabei zahlreiche Aufnahmen, die unter anderem für Wetterprognosen benötigt werden. Gemessen wird dabei neben anderen Informationen die Infrarotabstrahlung, welche nahe an dem für das menschliche Auge sichtbaren Licht ist. Die Daten können z. B. dazu genutzt werden, um die Wolkenabdeckung zu bestimmen, indem die gemessene Wärmestrahlung ins Verhältnis zu den Bodentemperaturen gesetzt wird. Bei dem Überflug eines einzelnen Satelliten werden die Daten für einen ca. 3.000 Kilometer breiten Streifen erfasst.

Ein Nebenprodukt dieser Messungen ist auch das von Menschen künstlich erzeugte Licht, welches z. B. von Siedlungen, Städten, Verkehrswegen und Industrieanlagen abgestrahlt wird. Die Aufbereitung der Daten erfolgt durch die Wetter- und Ozeanografiebehörde der

\* Prof. Dr. Christian Leßmann leitet das Institut für Volkswirtschaftslehre an der Technischen Universität Carolo-Wilhelmina zu Braunschweig und ist Forschungsprofessor des ifo Instituts. Arne Steinkraus ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Volkswirtschaftslehre, und André Seidel ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwissenschaft der Technischen Universität Dresden.

USA (NOAA). Berücksichtigt werden nur die Daten, die in den Abendstunden zwischen ca. 20:30 Uhr und 22:00 Uhr Ortszeit entstehen. Eine erhebliche Herausforderung ist die Isolation des menschengemachten, also künstlichen Lichts, von natürlichen Lichtquellen (z. B. Polarlichter, Waldbrände etc.). Zudem müssen die Daten um die Wolkenabdeckung, Staub in der Atmosphäre und andere Faktoren bereinigt werden. Am Ende werden Jahresmittelwerte für die verwendbaren und bereinigten Daten berechnet, welche dann zur weiteren Nutzung publiziert werden.

Die so entstandenen geokodierten Datensätze enthalten Helligkeitsinformationen für eine Fläche von etwa einem Quadratkilometer. Jedem Punkt ist dabei ein Helligkeitswert zwischen 0 und 63 zugewiesen, wobei höhere Werte eine höhere Lichtintensität repräsentieren. Die Daten sind an beiden Enden der Skala zensiert, woraus einige erhebliche Einschränkungen entstehen. Ein Wert von Null ist nicht zwangsläufig gleichbedeutend damit, dass in dem betreffenden Areal kein Mensch wohnt und gar kein Licht emittiert wird. Die Sensitivität der Sensoren ist jedoch relativ hoch, da das Licht einer modernen 250-Watt-Glühlampe unter freiem Himmel auf einer Fläche von 1 km<sup>2</sup> bereits erfasst wird. In armen Regionen der Erde kann dies aber dennoch zu Messfehlern führen, wenn in sehr dünn besiedelten Gebieten relativ wenig Licht emittiert wird. Die Zensierung der Daten bei hoher Lichtintensität in sehr dicht besiedelten und sehr reichen Regionen ist hingegen ein erhebliches Problem. Metropolregionen wie z. B. New York City, Frankfurt am Main oder Mexico City weisen in einigen Teilen des Stadtgebiets die höchsten Helligkeitswerte von 63 auf. Dennoch bestehen zwischen sowie innerhalb der genannten Regionen erhebliche Einkommensdifferenzen, die durch die Lichtdaten nicht erfasst werden können.

Eine weitere Besonderheit der Daten ist, dass die zu einem Pixel gehörende Fläche nur entlang des Äquators konstant ist. Am Äquator repräsentiert ein Bildpunkt eine Fläche von ca. 0,86 km<sup>2</sup>, auf der Höhe von Berlin (52° Nord) ca. 0,52 km<sup>2</sup> und auf der Höhe von Reykjavík (64° Nord) nur noch ca. 0,38 km<sup>2</sup>. Daher ist es üblich, Regionen jenseits der Polarkreise ( $\approx 66^\circ$ ) von der Untersuchung auszuschließen. Hier sind zusätzlich die Polarlichter eine mögliche Fehlerquelle bei der Messung, und in den Sommermonaten können keine Bilder bei vollständiger Dunkelheit aufgenommen werden.

Zur Verfügung stehen die Daten für die Jahre 1992 bis 2013. Zu beachten ist, dass die Satelliten mehrfach ausgetauscht worden sind. Um dennoch eine Vergleichbarkeit zu gewährleisten, werden die Daten immer für einen einzelnen Satelliten veröffentlicht. Das bedeutet jedoch, dass es eine höhere Frequenz der Daten gibt, da sich die aktiven Zeiten einzelner Satelliten überlappen. Üblicherweise werden die Daten über verschiedene Sa-

telliten auf Jahresebene gemittelt. Auch dieses Vorgehen ist nicht unproblematisch, da es keinen Ausgleich für die Änderungen in der Sensortechnologie schafft. Jede Änderung der Satellitenkonstellation verursacht potenziell eine Sprungstelle in den Daten, die bei späteren Untersuchungen berücksichtigt werden muss.

### Das Beispiel Deutschland

Im Folgenden wollen wir die Daten Deutschlands untersuchen. Dabei werden wir zunächst auf einfache graphische Analyseverfahren zurückgreifen und darauf aufbauend eine ökonomische Untersuchung vornehmen. Unser Ziel ist, die Möglichkeiten und Grenzen der Anwendbarkeit dieser neuartigen Daten für die Berechnung und Prognose von Regionaleinkommen aufzuzeigen.

In einem ersten Schritt werden die geokodierten Satellitendaten mit einem geeigneten Softwarepaket wie beispielsweise QGIS ausgewertet. Benötigt werden neben den Lichtdaten auch Informationen über die Regionengrenzen, welche aus der Global Administrative Area (GADM) Datenbank entnommen werden. Hier betrachten wir NUTS-3-Regionen, die in Deutschland Kreisen und kreisfreien Städten entsprechen.

In Abbildung 1 sind die Daten von Deutschland für das Jahr 2000 exemplarisch dargestellt. Zur besseren Orientierung in der Karte haben wir auch die Grenzen der NUTS-3-Regionen mit eingezeichnet. Selbst kleinere Städte lassen sich mit bloßem Auge leicht erkennen. Große Agglomerationsräume erscheinen als helle Flecken. In den Metropolregionen lassen sich einzelne Städte nicht mehr exakt identifizieren; insbesondere das Rhein-Ruhr-Gebiet erscheint aus der Distanz als einziger heller Fleck. Augenscheinlich lässt sich mit der Satellitenhelligkeit die wirtschaftliche Aktivität als Ganzes erfassen.

Um etwas detailliertere Informationen über den Zusammenhang zwischen Licht und Einkommen zu erhalten, haben wir mittels QGIS die Summe der Helligkeitswerte aller Pixel einer Region berechnet und diese Daten dann mit Stata weiterverarbeitet. In der Literatur werden verschiedene Lichtindikatoren verwendet. In Abbildung 2 stellen wir drei unterschiedliche Vorgehensweisen vor.

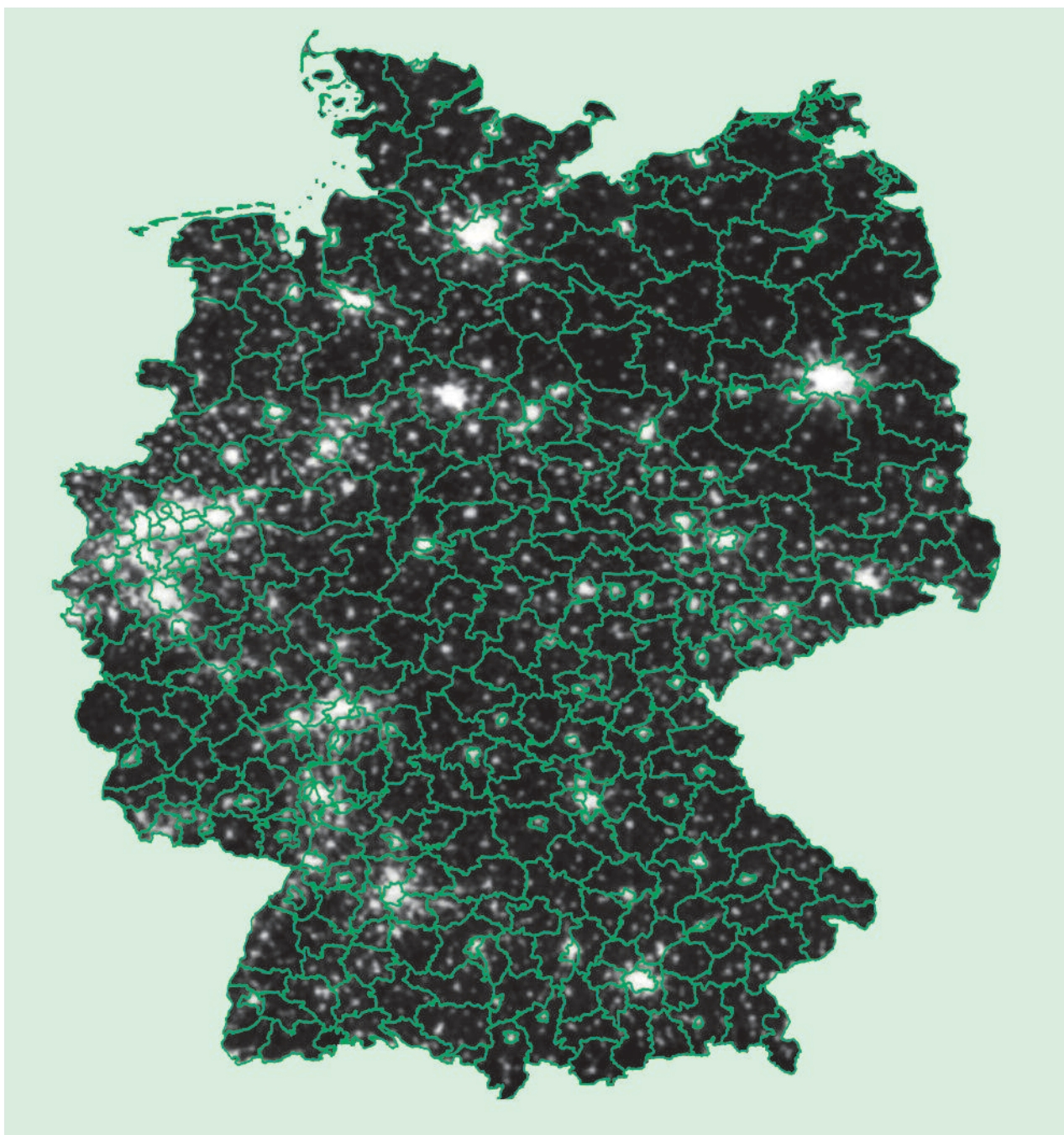
In Abbildung 2a vergleichen wir das absolute Bruttoinlandsprodukt auf NUTS-3-Ebene mit der Summe der Helligkeitswerte der einzelnen Bildpunkte in einer Region. Betrachtet werden Durchschnittswerte für den Zeitraum 2000 bis 2011 und beide Variablen sind logarithmiert. Demnach scheint ein positiver Zusammenhang zwischen Helligkeit und Einkommen zu existieren. Bestätigt wird dies durch den Korrelationskoeffizienten, der für diese Variablen 0,53 beträgt. Im Vergleich zu früheren Untersuchungen, wie z. B. ELVIDGE et al. (1997), ist die Korrelation

zwischen Licht und Bruttoinlandsprodukt (BIP) jedoch vergleichsweise niedrig. Ein Grund dafür ist sicherlich, dass wir hier sehr kleinräumige Regionen betrachten, während die überwiegende Zahl früherer Studien auf Nationalstaaten oder zumindest größere Regionen abstellen. Dabei fällt das Problem der Topkodierung weniger stark ins Gewicht.

Eine wichtige Einschränkung der bisherigen Untersuchung ist, dass die unterschiedliche Größe der Regionen

sowie die unterschiedliche Bevölkerungsdichte unberücksichtigt bleiben. Wenn das BIP als Indikator für die Produktivität oder die Lebensverhältnisse einer Region verwendet werden soll, dann bietet sich die Betrachtung von Pro-Kopf-Größen an. Bei den Lichtdaten muss zudem berücksichtigt werden, dass die Regionen unterschiedlich groß sind und daher eine stark unterschiedliche Anzahl an Pixeln aufweisen. Die Zahl der Pixel pro NUTS-3-Region variiert in unserem Datensatz zwischen

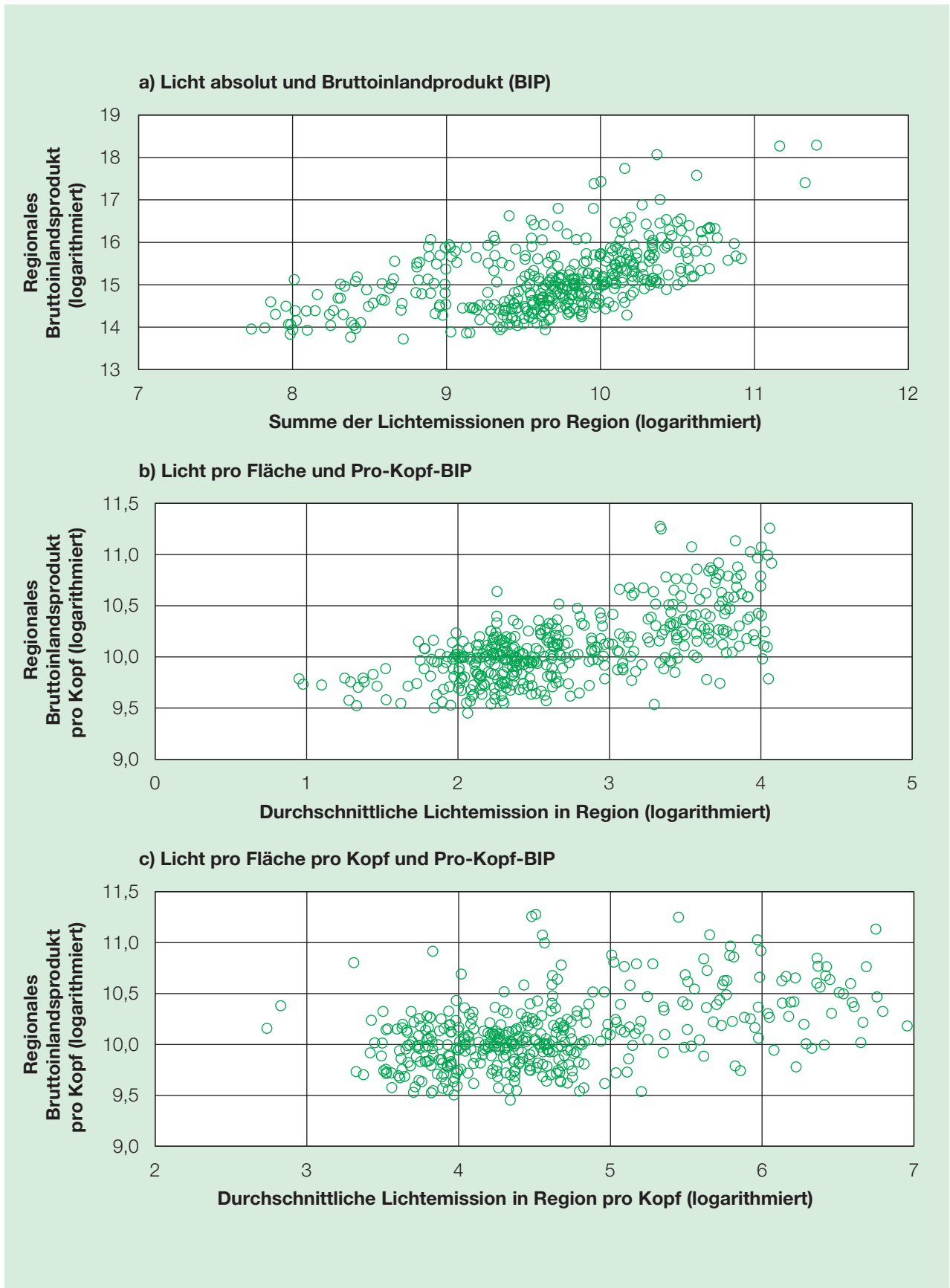
**Abbildung 1: Nachtbeleuchtung in Deutschland im Jahr 2000**



Quelle: NOAA (2015).



Abbildung 2: Licht und regionales Bruttoinlandsprodukt in Deutschland



Quelle: Eigene Berechnungen und Darstellung.

60 (Kreisfreie Stadt Rosenheim) und 5.954 (Uckermark). Um diesen Faktoren Rechnung zu tragen, berechnen wir die durchschnittliche Helligkeit der Pixel in einer Region ( $\overline{LICHT}$ ) sowie die durchschnittliche Helligkeit der Pixel in einer Region pro Einwohner ( $\overline{LICHT/KOPF}$ ). In den Abbildungen 2b und 2c stellen wir diese Größen dem BIP pro Kopf gegenüber. Auch hier zeigt sich ein positiver Zusammenhang. Die Korrelation zwischen Pro-Kopf-BIP und Licht pro Fläche ist mit einem Wert von 0,65 sogar noch etwas größer als die Korrelation zwischen den Absolutgrößen, während die Korrelation zwischen dem Pro-Kopf-BIP und der durchschnittlichen Helligkeit je Einwohner mit 0,47 etwas niedriger ausfällt.

Die drei Beispiele verdeutlichen einen zentralen Nachteil der Satellitendaten: Die gemessene Helligkeit steigt c. p. sowohl in der Bevölkerungsdichte als auch im Pro-Kopf-Einkommen. Von einer größeren Lichtemission kann daher nicht ohne Weiteres auf eine höhere Produktivität oder gar bessere Lebensverhältnisse in einer Region geschlossen werden. Zum Beispiel hat die Stadt München einen der höchsten Lichtemissionswerte pro Fläche in Deutschland. Wird hingegen die Lichtemission pro Fläche je Einwohner betrachtet, so hat München wegen der großen Bevölkerungszahl mit die geringsten Pro-Kopf-Lichtemissionen in unseren Daten. Es muss daher in einer multivariaten Regressionsanalyse für die hier nicht berücksichtigten Unterschiede zwischen den Regionen kontrolliert werden.

## Regressionsanalyse

Die deskriptiven Auswertungen lassen vermuten, dass die Lichtdaten mit Einkommensgrößen statistisch zusammenhängen. Allerdings kann auf Basis der bislang verwendeten Methoden keine Aussage über die Größe und Stabilität des Effekts gemacht werden. Im Folgenden werden wir daher verschiedene Spezifikationen eines einfachen linearen Regressionsmodells schätzen. Die grundlegende Regressionsgleichung lautet

$$\log BIP/KOPF_{i,t} = \alpha_i + \beta \log \overline{LICHT}_{i,t} + \gamma_k X_{k,i,t} + \mu_t + \epsilon_{i,t}$$

wobei wir das Pro-Kopf-BIP ( $BIP/KOPF_{i,t}$ ) auf die Lichtintensität pro Fläche ( $\overline{LICHT}_{i,t}$ ) und  $k$  verschiedene Kontrollvariablen ( $X_{k,i,t}$ ) regressieren. Als Kontrollvariablen verwenden wir die Bevölkerungsdichte, die Einwohnerzahl, die Fläche, den Urbanisierungsgrad sowie einen Ost-West-Dummy. Die Bevölkerungsdichte und der Urbanisierungsgrad sollen dabei die Messfehler aufgrund der Zensierung der Daten in sehr dichtbesiedelten Regionen verringern und darüber hinaus mögliche Verzerrungen durch unterschiedliche Siedlungsstrukturen abfangen. In

den Panelregressionen repräsentiert  $\alpha_i$  regionenfixe Effekte,  $\mu_t$  die Jahresdummy-Variablen und  $\epsilon_{i,t}$  ist der Fehlerterm. In den Querschnittsregressionen verwenden wir Periodendurchschnittswerte aller Variablen für den gesamten Beobachtungszeitraum von 2000 bis 2011, sodass die Zeitindizes sowie die regionen- und zeitfixen Effekte obsolet werden. Da wir in unserem Modell bei abhängigen und unabhängigen Variablen logarithmierte Werte verwenden, können die Koeffizienten direkt als Elastizitäten interpretiert werden. Bezogen auf den uns am meisten interessierenden Koeffizienten des Maßes der Lichtintensität  $\beta$ , bedeutet dies, dass eine 1-prozentige Erhöhung der Lichtintensität mit einer  $\beta$ -prozentigen Erhöhung des Einkommens einhergeht.

Die Schätzergebnisse sind in Tabelle 1 zusammengefasst. Die Spezifikationen (1) bis (3) im oberen Bereich der Tabelle zeigen die Ergebnisse von Querschnittsregressionen; in den Spezifikationen (4) bis (6) im unteren Bereich nutzen wir Paneldaten. Der zentrale Unterschied zwischen Querschnitts- und Panelregressionen ist folgender: Querschnittsregressionen nutzen die Variation der Daten zwischen den Regionen, um die Regressionskoeffizienten zu bestimmen, während bei Paneldaten mit fixen Effekten die Regressionskoeffizienten aus der Variation der Daten innerhalb der Regionen über die Zeit bestimmt werden. Die Interpretation ist entsprechend unterschiedlich, da sich die Querschnittsregressionen auf Änderungen zwischen Beobachtungsträgern beziehen, während Panelregressionen auf zeitliche Änderungen innerhalb der Regionen abstellen.

Die Querschnittsregressionen zeigen einen positiven und zumeist statistisch signifikanten Zusammenhang zwischen dem Pro-Kopf-BIP und unserem Maß der Lichtintensität. Spezifikation (1) ist ohne Kontrollvariablen geschätzt und zeigt uns, dass die Lichtintensität allein etwa 40 % der Variation zwischen den Einkommen erklärt. In Spezifikation (2) und (3), fügen wir sequentiell die Kontrollvariablen hinzu, wobei der gesamte Erklärungsgehalt des Modells auf über 50 % steigt. In Spezifikation (3), welche alle Kontrollvariablen beinhaltet, ist der Koeffizient etwa 0,19, d. h. dass Regionen mit einer 10 % höheren Lichtemission ein etwa 2 % höheres Pro-Kopf-BIP haben. Im Vergleich zu den existierenden Länderquerschnittsuntersuchungen ist der Koeffizient etwas kleiner, was sicherlich auf die feinere regionalen Abgrenzung und die damit verbundenen Zensierungsprobleme der Daten zurückzuführen ist.

Die Koeffizienten der Kontrollvariablen zeigen, dass eine hohe Bevölkerungsdichte und eine hohe Einwohnerzahl mit höherem Pro-Kopf-BIP einhergehen, während überwiegend als städtisch klassifizierte Regionen ein niedrigeres Pro-Kopf-BIP aufweisen. Regionen in den alten Bundesländern haben ebenfalls ein höheres Pro-Kopf-



Tabelle 1: Querschnitts- und Panelregressionen auf Nuts-3-Ebene

| Abhängige Variable: Bruttoinlandsprodukt pro Kopf <sup>a</sup> |                          |                      |                      |
|--|--------------------------|----------------------|----------------------|
| Variablen  | Querschnittsregressionen |                      |                      |
|  | (1)                      | (2)                  | (3)                  |
| Lichtemission pro Fläche <sup>a</sup>                          | 0,318***<br>(0,020)      | 0,029<br>(0,091)     | 0,194**<br>(0,091)   |
| Bevölkerungsdichte   |                          | 0,015<br>(0,108)     | 0,196*<br>(0,105)    |
| Bevölkerungsgröße <sup>a</sup>                                 |                          | 0,145**<br>(0,070)   | 0,027<br>(0,072)     |
| Fläche <sup>a</sup>  |                          | -0,189***<br>(0,069) | -0,045<br>(0,069)    |
| Urbanisierungsgrad   |                          |                      | -0,172***<br>(0,042) |
| Alte Bundesländer  |                          |                      | 0,254***<br>(0,023)  |
| Konstante  | 9,231***<br>(0,051)      | 10,595***<br>(0,407) | 9,527***<br>(0,403)  |
| Beobachtungen (NUTS-3)   | 412                      | 412                  | 412                  |
| R <sup>2</sup>   | 0,427                    | 0,445                | 0,542                |
| Panelregressionen  |                          |                      |                      |
|  | (4)                      | (5)                  | (6)                  |
| Lichtemission pro Fläche <sup>a</sup>                          | 0,313***<br>(0,006)      | 0,144***<br>(0,022)  | 0,046***<br>(0,008)  |
| Bevölkerungsdichte   |                          | 0,180***<br>(0,030)  |                      |
| Bevölkerungsgröße <sup>a</sup>                                 |                          | 0,060***<br>(0,019)  | -0,597***<br>(0,076) |
| Fläche <sup>a</sup>  |                          | -0,080***<br>(0,018) |                      |
| Urbanisierungsgrad   |                          | -0,169***<br>(0,012) |                      |
| Alte Bundesländer  |                          | 0,252***<br>(0,007)  |                      |
| Konstante  | 9,103***<br>(0,029)      | 9,629***<br>(0,102)  | 12,874***<br>(0,384) |
| Fixe Zeiteffekte   | Ja                       | Ja                   | Ja                   |
| Fixe Regioneneffekte   | Nein                     | Nein                 | Ja                   |
| R <sup>2</sup>   | 0,446                    | 0,557                | 0,794                |
| Beobachtungen (NUTS-3)   | 4.944 (412)              | 4.944 (412)          | 4.944 (412)          |

Hinweise: Standardfehler in Klammern; Signifikanzniveaus sind wie folgt angegeben: Für \*\*\* ist die Irrtumswahrscheinlichkeit < 1%, für \*\* < 5% bzw. für \* < 10%. – a) logarithmierte Werte.

Quelle: Eigene Berechnungen.

BIP, welches nicht durch die Lichtdaten erklärt werden kann. In diesem Zusammenhang ist es sinnvoll, sich vor Augen zu führen, was sich hinter den Lichtdaten und den damit gemessenen wirtschaftlichen Aktivitäten tatsächlich verbirgt. Zwar ist es durchaus plausibel anzunehmen, dass sowohl Produktion als auch Konsum mit höherer Lichtemission einhergehen. Allerdings können die Unterschiede zwischen alten und neuen Bundesländern bezogen auf die beiden Aspekte durchaus unterschiedlich groß sein.

In den Panelregressionen zeigt sich ein deutlich robuster jedoch schwächerer Zusammenhang. Die Spezifikationen (4) und (5) sind sogenannte Pooled Regressions, d.h. dass wir keine regionenfixen Effekte berücksichtigen.<sup>1</sup> Interessant ist der Unterschied zwischen den Spezifikationen (5) und (6). In der Pooled Regression mit Kontrollvariablen ist der Koeffizient mit 0,14 noch ähnlich groß wie bei den Querschnittsregressionen. In den Panelregressionen mit regionenfixen Effekten fällt er jedoch auf etwa 0,05. Obgleich der Effekt bei einem Konfidenzniveau von mehr als 99 % statistisch hochsignifikant ist, ist er doch ökonomisch sehr klein. Eine Erhöhung der Lichtemissionen um 10 % ist nur mit einer Zunahme des Pro-Kopf-BIP von 0,5 % innerhalb der Region verbunden. Für dieses im Vergleich zur Literatur relativ schwache Ergebnis kommt eine Reihe von Erklärungen infrage. Wenn etwa das Wirtschaftswachstum überwiegend auf die Agglomerationsräume konzentriert ist, bei denen die Lichtdaten in den Metropolregionen nach oben zensiert sind, dann mangelt es bei diesen hoch disaggregierten Daten an Variation in der Lichtintensität, um damit die Variation im Pro-Kopf-BIP erklären zu können.

### Effekte nach Bundesländern

Abschließend wollen wir untersuchen, ob die Regressionsergebnisse zwischen den Bundesländern vergleichbar sind. Dazu führen wir Schätzungen durch, die analog zu den Ergebnissen der Spezifikation (6) in Tabelle 1 sind, d.h. klassische Panelregressionen mit fixen Effekten. Betrachtet werden dabei einzelne Subsamples der Länder in einzelnen Regressionen. In Tabelle 2 sind die Ergebnisse zusammengefasst. Aus Platzgründen beschränken wir uns auf den Koeffizienten  $\beta$ , der den Einfluss der Lichtintensität auf das Einkommen wiedergibt. Da die Stadtstaaten – abgesehen von der Trennung von Bremen in das Stadtgebiet und Bremerhaven – in den Regionalstatistiken nicht weiter untergliedert sind, können wir nur Ergebnisse für die Flächenländer berechnen.

In der Gesamtbetrachtung zeigen auch diese Regressionen, dass Lichtemissionen und Pro-Kopf-BIP po-

sitiv korreliert sind. In 12 von 13 Schätzungen ist der Koeffizient positiv. Statistisch signifikant ist er jedoch nur für die Länder Baden-Württemberg, Bayern, Hessen, Rheinland-Pfalz und Sachsen-Anhalt. Bemerkenswert ist darüber hinaus, dass die Größe des Koeffizienten mit Werten zwischen 0,05 und 0,12 – bezogen auf die signifikanten Ergebnisse – relativ stark variiert. Es bleibt daher festzuhalten, dass der Zusammenhang zwischen Lichtemissionen und regionalen Einkommen weit weniger robust ist, als die in der Literatur gefundenen Effekte auf nationalstaatlicher Ebene nahelegen [vgl. hierzu auch BIRKENBACH et al. (2013)]. Dies gilt zumindest für unser Beispiel Deutschland – ein Industrieland mit hohen Kapazitäten in den statistischen Institutionen. Allerdings muss auch berücksichtigt werden, dass die amtlichen Daten zum regionalen Bruttoinlandsprodukt, die wir hier als Vergleichsmaßstab herangezogen haben, wiederum auf Schätzungen beruhen, die selbst von Messungenauigkeiten beeinflusst werden.

### Zusammenfassung und Fazit

Seit einigen Jahren werden Satellitendaten in volkswirtschaftlichen Untersuchungen verwendet. Insbesondere in Entwicklungsländern können diese helfen, Informationen über wirtschaftliche Aktivitäten zu erhalten, die aufgrund mangelnder Kapazitäten der statistischen Ämter gar nicht verfügbar oder wenig valide sind. Die neuen Daten erlauben prinzipiell sehr kleinräumige Analysen losgelöst von administrativen Einheiten, sodass sich eine Vielzahl an potenziellen Anwendungsfeldern ergibt. So berechnen z. B. ALESINA et al. (2015) Einkommensungleichheitsmaße zwischen verschiedenen ethnischen Gruppen und LEBMANN und SEIDEL (2015) analysieren regionale Ungleichheiten zwischen administrativen Regionen nahezu aller Staaten der Welt.

In unserem Beitrag haben wir die Satellitendaten vorgestellt sowie damit verbundene Messprobleme diskutiert. Anhand des Beispiels Deutschlands haben wir untersucht, inwieweit sich die Lichtemissionsdaten für regionalökonomische Analysen eignen. Wir finden keinen besonders großen und zudem wenig robusten Zusammenhang zwischen Lichtemissionen und regionalem Bruttoinlandsprodukt. Dieses Ergebnis bestätigt die Studie von CHEN und NORDHAUS (2015), die für Staaten mit großen Kapazitäten in den Statistikämtern keinen nennenswerten zusätzlichen Erklärungsgehalt von Lichtdaten bei der Berechnung des Inlandsprodukts finden. Für weniger entwickelte Staaten können die Daten jedoch ein wertvoller Indikator des nationalen oder regionalen Einkommens sein und damit helfen, die sehr lückenhaften Regionalstatistiken zu vervollständigen.

Tabelle 2: Regressionsergebnisse nach Bundesländern

| Abhängige Variable: Bruttoinlandsprodukt pro Kopf <sup>a</sup> |                                      |                |
|--|--------------------------------------|----------------|
| Bundesland   | Lichtemission pro Pixel <sup>a</sup> | Standardfehler |
| Baden-Württemberg  | 0,123***                             | (0,030)        |
| Bayern   | 0,064***                             | (0,019)        |
| Brandenburg  | -0,031                               | (0,047)        |
| Hessen   | 0,073**                              | (0,028)        |
| Mecklenburg-Vorpommern   | 0,008                                | (0,023)        |
| Niedersachsen  | 0,021                                | (0,028)        |
| Nordrhein-Westfalen  | 0,025                                | (0,027)        |
| Rheinland-Pfalz  | 0,054*                               | (0,032)        |
| Saarland   | 0,194                                | (0,108)        |
| Sachsen  | 0,05                                 | (0,036)        |
| Sachsen-Anhalt   | 0,061*                               | (0,031)        |
| Schleswig-Holstein   | 0,033                                | (0,041)        |
| Thüringen  | 0,018                                | (0,059)        |

Hinweise: Alle Schätzungen beinhalten neben der Lichtemission pro Pixel, die Bevölkerungsgröße und zeit- und regionenfixe Effekte als weitere Erklärungsvariablen. – a) Variablen logarithmiert.

Quelle: Eigene Berechnungen.

## Literatur

- ALESINA, A.; MICHALOPOULOS, S. und E. PAPAIOANNOU (2015): Ethnic Inequality, *Journal of Political Economy*, im Erscheinen.
- BIRKENBACH, F.; BODE, E.; LANGE, M. und P. NUNNENKAMP (2013): Night Lights and Regional GDP, ifw Kiel Working Paper Nr. 1888.
- CHEN, X. und W. D. NORDHAUS (2011): Using Luminosity Data as a Proxy for Economic Statistics, *Proceedings of the National Academy of Science of the USA*, 108(21), S. 8.589–8.594.
- CHEN, X. und W. D. NORDHAUS (2015): A Sharper Image? Estimates of the Precision of Nighttime Lights as a Proxy for Economic Statistics, *Journal of Economic Geography*, 15(1), S. 217–246.
- ELVIDGE, C. D.; BAUGH, K. E.; KIHN, E. A.; KROEHL, H. W.; DAVIS, E. R. und C. W. DAVIS (1997): Relation Between Satellite Observed Visible-Near Infrared Emissions, Population, Economic Activity and Electric Power Consumption, *International Journal of Remote Sensing*, 18(6), S. 1.373–1.379.
- GENNAIOLI, N.; LA PORTA, R.; LOPEZ DE SILVANES, F. und A. SHLEIFER (2013): Human Capital and Regional Development, *Quarterly Journal of Economics*, 128(1), S. 105–164.
- HENDERSON, J. V.; STOREYGARD, A. und D. N. WEIL (2012): Measuring Economic Growth from Outer Space, *American Economic Review*, 102(2), S. 994–1.028.
- LEBMANN, C. und A. SEIDEL (2015): Regional Inequality, Convergence, and its Determinants – A View from Outer Space, Center for Economic Studies & Ifo Institute Working Paper No. 5.322.

<sup>1</sup> Gleichzeitig unterstellen wir, dass alle Beobachtungen unabhängig voneinander sind. Das verstößt zwar gegen die grundlegenden Annahmen der Methode der kleinsten Quadrate, hilft uns allerdings zu untersuchen, wie groß der Erklärungsgehalt der zeitinvarianten Kontrollvariablen im Vergleich zum eher unspezifischen fixen Effekt ist.

# Gemeinschaftsdiagnose im Herbst 2015: Deutsche Konjunktur stabil – Wachstumspotenziale heben

Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose\*

## Weltwirtschaft: Nur mäßiges Expansionstempo

Die Weltproduktion dürfte im Herbst 2015 wie schon in der ersten Jahreshälfte nur in mäßigem Tempo expandieren. Die im Frühjahr erwartete Beschleunigung ist also ausgeblieben. Akzentuiert haben sich die bereits seit 2014 beobachteten Unterschiede zwischen den Regionen. In den meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften ist die Konjunktur recht robust. In einer Reihe von Schwellenländern hat sich hingegen die Wirtschaftslage nochmals verschlechtert. Insbesondere häufen sich Anzeichen einer Verschärfung der Probleme in China: Der dortige Strukturwandel belastet wichtige Wirtschaftsbereiche wie die Bauwirtschaft, die Industrie und den Außenhandel. Die schwache chinesische Importnachfrage ließ im ersten Halbjahr den Welthandel sinken und bremste die Konjunktur in ostasiatischen Nachbarländern. Zudem leiden viele von Rohstoffexporten abhängige Schwellenländer unter den seit Mitte 2014 stark gefallenen Preisen für Erdöl und wichtige Industrierohstoffe.

Im Sommer haben Turbulenzen auf den internationalen Finanzmärkten und ein erneutes Sinken der Preise für Energie und Rohstoffe die Rahmenbedingungen für viele Schwellenländer noch einmal verschlechtert. Die Unruhe an den Finanzmärkten nahm ihren Ausgang in China, wo eine Blase am Aktienmarkt platzte und sich die Anzeichen einer schwächelnden Konjunktur mehrten. Der Fall der Energie- und Rohstoffpreise dürfte Folge sowohl eingetrübter Erwartungen bezüglich der künftigen Nachfrage als auch eines gestiegenen Angebots sein. Per saldo dürfte der Rückgang der Rohstoffpreise die gesamtwirtschaftliche Nachfrage in der Welt wohl erhöhen, weil die interne Absorption der Rohstoff importierenden Länder im Allgemeinen merklich größer ist als bei den Rohstoffexporteuren, die Einbußen beim Realeinkommen erleiden.

Die gesunkenen Energie- und Rohstoffpreise dämpfen die weltweite Preisdynamik bereits seit Herbst 2014 deutlich. In einigen Schwellenländern – etwa in Indien und China – lockerten die Zentralbanken ihre Geldpolitik. In Brasilien hingegen wurden die geldpolitischen Zügel spürbar gestrafft, um dem Abwertungsdruck auf die heimische Währung entgegenzuwirken. In den großen fortgeschrittenen Volkswirtschaften ist die Geldpolitik nach wie vor sehr expansiv ausgerichtet. Allerdings hat sich der Expansionsgrad in diesem Jahr unter-

schiedlich entwickelt. Die US-Notenbank weitet das Volumen gehaltener Wertpapiere seit Dezember 2014 nicht mehr aus und hat Leitzinsanhebungen in Aussicht gestellt; die Institute gehen davon aus, dass eine erste im Schlussquartal 2015 erfolgen wird. Auch in Großbritannien dürften die Zinsen im Prognosezeitraum erstmals angehoben werden. Hingegen haben die EUROPÄISCHE ZENTRALBANK (EZB) und die Bank von Japan angesichts der deutlich moderateren Konjunktur und eines zu geringen Preisauftriebs ihre Wertpapierankaufprogramme massiv ausgeweitet. Die Unterschiede in der geldpolitischen Ausrichtung scheinen bereits im Frühjahr in den Währungsrelationen eingepreist worden zu sein. Jedenfalls ist die Abwertung von Yen und Euro seitdem zum Stehen gekommen.

Die Finanzpolitik dürfte in den meisten fortgeschrittenen Volkswirtschaften in diesem und im kommenden Jahr in etwa neutral ausgerichtet sein. Der finanzpolitische Kurs konnte vielerorts auch deswegen gelockert werden, weil die stark gesunkenen Staatsanleihezinsen eine spürbare Entlastung für die öffentlichen Haushalte darstellen. In den Schwellenländern wird die finanzpolitische Ausrichtung im Prognosezeitraum stärker divergieren. Expansiv wird sie zum Beispiel in China sein, wo öffentliche Investitionsprogramme die Expansion stützen sollen. Eher restriktiv ist sie wohl in Brasilien, wo die Renditen auf Staatsanleihen angesichts einer verschlechterten Haushaltslage zuletzt merklich stiegen.

Im Prognosezeitraum wird sich das mäßige weltwirtschaftliche Expansionstempo kaum verändern. In den fortgeschrittenen Volkswirtschaften dürfte die Produktionsausweitung insgesamt wohl etwas über ihrer langfristigen Trendrate liegen. Dabei wird die Konjunktur noch eine Weile von den starken Wechselkursanpassungen seit Sommer 2014 beeinflusst. Die Aufwertung des Dollar dürfte die Exporte der USA weiter dämpfen, während der Euroraum und Japan von der Abwertung des Euro beziehungsweise des Yen profitieren. Dennoch wird die Konjunktur der USA im Prognosezeitraum kräftiger bleiben als jene des Euroraums und Japans. Im Euroraum wird die wirtschaftliche Entwicklung weiterhin von vielerorts hoher Verschuldung gehemmt. Allerdings haben sich die

\* Kurzfassung der Gemeinschaftsdiagnose Herbst 2015, Projektgruppe Gemeinschaftsdiagnose, veröffentlicht in: ifo Schnelldienst, 19/2015, S. 3 ff.

Finanzierungsbedingungen verbessert; die Finanzpolitik bremst nicht mehr und die Realeinkommen steigen. Deshalb dürfte sich die Erholung fortsetzen.

Die Expansion in den Schwellenländern wird schwach bleiben und sich im Prognosezeitraum kaum verstärken. Zwar dürften Brasilien und Russland die Rezession allmählich überwinden. Für China ist jedoch tendenziell eine weitere Verlangsamung des Wirtschaftswachstums zu erwarten. Die ungünstigeren Wachstumsperspektiven sowie das in den USA voraussichtlich langsam steigende Zinsniveau werden wohl zu einer Abnahme des Zustroms ausländischen Kapitals in einige Schwellenländer und zu einer Verschlechterung der dortigen Finanzierungsbedingungen führen.

Alles in allem dürfte die Weltproduktion in diesem Jahr um 2,6% und im kommenden Jahr um 2,9% zunehmen. Der Welthandel wird im Jahr 2015 voraussichtlich um lediglich 1,2% expandieren, was zu einem erheblichen Teil auf den deutlichen Rückgang des Handels in den ersten beiden Quartalen zurückzuführen ist. Im kommenden Jahr dürfte der Welthandel mit 3,4% zwar etwas stärker, aber gemessen am Durchschnitt der vergangenen 20 Jahre nur schwach zulegen.

Auf Risiken deuten der weltweite Rückgang von Aktienkursen und der Anstieg von Indikatoren der Unsicherheit von Finanzmarktakteuren über die künftige Marktentwicklung hin. Insbesondere wird wohl befürchtet, dass es in China zu einem deutlichen Abschwung kommt. Zudem besteht die Gefahr, dass der Fall der Rohstoffpreise zusammen mit den zu erwartenden Leitzinserhöhungen in den USA zu einem verstärkten Abzug von Kapital aus rohstoffexportierenden Schwellenländern führt. Im Extremfall könnten massive Kapitalabflüsse dort zu Finanzmarkturbulenzen oder gar zu Währungskrisen führen.

### Deutsche Wirtschaft: Verhaltener Aufschwung

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einem verhaltenen Aufschwung. Im ersten Halbjahr expandierte das Bruttoinlandsprodukt mit Raten, die in etwa der Wachstumsrate des Produktionspotenzials entsprechen. Gestützt wurde die Expansion vom privaten Konsum. Dieser profitierte von der spürbaren Ausweitung der Beschäftigung und steigenden Reallohnen, auch wegen des Kaufkraftgewinns aufgrund des gesunkenen Rohölpreises. Die Investitionstätigkeit nahm hingegen insgesamt gesehen eher verhalten zu. Ungeachtet des mäßigen Tempos der weltwirtschaftlichen Expansion stiegen die Exporte kräftig. Wesentlichen Anteil daran hatten die Erholung im Euroraum und die Abwertung des Euro.

Im dritten Quartal dürfte sich die Expansion in etwa gleichem Tempo fortgesetzt haben wie im ersten Halbjahr. Zwar ist die Erzeugung im Produzierenden Gewerbe wohl nur verhalten ausgeweitet worden, dies dürfte aber die Produktion in den Dienstleistungsbereichen mehr als ausgeglichen haben. Dafür sprechen der deutliche Zuwachs der Einzelhandelsumsätze und die sehr gute Lageeinschätzung der Dienstleister. Auf einen leicht beschleunigten gesamtwirtschaftlichen Produktionsanstieg deuten auch der kräftige Anstieg der Beschäftigung im Juli und August hin sowie die Lageeinschätzung in der gewerblichen Wirtschaft. Alles in allem gehen die Institute davon aus, dass das Bruttoinlandsprodukt im dritten Quartal um 0,4% gestiegen ist.

Im weiteren Prognosezeitraum wird der Aufschwung vor allem von den privaten Konsumausgaben getragen. Zwar laufen die anregenden Wirkungen vonseiten des gesunkenen Rohölpreises auf die Realeinkommen allmählich aus. Letztere profitieren aber weiterhin von einer steigenden Beschäftigung, Tariflohnabschlüssen deutlich über der Inflation, einer sinkenden Steuerbelastung und steigenden Transfers. Diese erhöhen sich auch aufgrund der zunehmenden Flüchtlingsmigration, die auch den Staatsverbrauch beschleunigt steigen lässt.

Die Anlageinvestitionen werden im Prognosezeitraum bei weiterhin günstigen Finanzierungsbedingungen leicht beschleunigt zulegen. Die Bauinvestitionen ziehen an; insbesondere entwickelt sich der Wohnungsbau weiterhin kräftig und die öffentlichen Investitionen dürften spürbar ausgeweitet werden. Auch die Ausrüstungsinvestitionen beleben sich, ihr Expansionstempo bleibt jedoch weiterhin hinter dem früherer Aufschwungsphasen zurück. Hier wirkt sich aus, dass die Kapazitäten derzeit normal ausgelastet sind und sich daran im Prognosezeitraum nichts ändern wird. Die Ausfuhren werden von zwei gegenläufigen Einflüssen geprägt: Einerseits setzt sich die Erholung im übrigen Euroraum fort. Andererseits wird die Expansion in den Schwellenländern, insbesondere in China, wohl verhalten bleiben. Vor diesem Hintergrund dürften die Ausfuhren nur mäßig expandieren, zumal die anregende Wirkung der Euro-Abwertung allmählich nachlässt. Bei den Importen ist ebenfalls mit einem nur moderaten Anstieg zu rechnen, nicht zuletzt wegen der wenig dynamischen Ausrüstungen, die durch einen besonders hohen Importgehalt gekennzeichnet sind. Insgesamt gesehen werden die Einfuhren allerdings wohl etwas kräftiger ausgeweitet als die Ausfuhren, sodass der Außenhandel nach einem Beitrag von 0,4 Prozentpunkten zum Anstieg der gesamtwirtschaftlichen Produktion im Jahr 2015 im kommenden Jahr einen geringeren Expansionsbeitrag von 0,1 Prozentpunkten liefern dürfte.

Alles in allem steigt das Bruttoinlandsprodukt im Verlauf des Prognosezeitraums etwa in gleichem Maße wie

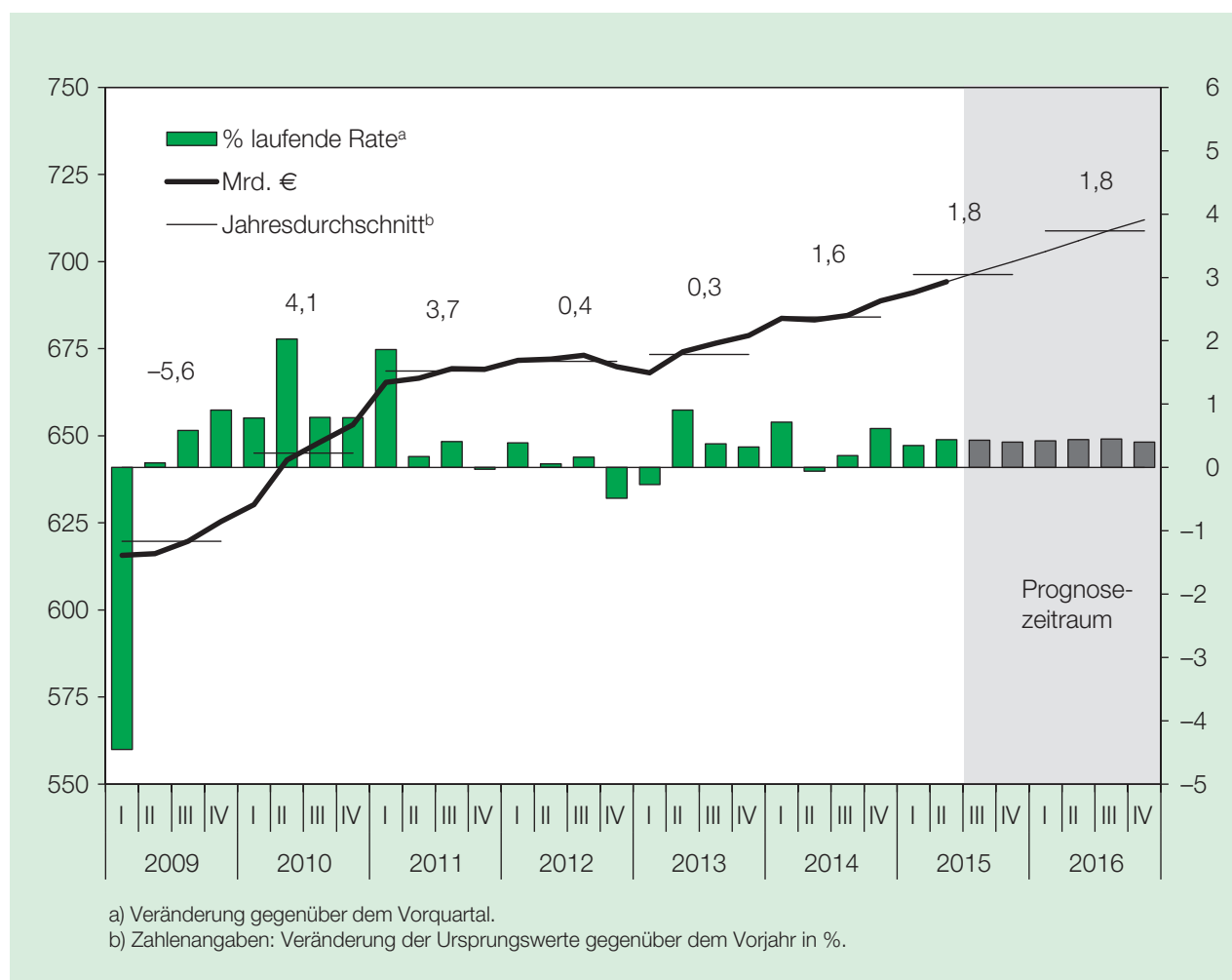
das Produktionspotenzial. Die Institute prognostizieren für 2015 und für 2016 einen Zuwachs um jeweils 1,8 % (vgl. Abb. 1). Die Produktionslücke dürfte damit ab dem Jahr 2015 geschlossen sein. Das 68-Prozent-Prognoseintervall für 2015 reicht von 1,6 % bis 2,0 %. Für 2016 ist es mit einer Spanne von 0,3 % bis 3,3 % erheblich breiter.

Angesichts der aufwärts gerichteten Produktion wird die Zahl der Erwerbstätigen im kommenden Jahr um 0,6 % oder 256.000 Personen steigen, nach einer Zunahme in ähnlicher Größenordnung in diesem Jahr. Weiterhin werden zusätzliche Arbeitskräfte in hohem Maße aus der Stillen Reserve oder aus dem Kreis der Zuwanderer rekrutiert. Der Rückgang der Arbeitslosigkeit ist hingegen zum Erliegen gekommen. Im Verlauf des Prognosezeitraums dürfte die Zahl der Arbeitslosen leicht zunehmen, weil in zunehmendem Maße Asylbewerber dem Arbeitsmarkt zur Verfügung stehen. Die Arbeitslosenquote dürfte leicht von 6,4 % in diesem auf 6,5 % im kommenden Jahr steigen.

Die Kerninflation, die zuletzt 1,2 % betrug, wird sich nur wenig beschleunigen. Zum einen bleibt die Kapazitätsauslastung unverändert, zum anderen sind von den Importpreisen aufgrund der schwachen Weltkonjunktur keine Schübe zu erwarten. Allerdings laufen die dämpfenden Wirkungen der gesunkenen Rohstoffpreise auf die Teuerung allmählich aus. Vor diesem Hintergrund erwarten die Institute für 2016 eine Inflationsrate von 1,1 % nach 0,3 % in diesem Jahr (vgl. Tab. 1).

Für die öffentlichen Haushalte zeichnet sich für dieses Jahr ein Überschuss von rund 23 Mrd. € ab, der deutlich über dem des Vorjahres liegt. Allerdings haben Sonderfaktoren den Überschuss im vergangenen Jahr gemindert und ihn in diesem Jahr erhöht. Im kommenden Jahr dürfte der Überschuss mit 13 Mrd. € deutlich geringer sein, zum einen aufgrund eines etwas höheren Expansionsgrades der Finanzpolitik, zum anderen aufgrund zusätzlicher Ausgaben im Zusammenhang mit der Flüchtlingsmigration.

**Abbildung 1: Bruttoinlandsprodukt in Deutschland (preisbereinigt, saison- und kalenderbereinigter Verlauf)**



a) Veränderung gegenüber dem Vorquartal.  
 b) Zahlenangaben: Veränderung der Ursprungswerte gegenüber dem Vorjahr in %.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Berechnungen der Institute; ab 3. Quartal 2015: Prognose der Institute.



Tabelle 1: Eckdaten für Deutschland

|  | 2011   | 2012   | 2013   | 2014   | 2015   | 2016   |
|--|--------|--------|--------|--------|--------|--------|
| Reales Bruttoinlandsprodukt<br>(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)  | 3,7    | 0,4    | 0,3    | 1,6    | 1,8    | 1,8    |
| Erwerbstätige <sup>a</sup> (in 1.000 Personen)   | 41.577 | 42.060 | 42.328 | 24.703 | 42.940 | 43.195 |
| Arbeitslose (in 1.000 Personen)  | 2.976  | 2.897  | 2.950  | 2.898  | 2.800  | 2.875  |
| Arbeitslosenquote <sup>b</sup> (in %)  | 7,1    | 6,8    | 6,9    | 6,7    | 6,4    | 6,5    |
| Verbraucherpreise <sup>c</sup><br>(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)   | 2,1    | 2,0    | 1,5    | 0,9    | 0,3    | 1,1    |
| Lohnstückkosten <sup>d</sup><br>(Veränderung gegenüber dem Vorjahr in %)   | 0,5    | 3,1    | 2,0    | 1,6    | 1,6    | 1,5    |
| Finanzierungssaldo des Staates <sup>e</sup>  |        |        |        |        |        |        |
| in Mrd. €€   | -25,9  | -2,4   | -3,1   | 8,9    | 23,0   | 13,0   |
| in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts   | -1,0   | -0,1   | -0,1   | 0,3    | 0,8    | 0,4    |
| Leistungsbilanzsaldo   |        |        |        |        |        |        |
| in Mrd. €€   | 164,6  | 187,3  | 179,7  | 215,4  | 256,0  | 260,0  |
| in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts   | 6,1    | 6,8    | 6,4    | 7,4    | 8,5    | 8,3    |
| a) Im Inland. – b) Arbeitslose in % der zivilen Erwerbspersonen (Definition gemäß der Bundesagentur für Arbeit). – c) Verbraucherpreisindex (2010 = 100). – d) Im Inland entstandene Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmerstunde bezogen auf das reale Bruttoinlandsprodukt je Erwerbstätigenstunde. – e) In der Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (ESVG 2010). |        |        |        |        |        |        |

Quellen: Statistisches Bundesamt, Bundesagentur für Arbeit, Deutsche Bundesbank; 2015 und 2016: Prognose der Institute.

### Zur Wirtschaftspolitik

In der politischen Diskussion in Deutschland steht derzeit die Bewältigung der Flüchtlingsmigration im Vordergrund. Wie bereits die europäische Schulden- und Vertrauenskrise zeigt auch die aktuelle Flüchtlingskrise, dass auf europäischer Ebene in Krisensituationen die nationale Lastenverteilung im Vordergrund steht und nicht die sachorientierte Problemlösung. Auf Dauer ist die derzeitige Konzentration der Flüchtlinge auf wenige EU-Mitgliedsländer nicht durchzuhalten. Daher sind europäische Standards bezüglich der Asylgewährung und der Leistungen an Asylsuchende erforderlich. Für die lange Frist sollte erwogen werden, die Kompetenz für die Durchführung von Asylverfahren auf die europäische Ebene zu übertragen.

In der öffentlichen Diskussion verschwimmt mitunter die Unterscheidung zwischen der Reaktion auf die Fluchtmigration und einer langfristig orientierten Einwanderungspolitik, die primär an wirtschaftlichen Interessen der Zielländer ausgerichtet ist. Die fluchtbedingte Migration ist kein Ersatz für eine vernünftige Zuwanderungspolitik. Sie ist allerdings durchaus mit Chancen für die Zielländer verbunden. Um diese zu nutzen, ist auch im Interesse der Flüchtlinge die Integration in den deutschen Arbeitsmarkt der wichtigste Hebel. Aber nicht nur mit Blick auf die Asylsuchenden sollte der Bildung eine hohe Priorität eingeräumt werden. Moderne Volkswirtschaften wachsen in abnehmendem Maße durch Investitionen in Beton und in zunehmendem Maße durch Investitionen in Köpfe. Hier gilt es, Wachstumspotenziale zu heben.

# Es weihnachtet unterschiedlich im europäischen Einzelhandel

Xenia Frei\*

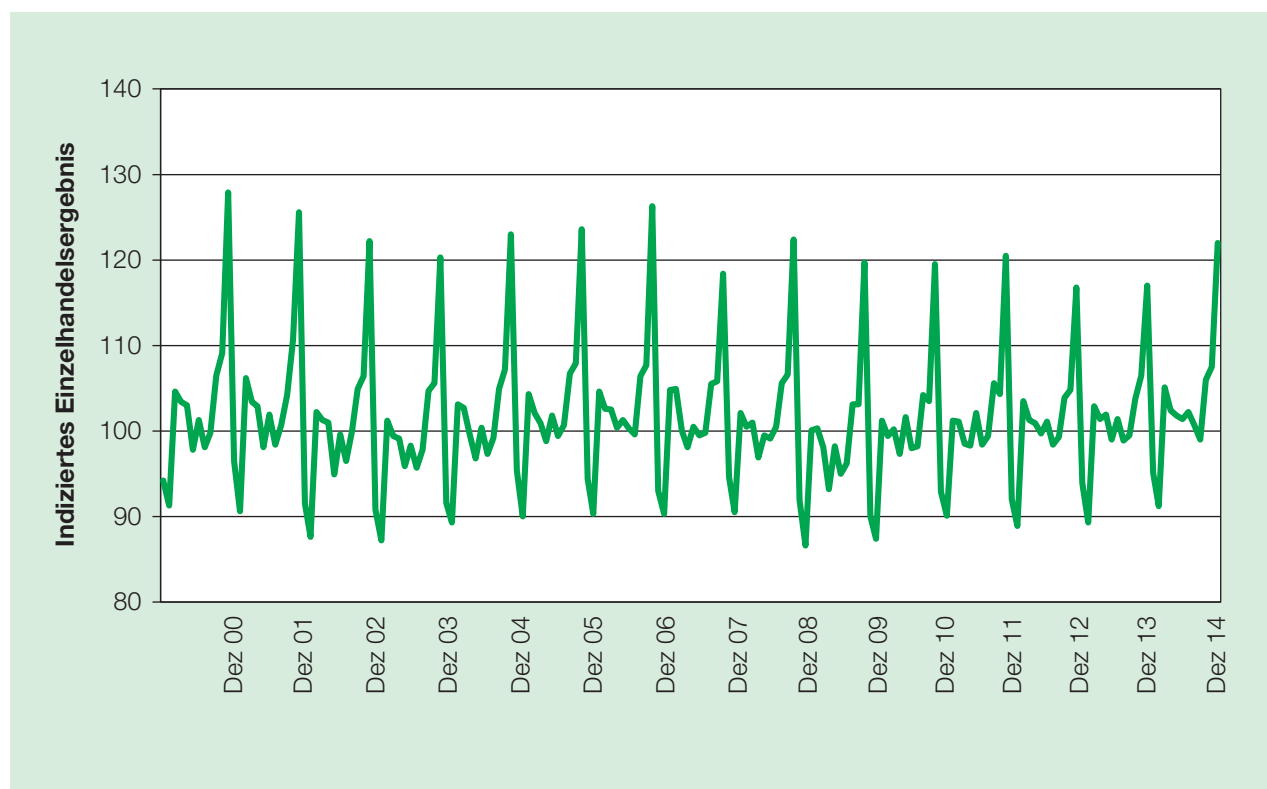
Einzelhändler und Ökonomen haben teilweise ein recht unterschiedliches Verhältnis zu Weihnachten. Während sich der Handel jedes Jahr aufs Neue auf das Weihnachtsgeschäft freut, lösen Weihnachtsgeschenke unter Ökonomen Diskussionen aus. Inspiriert von Joel Waldfogel (1993) entbrannte in den 1990er Jahren eine Debatte über den Wohlfahrtsverlust von Weihnachtsgeschenken. In einem Experiment wurden Studenten gebeten, anzugeben wie viel sie selbst bereit gewesen wären, für die Geschenke auszugeben, die sie zu Weihnachten erhalten hatten, wenn sie diese selbst hätten bezahlen müssen. Im Durchschnitt schätzten die Probanden, dass sie selbst ein Drittel weniger für ihre Weihnachtsgeschenke ausgegeben hätten als die Schenkenden [WALDFOGEL (1993, 1998)]. Auch wenn Waldfogels Artikel nach wie vor gerne diskutiert wird, lassen sich Schenkende von derartigen Überlegungen kaum beirren und schenken üppig weiter [SCHIMANSKY (2012), KLEIN (2013)].

Zur Freude des Einzelhandels stürzen sich auch die Deutschen jedes Jahr aufs Neue fröhlich ins Weihnachtsgeschäft. Im vergangenen Jahr planten sie ein durchschnittliches Budget von 285 € für Weihnachtsgeschenke ein. Am liebsten werden Bücher verschenkt, gefolgt von Kleidung und Spielsachen [GESELLSCHAFT FÜR KONSUMFORSCHUNG (2014)]. Doch wie ausgabefreudig oder zurückhaltend sind Deutsche beim Thema Weihnachtsgeschenke im europäischen Vergleich? Im folgenden Artikel wird der Umsatzanstieg des Einzelhandels in der Vorweihnachtszeit in Deutschland näher betrachtet und in den europäischen Kontext eingebettet.

In Abbildung 1 ist die preisbereinigte Entwicklung der deutschen Einzelhandelsumsätze mit Ausnahme motorisierter Fahrzeuge seit dem Jahr 2000 dargestellt. Zum

\* Xenia Frei ist Doktorandin an der Niederlassung Dresden des ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

**Abbildung 1: Monatliche Entwicklung der deutschen Einzelhandelsumsätze von 2000 bis 2014 mit Basisjahr 2010**



Quellen: Eurostat (2015a), Darstellung des ifo Instituts.

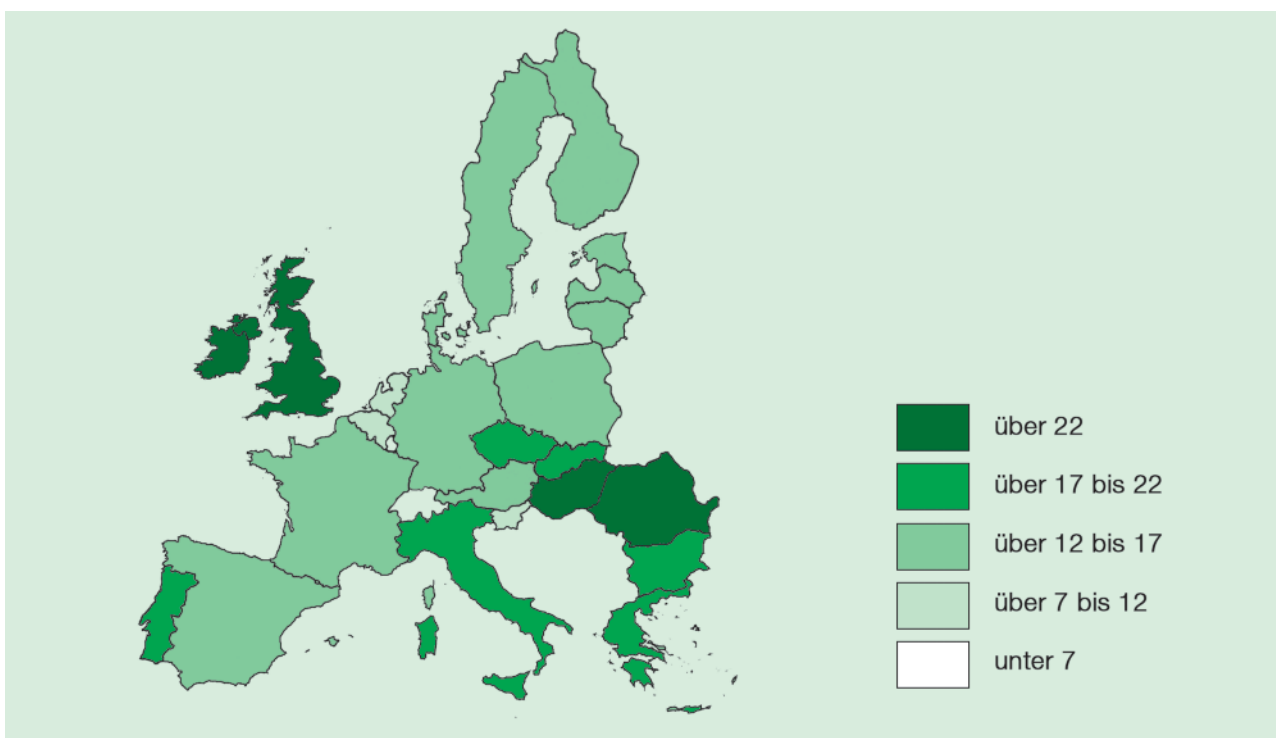
Jahresende und insbesondere im Dezember ist ein jährlicher Ausschlag zu erkennen. In den Monaten November und Dezember steigen die Einzelhandelsumsätze im Vergleich zu den Vormonaten des jeweiligen Jahres um durchschnittlich rund 15 % an. Auf die Phase der hohen Umsätze in der Vorweihnachtszeit folgt im Januar und Februar für gewöhnlich ein Rückgang unter den Jahresdurchschnitt. Der Weihnachtseffekt könnte in Abbildung 1 sogar noch unterschätzt werden, da nicht warengelundene Gutscheine erst bei ihrer Einlösung als Umsätze gebucht werden. Sie schlagen sich demnach ebenso wie Geldgeschenke erst nach Weihnachten in den Umsätzen des Einzelhandels nieder [GESELLSCHAFT FÜR KONSUMFORSCHUNG (2014), HANDELSVERBAND DEUTSCHLAND (2011)].

Ein Blick auf die Europakarte zeigt, dass die deutsche Umsatzentwicklung der Vorweihnachtszeit sich im europäischen Mittelfeld bewegt. Die Abbildungen 2 und 3 stellen den durchschnittlichen Anstieg der Umsätze im Einzelhandel in den Monaten November und Dezember im Verhältnis zu den durchschnittlichen Umsätzen der Vormonate dar. In Abbildung 2 ist der durchschnittliche Umsatzanstieg im Einzelhandel in der Vorweihnachtszeit für die Jahre 2000 bis 2007 dargestellt während in Abbildung 3 der Zeitraum seit der Finanzkrise, sprich von 2008 bis 2014, berücksichtigt ist.

Vor der Finanzkrise war das Weihnachtsgeschäft im Großteil der europäischen Länder recht stark ausgeprägt (vgl. Abb. 2). Die Umsätze im Einzelhandel stiegen mehrheitlich zwischen 10 % und 20 % an. Mit Ausnahme von Kroatien (7 %) lag der Anstieg in keinem Land unter 10 %. Deutschland lag im Vorkrisenzeitraum mit einem Umsatzanstieg von durchschnittlich 16 % im oberen Mittelfeld. Besonders in Irland stiegen die Umsätze im Einzelhandel zur Weihnachtszeit stark an. Im Vorkrisenzeitraum lag der Anstieg gar bei 30 %. Im Gegensatz zu Deutschland brechen die Einzelhandelsergebnisse in Irland nach Weihnachten zudem nicht überdurchschnittlich ein, sondern fallen auf das vorweihnachtliche Niveau zurück. Doch auch der Einzelhandel in Rumänien (26 %) und Ungarn (24 %) verzeichnete vor der Krise noch deutlich höhere Umsatzsteigerungen in der Vorweihnachtszeit.

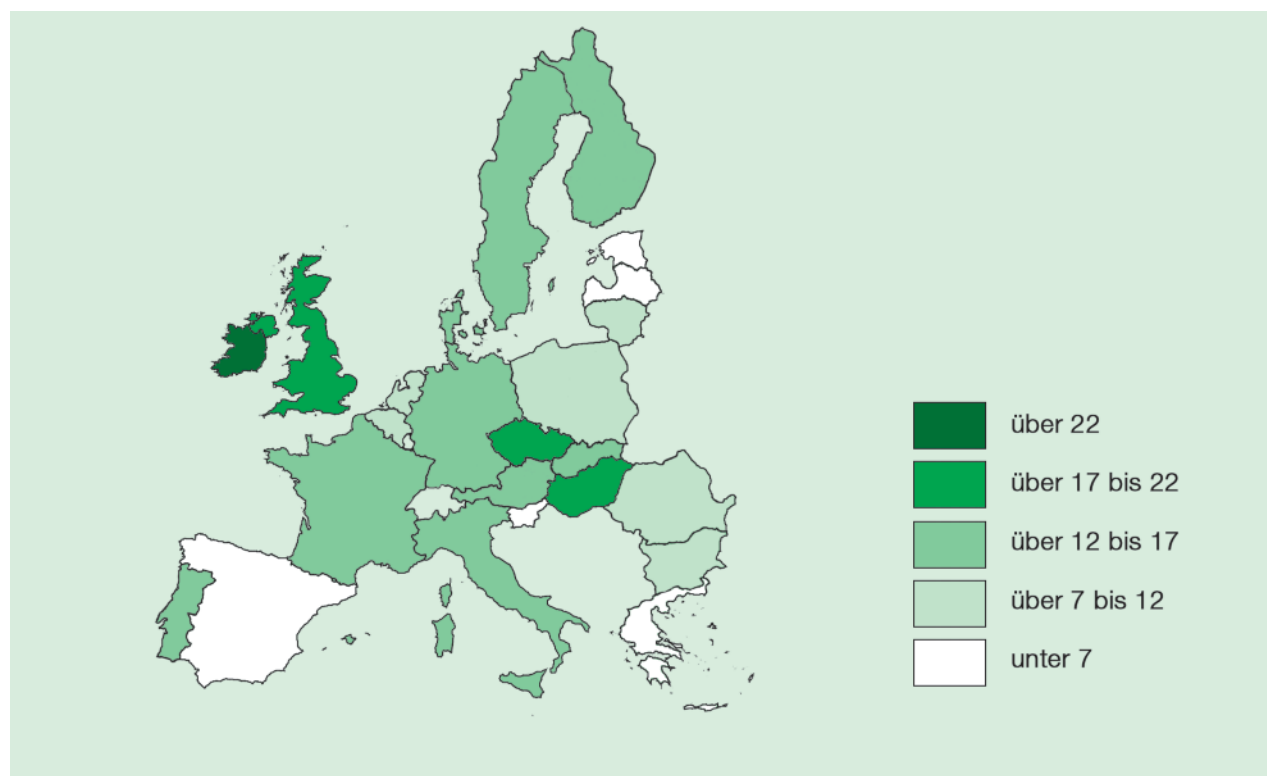
Deutlich anders verhielt sich die vorweihnachtliche Einzelhandelsentwicklung seit 2008. Ein Vergleich der Abbildungen 2 und 3 führt die Unterschiede zwischen den Umsatzsteigerungen der Vorweihnachtszeit in den Jahren vor der Finanzkrise und den darauffolgenden Jahren vor Augen. In den Jahren 2008 bis 2014 fiel die durchschnittliche Umsatzsteigerung merklich geringer aus als im Vorkrisenzeitraum. Insbesondere in den Krisenländern sowie den osteuropäischen Ländern ging der Weihnachtsumsatz stark zurück. Während in Griechenland die Einzel-

**Abbildung 2: Durchschnittlicher Umsatzanstieg des Einzelhandels in der Vorweihnachtszeit im Zeitraum von 2000 bis 2007 (in %)**



Quellen: © EuroGeographics bezüglich der Verwaltungsgrenzen, Eurostat (2015a), Berechnung und Darstellung des ifo Instituts.

**Abbildung 3: Durchschnittlicher Umsatzanstieg des Einzelhandels in der Vorweihnachtszeit im Zeitraum von 2008 bis 2014 (in %)**



Quellen: © EuroGeographics bezüglich der Verwaltungsgrenzen, Eurostat (2015a), Berechnung und Darstellung des ifo Instituts.

handelsumsätze in der Vorweihnachtszeit 2007 noch um 17 % anstiegen, fiel der Anstieg im Jahr 2008 mit 7 % deutlich geringer aus. Ähnlich stark brach das Weihnachtsgeschäft nur in Estland ein, wo die Weihnachtsumsätze seit der Krise um 60 % zurückgingen. In Kroatien lagen die Umsätze im Einzelhandel in der Vorweihnachtszeit in diesem Zeitraum gar unter dem Durchschnitt der Vormonate. Bemerkenswert ist erneut die irische Entwicklung. Während die Umsatzanstiege in der Vorweihnachtszeit in den Jahren 2008 bis 2010 in Irland massiv einbrachen, erreichten sie im Jahr 2014 bereits wieder ihr Vorkrisenniveau.

Eine Systematik hinter den unterschiedlichen Anstiegen der vorweihnachtlichen Einzelhandelsumsätze lässt sich nicht erkennen. In wohlhabenderen Ländern wird zwar absolut mehr für Weihnachtsgeschenke ausgegeben, der Konsum im Vergleich zu den Vormonaten steigt jedoch nicht stärker als in vergleichsweise ärmeren europäischen Ländern. Entsprechend besteht zwischen der Kaufkraft eines Landes und den Umsatzanstiegen zum Jahresende keine signifikante Korrelation [DELOITTE (2014), EUROSTAT (2015b)]. Ebenso wenig lässt sich der Umsatzanstieg mit der Zahl der Kinder in einem Land erklären. Zwar ist der Anteil Unter-20-Jähriger in der Bevölkerung positiv mit dem Anstieg der Einzelhandelsumsätze am

Jahresende korreliert, der Zusammenhang ist statistisch jedoch ebenfalls nicht signifikant [EUROSTAT (2015c)]. Mehr Kinder scheinen dem Einzelhandel demnach nicht unbedingt mehr Geld in die vorweihnachtlichen Kassen zu spülen. Doch auch wenn die Frage nach den Treibern der vorweihnachtlichen Umsätze an dieser Stelle nicht geklärt werden konnte, dürfte Weihnachten auch weiterhin ein außergewöhnlich gutes Geschäft für den europäischen Einzelhandel bedeuten.

### Literatur

- DELOITTE (Hrsg.) (2014): Year-end Spending Survey 2014 – Find out What is Happening in the Households this Year.
- EUROSTAT (Hrsg.) (2015a): Turnover and Volume of Sales in Wholesale and Retail Trade – Monthly Gata, Download unter: <http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do>, abgerufen am 19. 10. 2015.
- EUROSTAT (Hrsg.) (2015b): Gross Domestic Product at Market Price, Download unter: <http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/show.do>, abgerufen am 19. 10. 2015.
- EUROSTAT (Hrsg.) (2015c): Anteil der Bevölkerung jünger als 20, Download unter: <http://appsso.eurostat.ec.europa.eu/nui/setupDownloads.do>, abgerufen am 09. 11. 2015.

- GESELLSCHAFT FÜR KONSUMFORSCHUNG (Hrsg.) (2014): Gutscheine und Bargeld immer beliebter, Download unter: <http://www.gfk.com/de/news-und-events/presse/pressemitteilungen/Seiten/Gutscheine-und-Bargeld-immer-beliebter.aspx>, abgerufen am 02. 11. 2015.
- HANDELSVERBAND DEUTSCHLAND (Hrsg.) (2011): Weihnachtsgeschenke: Regelungen für Bezahlung und Umtausch, Download unter: [http://www.einzelhandel.de/index.php?option=com\\_k2&view=item&id=109966](http://www.einzelhandel.de/index.php?option=com_k2&view=item&id=109966), abgerufen am 02. 11. 2015.
- KLEIN, E. (2013): An Economist's Guide to Gift-Giving, The Washington Post, Download unter: <https://www.washingtonpost.com/news/wonkblog/wp/2013/12/25/an-economists-guide-to-gift-giving/>, abgerufen am 27. 10. 2015.
- SCHIMANSKY, S. (2012), Was Weihnachten anrichtet, Zeit Online, Download unter: <http://www.zeit.de/wirtschaft/2012-12/weihnachtskonsum>, abgerufen am 27. 10. 2015.
- WALDFOGEL, J. (1993): The deadweight loss of Christmas, The American Economic Review; 83, 5; S. 1.328–1.336.
- WALDFOGEL, J. (1998): The Deadweight Loss of Christmas: Reply, The American Economic Review; 88, 5; S. 1.358–1.360.

# Vierteljährliche VGR für Sachsen: Ergebnisse für das zweite Quartal 2015<sup>1</sup>

Wolfgang Nierhaus\*

Das preisbereinigte Bruttoinlandsprodukt (BIP) hat sich im zweiten Vierteljahr 2015 um 1,8 % gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum erhöht, nach 1,6 % im ersten Vierteljahr 2015 (revidiert, vgl. Tab. 1). Im Durchschnitt des ersten Halbjahrs wurde der Vorjahresstand um 1,7 % übertroffen. Mit knapp 5 % hat die Produktion im **Produzierenden Gewerbe (ohne Bau)** erneut überdurchschnittlich expandiert. Aber auch die Wertschöpfung im **Baugewerbe**, im Sektor **Handel und Verkehr, Gastgewerbe, Information und Kommunikation** sowie im Bereich **Grundstücks- und Wohnungswesen, Finanz- und Unternehmensdienstleister** lag über dem Vorjahresergebnis. Die Trend-Konjunktur-Komponenten des preisbereinigten BIP und der preisbereinigten Bruttowertschöpfung sind bis auf den Bereich **Öffentliche und sonstige Dienstleister, Erziehung und Gesundheit** weiter aufwärtsgerichtet (vgl. Abb. 1).

<sup>1</sup> Die Bereitstellung vierteljährlicher Ergebnisse für Sachsen erfolgt in Verantwortung des ifo INSTITUTS. Die Berechnungen fußen auf den amtlichen Länderdaten, die vom ARBEITSKREIS VOLKSWIRTSCHAFTLICHE GESAMTRECHNUNGEN (VGR) DER LÄNDER ermittelt werden. Zudem werden seitens des STATISTISCHEN LANDESAMTES DES FREISTAATES SACHSEN aktuelle konjunkturstatistische Informationen bereitgestellt. Dies erfolgt im Rahmen der 2007 unterzeichneten Kooperationsvereinbarung mit der Niederlassung Dresden des ifo INSTITUTS. In dieser Ausgabe werden erstmals die Ergebnisse für das zweite Vierteljahr 2015 nachgewiesen. Die Berechnungen sind abgestimmt auf die vom ARBEITSKREIS VGR DER LÄNDER am 29. April 2015 veröffentlichten Ergebnisse der VGR-GENERALREVISION 2014 (Übergang vom ESVG 1995 auf das ESVG 2010) sowie auf die am 24. September 2015 veröffentlichten Ergebnisse der BIP-Halbjahresrechnung. Allerdings unterbleibt eine bundesweite Koordinierung, wie dies bei den amtlichen Daten des Arbeitskreises üblich ist. Der vollständige Datensatz für den Zeitraum Q1/2001 bis Q2/2015 steht auf der ifo Dresden Homepage zum Download zur Verfügung. Zur Methodik siehe W. NIERHAUS, Vierteljährliche Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen für den Freistaat Sachsen mit Hilfe temporaler Disaggregation, in: Statistik in Sachsen, 1/2008, S. 1–15.

\* Dr. Wolfgang Nierhaus ist wissenschaftlicher Mitarbeiter am ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

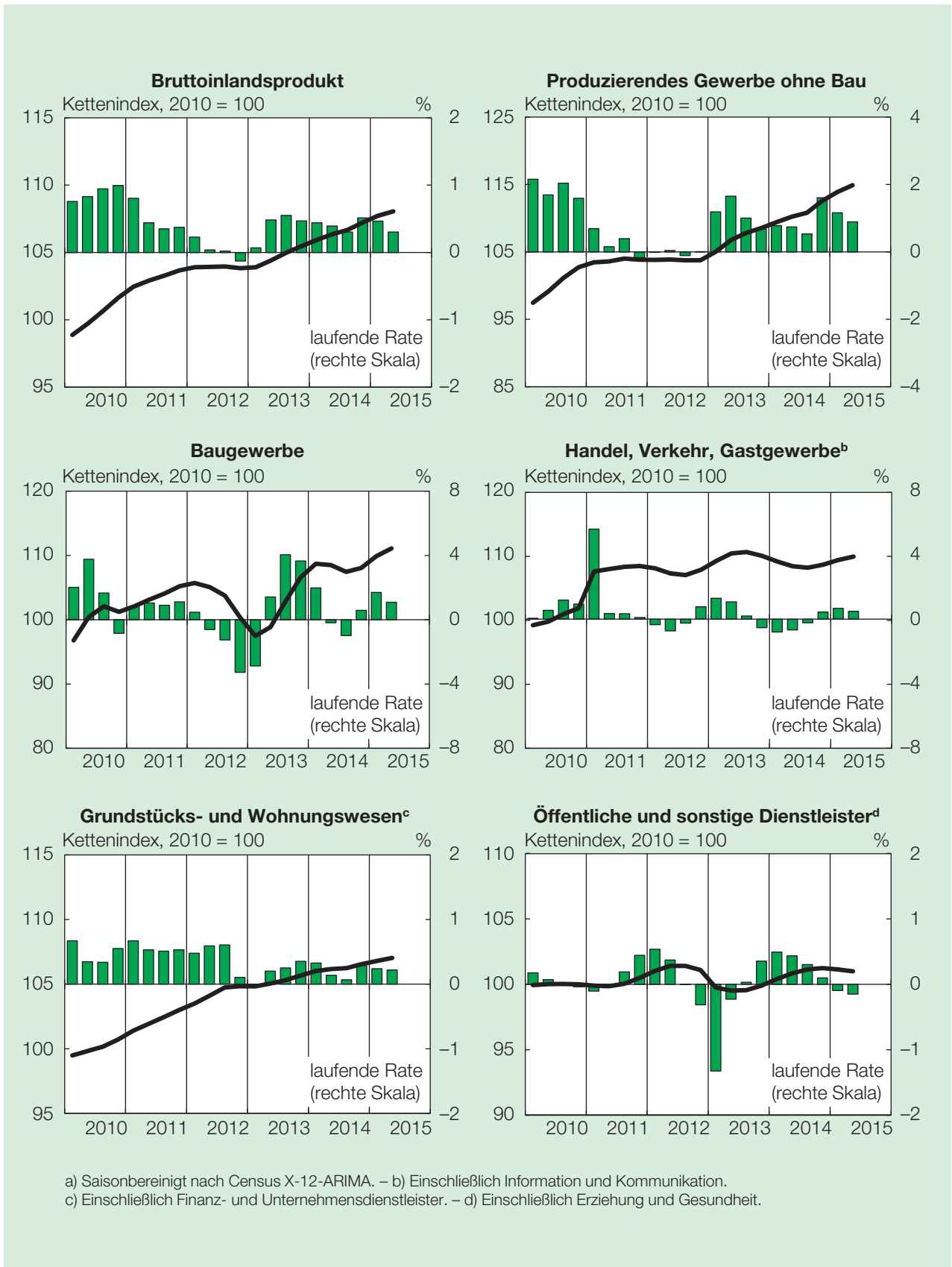
Tabelle 1: Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in Sachsen (preisbereinigt)

| Vierteljahr   | Bruttoinlandsprodukt | Gütersteuern abzüglich Subventionen | Bruttowertschöpfung aller Wirtschaftsbereiche | Bruttowertschöpfung                  |  |            |  |  |   |
|---|----------------------|-------------------------------------|---|--------------------------------------|--|------------|--|--|---|
|   |                      |                                     |   | Land- und Forstwirtschaft, Fischerei | Produzierendes Gewerbe ohne Baugewerbe | Baugewerbe | Handel, Verkehr, Gastgewerbe, Information u. Kommunikation | Grundstücks- u. Wohnungswesen, Finanz- u. Unternehmensdienstl. | Öffentl. u. sonstige Dienstleister, Erziehung u. Gesundheit |
| <b>Veränderungsrate gegenüber dem Vorjahresquartal in %</b> |                      |                                     |   |                                      |  |            |  |  |   |
| 1   2013  | -0,4                 | -1,1                                | -0,4  | -12,2                                | 1,1                                    | -10,2      | 0,6  | 1,5  | -1,4  |
| 2   2013  | 0,4                  | 1,8                                 | 0,3   | -12,9                                | 2,3                                    | -6,0       | 3,2  | 0,8  | -1,9  |
| 3   2013  | 1,2                  | 1,7                                 | 1,2   | -11,8                                | 5,0                                    | -1,7       | 3,4  | 0,5  | -1,9  |
| 4   2013  | 1,1                  | 0,2                                 | 1,2   | -6,5                                 | 2,8                                    | 5,3        | 1,6  | 0,5  | -1,2  |
| 1   2014  | 3,1                  | 3,3                                 | 3,1   | 10,0                                 | 6,4                                    | 15,9       | 0,3  | 1,6  | 0,7   |
| 2   2014  | 1,5                  | 3,0                                 | 1,3   | 14,7                                 | 1,3                                    | 10,8       | -2,0   | 0,7  | 1,3   |
| 3   2014  | 1,8                  | 1,8                                 | 1,8   | 16,8                                 | 5,0                                    | 2,6        | -2,1   | 1,0  | 1,6   |
| 4   2014  | 1,5                  | 3,8                                 | 1,2   | 12,7                                 | 3,0                                    | 1,7        | -1,9   | 0,8  | 1,4   |
| 1   2015  | 1,6                  | 2,7                                 | 1,5   | -0,3                                 | 4,2                                    | 1,1        | 0,3  | 0,8  | 0,6   |
| 2   2015  | 1,8                  | 1,7                                 | 1,8   | -4,0                                 | 4,8                                    | 2,0        | 1,6  | 0,8  | 0,2   |

Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR) der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.



Abbildung 1: Trend-Konjunktur-Komponenten von Bruttoinlandsprodukt und Bruttowertschöpfung in ausgewählten Wirtschaftsbereichen in Sachsen (preisbereinigt, verkettet)<sup>a</sup>



Quellen: Arbeitskreis Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen (VGR) der Länder, Berechnungen des ifo Instituts.

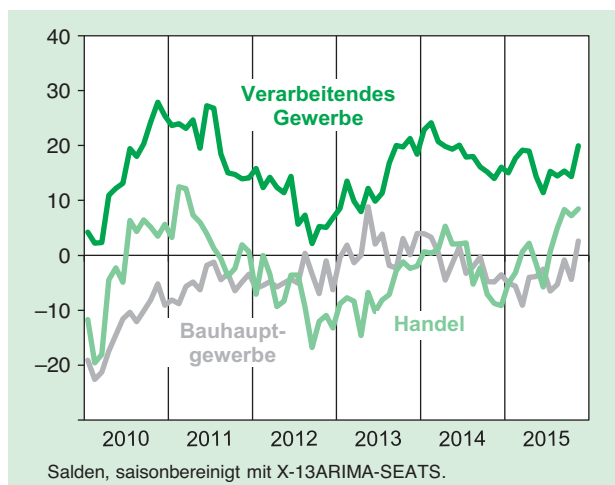
# Terroranschläge in Paris und internationale Turbulenzen verunsichern sächsische Wirtschaft bislang nicht: ifo Geschäftsklima im November 2015

Robert Lehmann\*

## ifo Konjunkturtest in Ostdeutschland

Der ifo Geschäftsklimaindex für die gewerbliche Wirtschaft der ostdeutschen Bundesländer ist im November kräftig auf 110,7 Indexpunkte gestiegen, von 108,2 Punkten im Vormonat (vgl. Abb. 1). Der Klimaindikator steigt damit auf den Stand zu Jahresbeginn 2014. Die befragten Unternehmen in Ostdeutschland sind mit ihrer momentanen Geschäftssituation nochmals zufriedener als im Oktober. Zudem sind sie spürbar optimistischer bezüglich ihres zukünftigen Geschäftsverlaufs. Die ostdeutsche Wirtschaft dürfte das Jahr 2015 mit einem starken vierten Quartal abschließen.

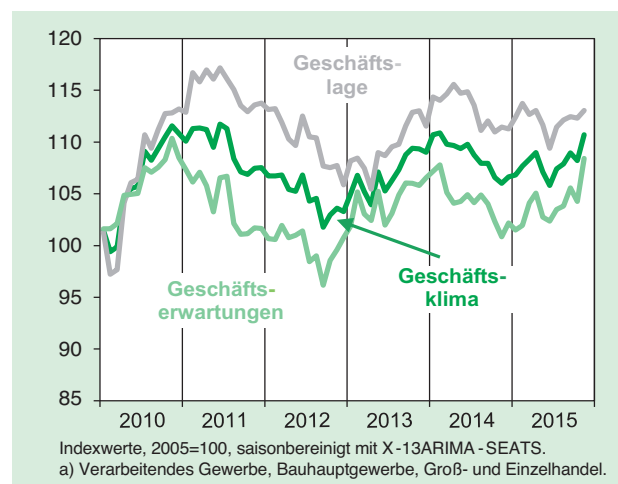
## Abbildung 2: Geschäftsklima für die einzelnen Wirtschaftsbereiche der Gewerblichen Wirtschaft Ostdeutschlands



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Die ifo Konjunkturuhr für das Verarbeitende Gewerbe Ostdeutschland bewegt sich im November nach rechts oben und stärkt damit ihre Position im Quadranten „Boom“ (vgl. Abb. 3). Zuletzt war solch eine signifikant positive Bewegung zum Jahreswechsel 2012/2013 beobachtbar.

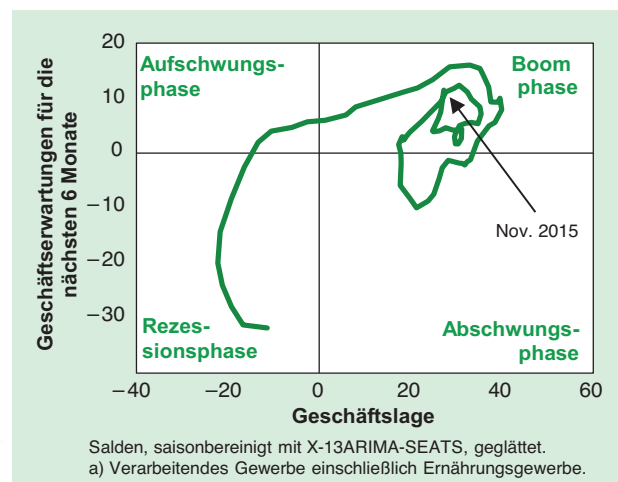
Abbildung 1: Geschäftsklima, Geschäftslage und Geschäftserwartungen für die Gewerbliche Wirtschaft<sup>a</sup> Ostdeutschlands



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Die gesamtwirtschaftliche Verbesserung spiegelt sich in allen Bereichen der gewerblichen Wirtschaft wider (vgl. Abb. 2). Im Verarbeitenden Gewerbe und Bauhauptgewerbe sind die Klimaindikatoren kräftig expandiert. Im ostdeutschen Handel fällt der Anstieg hingegen etwas geringer aus, da das Geschäftsklima im Einzelhandel auf dem Wert des Vormonats verharrt.

Abbildung 3: ifo Konjunkturuhr für das Verarbeitende Gewerbe<sup>a</sup> Ostdeutschlands



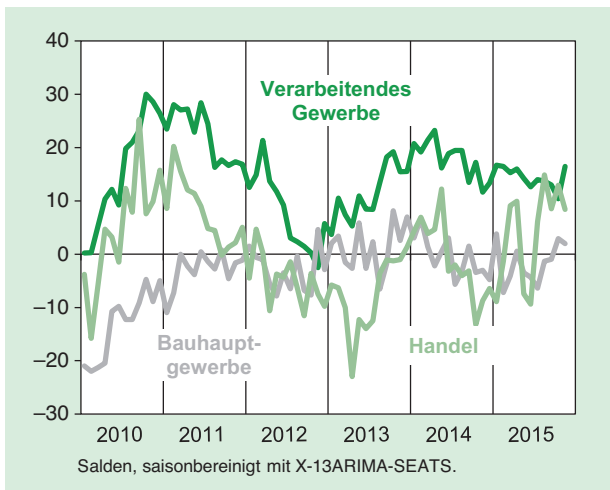
Quelle: ifo Konjunkturtest.

\* Robert Lehmann ist Doktorand an der Niederlassung Dresden des ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e.V.

**ifo Konjunkturtest in Sachsen**

Auch der Klimaindikator für die sächsische Wirtschaft ist im November merklich gestiegen (vgl. Abb. 4), wengleich der Anstieg etwas geringer ausfällt im Vergleich zu den ostdeutschen Bundesländern insgesamt. Ursächlich für die Verbesserung sind die spürbar günstigeren Erwartungen der sächsischen Befragungsteilnehmer an ihren weiteren Geschäftsverlauf. Mit ihrer momentanen Geschäftssituation sind sie hingegen nicht mehr ganz so zufrieden im Vergleich zum Vormonat. Die schrecklichen Ereignisse in Paris und die internationalen Turbulenzen scheinen die sächsische Wirtschaft bislang nicht zu verunsichern.

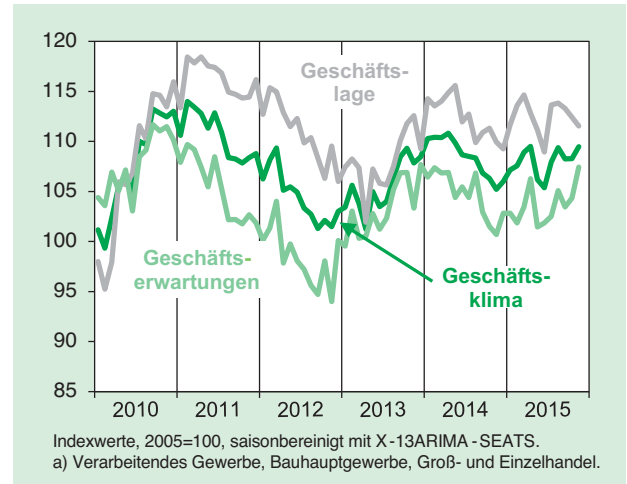
**Abbildung 5: Geschäftsklima für die einzelnen Wirtschaftsbereiche der Gewerblichen Wirtschaft Sachsens**



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Auch im Verarbeitenden Gewerbe Sachsens bewegt sich die ifo Konjunkturuhr nach rechts oben und festigt damit ihre Position im Quadranten „Boom“ (vgl. Abb. 6). Die zuletzt schwächelnde sächsische Industriekonjunktur erholt sich im November deutlich. Sowohl die aktuelle Geschäftslage als auch die Geschäftserwartungen werden von den befragten Unternehmen besser eingeschätzt.

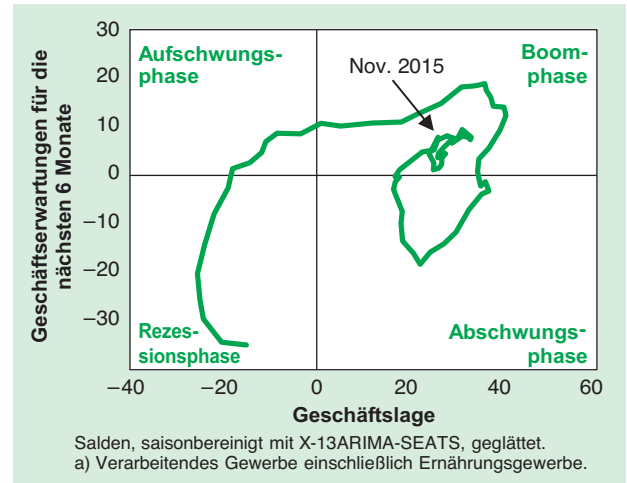
**Abbildung 4: Geschäftsklima, Geschäftslage und Geschäftserwartungen für die Gewerbliche Wirtschaft<sup>a</sup> Sachsens**



Quelle: ifo Konjunkturtest.

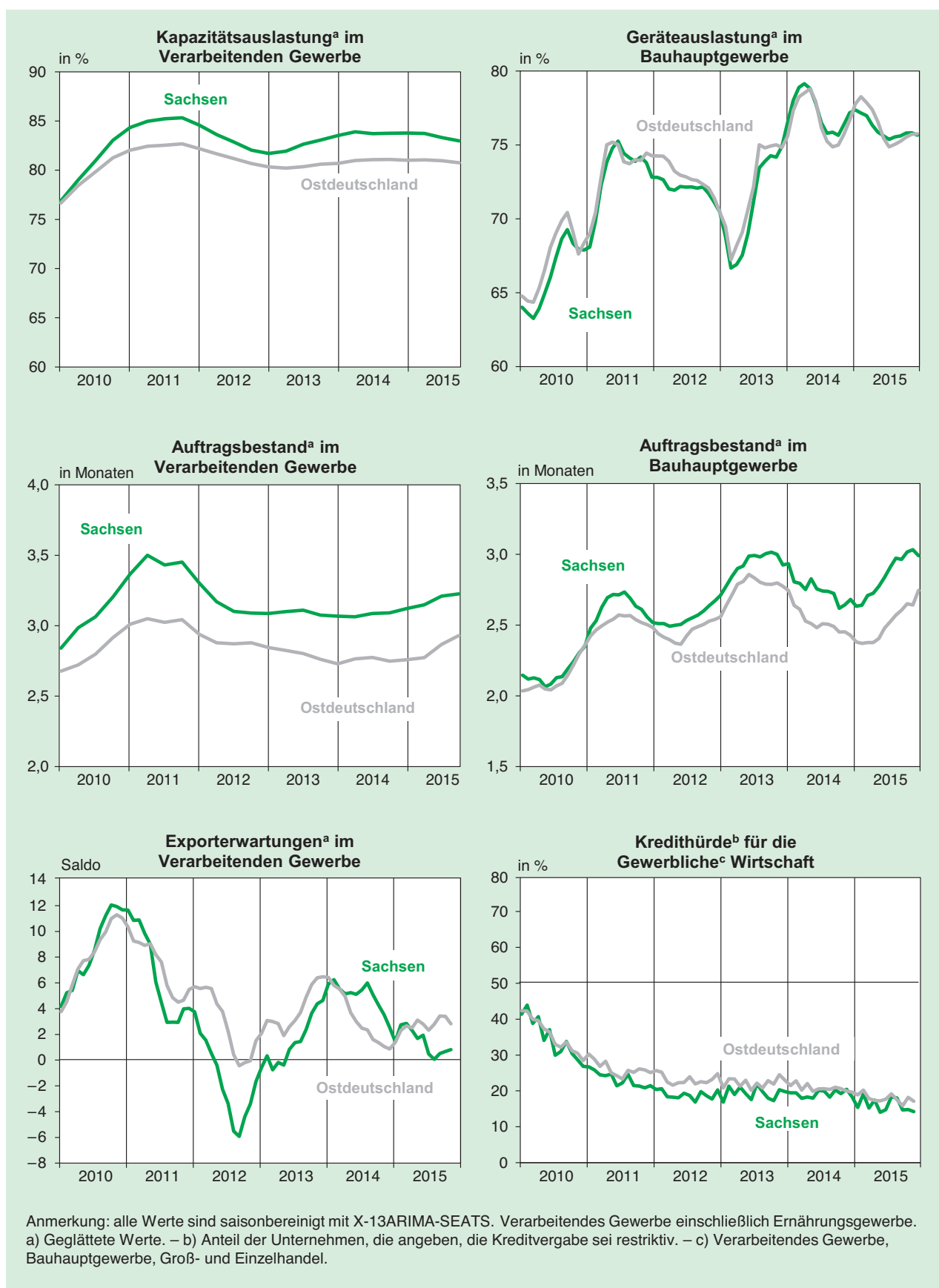
Mit Ausnahme des sächsischen Verarbeitenden Gewerbes sind die Klimaindikatoren in den einzelnen Wirtschaftsbereichen der gewerblichen Wirtschaft gesunken (vgl. Abb. 5). Am kräftigsten fällt der Rückgang im Einzelhandel aus. Im sächsischen Bauhauptgewerbe und Großhandel hat sich das Geschäftsklima nur geringfügig verschlechtert.

**Abbildung 6: ifo Konjunkturuhr für das Verarbeitende Gewerbe<sup>a</sup> Sachsens**



Quelle: ifo Konjunkturtest.

Abbildung 7: Ausgewählte Indikatoren aus dem ifo Konjunkturtest für Ostdeutschland und Sachsen



Quelle: ifo Konjunkturtest.

## Zum Jahresende nochmals gute Nachrichten vom ostdeutschen und sächsischen Arbeitsmarkt

Michael Weber\*

Zum Jahresende hin hat sich die Dynamik am ostdeutschen und am sächsischen Arbeitsmarkt nochmals beschleunigt. Saisonbereinigt setzte sich der Aufbau der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung fort, während die Arbeitslosenquote nach mehrmonatiger Stagnation jüngst auf den niedrigsten Wert seit der Wiedervereinigung sank. Die gute Arbeitsmarktkonjunktur dürfte auch über den Jahreswechsel anhalten. Darauf deuten verschiedene Frühindikatoren hin.

Die **sozialversicherungspflichtige Beschäftigung** legte im dritten Quartal sowohl in Ostdeutschland (mit Berlin) als auch im Freistaat Sachsen kräftig zu. Im September waren nach vorläufigen, hochgerechneten Daten der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT in Ostdeutschland (mit Berlin) saisonbereinigt 5,776 Mill. Personen sozialversicherungspflichtig beschäftigt; dies sind 0,1% mehr als im Vormonat. Im Freistaat Sachsen belief sich die Zahl der sozialversicherungspflichtig Beschäftigten saisonbereinigt wie im Vormonat auf 1,534 Mill. Personen. Nicht saisonbereinigt betrug der Zuwachs gegenüber dem Vorjahr 1,7% bzw. 1,4%. Der größte Zuwachs im Vorjahresvergleich ist mit 6,6% bzw. 5,7% im Gastgewerbe zu beobachten. Die Veränderung insbesondere im Gastgewerbe dürfte unter anderem auf eine mindestlohnbedingte Umwandlung ehemals geringfügiger in nun sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse zurückzuführen sein. Insgesamt lag die Zahl der geringfügig Beschäftigten im September nach noch vorläufigen, hochgerechneten Daten der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT in Ostdeutschland mit 854.000 Personen deutlich unter dem Niveau des Vorjahres (-4,6%). Diese Niveauveränderung ist seit Jahresanfang stabil und liegt sehr wahrscheinlich in der Einführung des gesetzlichen Mindestlohns begründet.

Im Herbst setzte sich die gute Arbeitsmarktkonjunktur fort. Die saisonbereinigte **Arbeitslosenquote** auf Basis aller zivilen Erwerbspersonen sank im November auf den niedrigsten Wert seit der Wiedervereinigung: 9,0% in Ostdeutschland (mit Berlin) und 8,0% im Freistaat Sachsen. Insgesamt waren in Ostdeutschland (mit Berlin) im November saisonbereinigt 760.000 Personen arbeitslos gemeldet; dies sind 1,0% weniger als im Vormonat. Im Freistaat Sachsen waren saisonbereinigt 169.000 Arbeitslose registriert (-1,3%). Etwa drei Viertel der Arbeitslosen hatten Anspruch auf Arbeitslosengeld II und wurden dementsprechend im Rechtskreis SGB II von einem Träger der Grundsicherung betreut. Ihre Zahl sank gegenüber dem

Vormonat saisonbereinigt um 0,9% in Ostdeutschland (mit Berlin) und um 1,1% im Freistaat Sachsen. Die saisonbereinigte Zahl der Arbeitslosen im Rechtskreis SGB III (in etwa: Arbeitslose mit Anspruch auf Arbeitslosengeld I) ging im November gegenüber dem Vormonat mit 1,5% (Ostdeutschland) bzw. 1,8% (Sachsen) etwas stärker zurück.

Auch die saisonbereinigte Zahl der **erwerbsfähigen Leistungsberechtigten** reduzierte sich im Herbst. Die erwerbsfähigen Leistungsberechtigten umfassen neben den Arbeitslosen im Rechtskreis SGB II unter anderem auch Erwerbstätige, die zusätzlich Leistungen aus der Grundsicherung beziehen. Im Oktober und im November waren in Ostdeutschland (mit Berlin) saisonbereinigt jeweils 1,288 Mill. erwerbsfähige Personen auf Leistungen aus Grundsicherung angewiesen. Dies sind 12,4% der Bevölkerung im Alter von 15 bis unter 65 Jahren. Im Freistaat Sachsen sank die Zahl der erwerbsfähigen Leistungsberechtigten im November saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat um 0,1% auf 265.000 Personen. Die Hilfequote belief sich damit auf 11,0%.

Insgesamt gingen in Ostdeutschland (mit Berlin) im November nicht saisonbereinigt 167.000 Personen (-0,9% gegenüber dem Vorjahresmonat) aus Arbeitslosigkeit ab, und 165.000 Personen (-2,9%) in die Arbeitslosigkeit zu. Im Freistaat Sachsen waren es 34.600 Abgänge (-2,2%) und 33.700 Zugänge (-5,5%). Im November entfielen sowohl in Ostdeutschland als auch in Sachsen etwa 30% der Abgänge auf **Übergänge** unmittelbar in Erwerbstätigkeit, während Zugänge aus Erwerbstätigkeit etwa 40% aller Zugänge in die Arbeitslosigkeit ausmachten.

Während die Zahl der Arbeitslosen saisonbereinigt sank, nahm die Zahl der freien Stellen im November saisonbereinigt gegenüber dem Vormonat erneut zu. Dadurch stieg die **Arbeitsmarktanspannung** (vgl. Infobox 1) abermals an. Insgesamt waren bei der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT im November saisonbereinigt 119.000 freie Stellen in Ostdeutschland (mit Berlin) und 30.000 freie Stellen im Freistaat Sachsen gemeldet. Der saisonbereinigte Stellenbestand erhöhte sich damit gegenüber dem Vormonat um 2,1% bzw. 1,6%. Dementsprechend stieg die saisonbereinigte Vakanzquote auf 1,41% bzw. 1,42%. Von den gemeldeten Stellen waren jeweils gut 87% so-

\* Michael Weber ist Doktorand an der Niederlassung Dresden des ifo Institut – Leibniz-Institut für Wirtschaftsforschung an der Universität München e. V.

fort zu besetzen. Von den Stellen, die im November bei der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT abgemeldet wurden, waren jeweils sogar mehr als 91% vakant, d. h. zum Zeitpunkt der Abmeldung war der frühestmögliche Besetzungstermin bereits überschritten. Die durchschnittliche abgeschlossene Vakanzzeit (vgl. Infobox 2) erhöhte sich im November gegenüber dem Vorjahresmonat in Ostdeutschland (mit Berlin) um 10 auf 78 Tage und im Freistaat Sachsen um 7 auf 75 Tage.

### Infobox 1: Arbeitsmarkttension

Die Arbeitsmarkttension erfasst die konjunkturelle Entwicklung auf dem Arbeitsmarkt, indem sie sowohl die Angebotsseite (Arbeitslosenquote) als auch die Nachfrageseite (Vakanzquote) abbildet. Die Vakanzquote setzt den Bestand an gemeldeten Arbeitsstellen ins Verhältnis zur Zahl der zivilen Erwerbspersonen. Steigt die Vakanzquote, während die Arbeitslosenquote fällt, befindet sich der Arbeitsmarkt im Aufschwung und die Anspannung am Arbeitsmarkt nimmt zu. Dies entspricht in der Abbildung einer Bewegung nach links oben. Sinkt die Vakanzquote, während die Arbeitslosenquote steigt, befindet sich der Arbeitsmarkt im Abschwung. Dies entspricht einer Bewegung nach rechts unten. Steigen sowohl die Vakanz- als auch die Arbeitslosenquote über einen längeren Zeitraum hinweg – dies entspricht einer Bewegung nach rechts oben –, kann dies auf ein Qualifikationsproblem hindeuten: Die Qualifikationen der Arbeitslosen genügen dann nicht mehr den Anforderungen der gemeldeten Stellen. Bei der Interpretation der Vakanzquote ist jedoch zu berücksichtigen, dass die Arbeitgeber nicht alle freien Stellen der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT melden. Der Einschaltungsgrad steigt gerade in Zeiten des Aufschwungs. Im dritten Quartal 2015 wurden nach Berechnungen des INSTITUT FÜR ARBEITSMARKT- UND BERUFSFORSCHUNG (IAB) auf Basis der IAB-Stellenerhebung 59% aller freien Stellen am ersten Arbeitsmarkt der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT gemeldet.

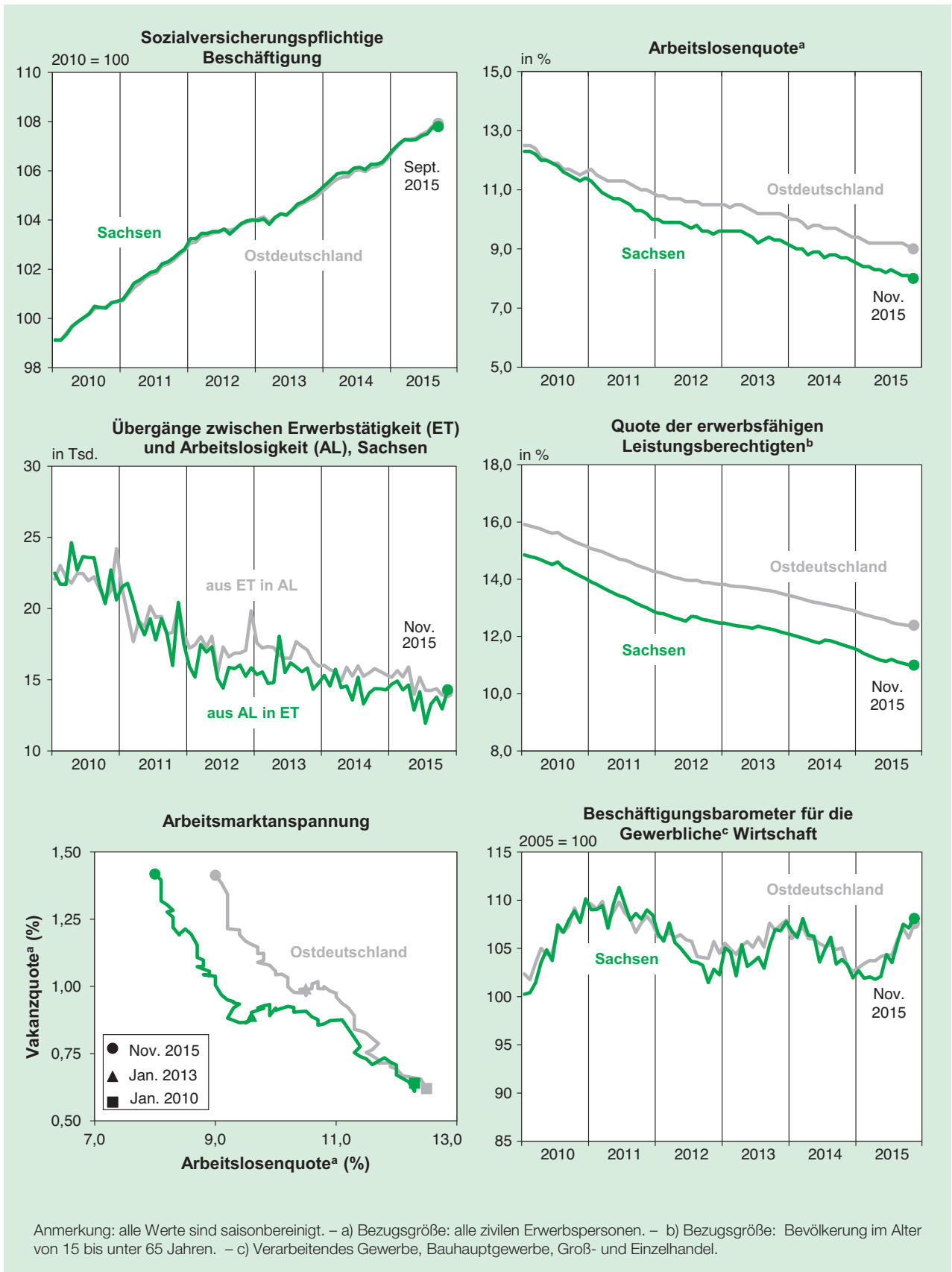
### Infobox 2: Vakanzzeiten

Die Vakanzzeit misst die Dauer zwischen dem ursprünglich geplanten Besetzungstermin einer Stelle und der Abmeldung der Stelle aus dem Stellenangebot der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT. Eine Zunahme der Vakanzzeit kann sowohl konjunkturelle als auch strukturelle Ursachen haben: Je besser die Konjunktur, desto mehr freie Stellen werden gemeldet und desto länger dauert es für jede einzelne freie Stelle, bis sie besetzt wird. Bleiben jedoch in bestimmten Bereichen die Vakanzzeiten über den gesamten Wirtschaftszyklus hinweg hoch, deutet dies auf Schwierigkeiten hin, geeignete Bewerber für eine Stelle zu finden. Definitionsgemäß endet die Vakanzzeit, wenn die Stelle bei der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT abgemeldet wird. Hinter einer solchen Abmeldung steht in der Regel die Besetzung der Stelle; es ist aber ebenso möglich, dass der Besetzungsprozess erfolglos abgebrochen wurde.

Die gute Arbeitsmarktlage in Ostdeutschland und Sachsen dürfte sich auch über den Jahreswechsel fortsetzen. Darauf deuten sowohl die Zahl der neu gemeldeten freien Stellen als auch die Befragungsergebnisse des ifo Konjunkturtests hin. Saisonbereinigt wurden der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT im November in Ostdeutschland 38.300 freie Stellen und in Sachsen 10.100 freie Stellen neu gemeldet. Dies sind 1,7% bzw. 2,7% mehr als im Vormonat. Auch das ifo **Beschäftigungsbarometer** für die gewerbliche Wirtschaft Ostdeutschlands und Sachsens konnte im November kräftig zulegen. Im Baugewerbe und im Verarbeitenden Gewerbe wollen die Unternehmen die Beschäftigung nochmals kräftiger ausweiten als im Vormonat. Dagegen haben sich die Beschäftigungsaussichten im Großhandel sowie im ostdeutschen Einzelhandel etwas eingetrübt.



Abbildung 1: Arbeitsmarktentwicklung in Sachsen und Ostdeutschland



Quellen: Bundesagentur für Arbeit, Statistisches Landesamt des Freistaates Sachsen, ifo Konjunkturtest, Berechnung und Darstellung des ifo Instituts.

## ifo Veranstaltungen

Am **19. und 20. November 2015** wurde der **10. Workshop „Makroökonomik und Konjunktur“** in den Räumlichkeiten der Niederlassung Dresden des IFO INSTITUTS durchgeführt. Der zweitägige Workshop wurde gemeinsam mit der HELMUT-SCHMIDT-UNIVERSITÄT HAMBURG organisiert. In diesem Jahr konzentrierten sich die Beiträge auf das Verständnis der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung während und nach der Finanz- und Wirtschaftskrise sowie auf die Bedeutung von Unsicherheit auf die Geldpolitik und die gesamtwirtschaftliche Aktivität.

Am **27. und 28. November 2015** wurde der **9. Workshop on Political Economy** in den Räumlichkeiten der Niederlassung Dresden des IFO INSTITUTS abgehalten. Auch in diesem Jahr wurde die Veranstaltung der TECHNISCHEN UNIVERSITÄT DRESDEN und der Dresden Niederlassung des IFO INSTITUTS durch das Forschungsnetzwerk CESIFO unterstützt. Mit **Geoffrey Brennan** (UNC-CHAPEL HILL &

DUKE UNIVERSITY) und **Kai Konrad** (MAX PLANCK INSTITUTE FOR TAX LAW AND PUBLIC FINANCE) konnten herausragende Wissenschaftler als Keynote Speaker gewonnen werden.

Am **10. und 11. März 2016** findet der **6. Workshop „Arbeitsmarkt und Sozialpolitik“** statt, den die Niederlassung Dresden des IFO INSTITUTS gemeinsam mit der TECHNISCHEN UNIVERSITÄT DRESDEN veranstaltet. Willkommen sind Vortragsangebote sowohl mit theoretischer als auch mit empirischer Ausrichtung aus allen Teilgebieten der Arbeitsmarktforschung und Sozialpolitik. Für die Leitung des Workshops konnte wiederum Prof. Dr. Alexander Kemnitz von der TECHNISCHEN UNIVERSITÄT DRESDEN gewonnen werden.

Weiterführende Informationen zu diesen Veranstaltungen finden Sie auf der Homepage von ifo Dresden ([www.ifo-dresden.de](http://www.ifo-dresden.de)) unter der Rubrik Veranstaltungen.

## ifo Veröffentlichungen

### **ifo Dresden Studie 76: Analyse der finanzkraftbestimmenden Rahmenbedingungen und strukturellen Spezifika ostdeutscher Flächenländer**

**Alexander Eck, Carolin Fritzsche, Jan Kluge, Joachim Ragnitz und Felix Rösel, 190 S., München/Dresden 2015,**

**ISBN 978-3-95942-003-7, 15,-€ zzgl. Versandkosten**

Die vorliegende Studie basiert auf einem Gutachten im Auftrag der Finanzministerien der Länder Sachsen und Thüringen. Darin wurden die Ursachen der unverändert unterproportionalen Wirtschaftskraft und Steuerkraft der ostdeutschen Länder analysiert. Im besonderen Fokus standen hierbei die demographische Entwicklung sowie weitere strukturelle Eigenheiten Ostdeutschlands, die einen Einfluss auf das Aufkommen der Einzelsteuern haben. Es wird dabei dargelegt, wie sich die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland vollzogen hat und welche Bestimmungsfaktoren für den Abstand zur westdeutschen

Wirtschaftskraft verantwortlich zeichnen. Zudem wird untersucht, welche Wirkungen einzelne steuerrechtliche Regelungen auf das Steueraufkommen in Ostdeutschland haben und welche Rolle diese Regelungen für ein mögliches Auseinanderfallen von Wirtschaftskraft und Steuerkraft spielen. Ein weiterer Fokus lag auf der Beantwortung der Frage, ob der demographische Wandel erhöhte Bedarfe für solche Länder begründet, die besonders stark von Alterung und Bevölkerungsrückgang betroffen sind.

Lehmann, Robert und Klaus Wohlrabe (2015): Looking into the Black Box of Boosting: The Case of Germany. MPRA Paper Nr. 67608.

Lehmann, Robert und Antje Weyh (2015): Forecasting Employment in Europe: Are Survey Results Helpful? IAB-Discussion Paper 30/2015.

## ifo Vorträge

Ragnitz, Joachim, „Transfer Payments to East Germany: The Cost of Unification?“, Vortrag an der UNIVERSITY OF CYPRUS, **13. 10. 2015**, Nikosia (Zypern).

Ragnitz, Joachim, „Economic Aspects of Unification in Cyprus: Lessons from Germany“, Vortrag am GOETHE-INSTITUT NIKOSIA, **14. 10. 2015**, Nikosia (Zypern).

Ragnitz, Joachim, „25 Jahre deutsche Einheit: Erfolge und Herausforderungen“, Vortrag anlässlich einer Festveranstaltung der HANDWERKSKAMMER ERFURT, **15. 10. 2015**, Erfurt.

Ragnitz, Joachim, „Strategien gegen Fachkräfteknappheiten“, Vortrag an der BUNDESAGENTUR FÜR ARBEIT, Regionalbüro Leipzig, **28. 10. 2015**, Leipzig.

Ragnitz, Joachim, „Finanzierung der Infrastrukturinvestition in Deutschland“, Vortrag anlässlich einer Tagung des BUNDESVERBANDS ÖFFENTLICHER DIENSTLEISTUNGEN, **29. 10. 2015**, Berlin.

Ochsner, Christian, „Between Hitler and Haider: Long-term Impacts of Nazi Migration in Post-WWII Austria“, Vortrag im Brown Bag Seminar der TECHNISCHEN UNIVERSITÄT DRESDEN, **09. 11. 2015**, Dresden.

Ragnitz, Joachim, „Länderfinanzausgleich und gesamtdeutsche Strukturförderung“, Vortrag anlässlich einer gemeinsamen Veranstaltung von IFO INSTITUT, THÜRINGISCHEM FINANZMINISTERIUM und SÄCHSISCHEM STAATSMINISTERIUM DER FINANZEN, **12. 11. 2015**, Dresden.

Ragnitz, Joachim, „25 Jahre Deutsche Einheit!“, Vortrag anlässlich einer Tagung der GESELLSCHAFT FÜR OSTDEUTSCHE LANDESKUNDE IM UNTERRICHT NORDRHEIN-WESTFALEN, **14. 11. 2015**, Soest.

Rösel, Felix, „Overlapping Political Generations and the Persistency of Public Debt“, Vortrag im Brown-Bag-Seminar der TECHNISCHEN UNIVERSITÄT DRESDEN, **23. 11. 2015**, Dresden.

Rösel, Felix, „Overlapping Political Generations and the Persistency of Public Debt“, Vortrag beim 6th Halle Colloquy on Local Public Economics des LEIBNIZ-INSTITUT FÜR WIRTSCHAFTSFORSCHUNG HALLE (IWH), **27. 11. 2015**, Halle (Saale).

Ochsner, Christian, „Between Hitler and Haider: Long-term Impacts of Nazi Migration in Post-WWII Austria“, Vortrag

beim 9. Workshop on Political Economy an der Niederlassung Dresden des IFO INSTITUTS, **27.–28. 11. 2015**, Dresden.

Lehmann, Robert, „Distance is Crucial, at Least for Neighbors! – Foreign Employment at the District Level“, Vortrag bei der ifo/CES Christmas Conference am IFO INSTITUT, **02. 12. 2015**, München.

Ragnitz, Joachim, „Brücken in die Zukunft“, Stellungnahme anlässlich einer Anhörung des Haushalts- und Finanzausschusses des Sächsischen Landtags, **02. 12. 2015**, Dresden.

Thum, Marcel, „Does a Clean Development Mechanism Facilitate International Environmental Agreements?“, Gastvortrag im Rahmen des Kolloquiums der Wirtschaftswissenschaftlichen Fakultät der TECHNISCHEN UNIVERSITÄT (TU) BERGAKADEMIE FREIBERG, **03. 12. 2015**, Freiberg.

Weber, Michael, „Long-Term Unemployment Compensation and Unemployment Duration“, Vortrag beim 8. GradAB Ph.D. Workshop „Perspectives on (Un-)Employment“, **07. 12. 2015**, Nürnberg

Thum, Marcel, „Auswirkungen des demografischen Wandels im Einwanderungsland Deutschland“, Vorstellung des gleichnamigen Gutachtens für die FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG, veranstaltet vom Fritz-Erler-Forum Baden-Württemberg der FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG, im Kulturhaus Osterfeld e. V., **08. 12. 2015**, Pforzheim.

Ochsner, Christian, „Between Hitler and Haider: Long-term Impacts of Nazi Migration in Post-WWII Austria“, Vortrag bei der ifo/CES Christmas Conference am IFO INSTITUT, **15. 12. 2015**, München.

Thum, Marcel, „Auswirkungen des demografischen Wandels im Einwanderungsland Deutschland“, Vorstellung des gleichnamigen Gutachtens für die FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG, veranstaltet vom BayernForum der FRIEDRICH-EBERT-STIFTUNG, **17. 12. 2015**, München.

Lehmann, Robert, „Distance is Crucial, at Least for Neighbors! – Foreign Employment at the District Level“, Vortrag auf dem 14. Finanzwissenschaftlichen Seminar am WISSENSCHAFTSZENTRUM BERLIN FÜR SOZIALFORSCHUNG (WZB), **18. 12. 2015**, Berlin.

## ifo intern

Am 02.11.2015 hat **Johannes Steinbrecher**, bisher Doktorand der Niederlassung Dresden des IFO INSTITUTS, seine Doktorarbeit zum Thema „Corporate Governance und Unternehmenserfolg – Eine empirische Analyse des Zusammenhangs zwischen den Führungs-, Kontroll- und Anreizstrukturen und der Geschäftsentwicklung deutscher Banken“ erfolgreich verteidigt. Er wird als wissenschaftlicher Mitarbeiter weiterhin zum Team von ifo Dresden gehören.

Am 11.12.2015 hat auch **Robert Lehmann**, bisher ebenfalls Doktorand der Niederlassung Dresden, seine Doktorarbeit mit dem Titel „Economic Growth and Business Cycle Forecasting at the Regional Level“ erfolgreich ver-

teidigt. Er wechselt im Januar 2016 als wissenschaftlicher Mitarbeiter an das ifo Zentrum für Konjunkturforschung und Befragungen im Stammhaus München des IFO INSTITUTS.

Die Mitarbeiter der Niederlassung Dresden gratulieren an dieser Stelle noch einmal herzlich und wünschen beiden Kollegen viel Erfolg für ihre berufliche Zukunft.

Ab November 2015 verstärkt **Antje Schubert** das Team der Niederlassung Dresden des IFO INSTITUTS. Sie hat im Jahr 2015 erfolgreich ihr Masterstudium an der TU DRESDEN abgeschlossen und wird bei ifo Dresden als Doktorandin auf dem Forschungsgebiet Arbeitsmarkt und Sozialpolitik arbeiten.

# Call for Papers

## 6. Workshop

### Arbeitsmarkt und Sozialpolitik

#### 10. und 11. März 2016 in Dresden

Der zweitägige Workshop wird von der Dresdner Niederlassung des IFO INSTITUTS und der TECHNISCHEM UNIVERSITÄT DRESDEN organisiert. Er soll ein Forum für aktuelle Forschungsergebnisse aus den Bereichen Arbeitsmarkt und Sozialpolitik bieten und gleichzeitig zur besseren Vernetzung von Nachwuchswissenschaftlern beitragen. Willkommen sind Vortragsangebote sowohl mit theoretischer als auch mit empirischer Ausrichtung aus allen Teilgebieten der Arbeitsmarktforschung und Sozialpolitik. Jeder Vortrag wird von einem anderen Teilnehmer des Workshops koreferiert.

Die Teilnahme am Workshop ist auch ohne Einreichung eines eigenen Beitrags möglich.

#### **Einreichungen:**

Vortragsangebote können entweder durch Einreichung von Diskussionspapieren oder Kurzbeschreibungen (2–3 Seiten) erfolgen (jeweils in PDF-Format). Bitte senden Sie Ihre Angebote bis spätestens 31.01.2016 per E-Mail an die folgende Adresse:

**workshopDD@ifo.de**

#### **Website**

<http://www.cesifo-group.de/de/ifoHome/events/academic-conferences/forthcoming.html>

#### **ORGANISATORISCHES:**

##### **Konferenzsprache:**

Englisch

##### **Ort:**

ifo Institut  
Niederlassung Dresden  
Einsteinstraße 3  
01069 Dresden

##### **Zeit:**

10.03. bis 11.03.2016

##### **Teilnahmegebühr:**

Keine

##### **Unterkunft:**

Die Organisatoren sind gerne bei der Suche nach einer Unterkunft behilflich. Übernachtungskosten, Reisekosten und die Kosten für das gemeinsame Abendessen müssen jedoch vom Teilnehmer selbst getragen werden.

##### **Ansprechpartner:**

Sabine Gralka  
sabine.gralka@tu-dresden.de

Alexander Kemnitz  
alexander.kemnitz@tu-dresden.de

Antje Schubert  
schubert@ifo.de

Michael Weber  
weber.m@ifo.de

**ifo** Institut  
Niederlassung Dresden

ifo Dresden Studie 76

# Analyse der finanzkraftbestimmenden Rahmenbedingungen und strukturellen Spezifika ostdeutscher Flächenländer

*Alexander Eck, Carolin Fritzsche,  
Jan Kluge, Joachim Ragnitz  
und Felix Rösel*

**ISBN 978-3-95942-003-7**  
**190 Seiten, München/Dresden 2015**  
**15,-€, zzgl. Versandkosten.**

Die vorliegende Studie basiert auf einem Gutachten im Auftrag der Finanzministerien der Länder Sachsen und Thüringen. Darin wurden die Ursachen der unverändert unterproportionalen Wirtschafts- und Steuerkraft der ostdeutschen Länder analysiert. Im besonderen Fokus standen hierbei die demographische Entwicklung sowie weitere strukturelle Eigenheiten Ostdeutschlands, die einen Einfluss auf das Aufkommen der Einzelsteuern haben. Es wird dabei dargestellt, wie sich die wirtschaftliche Entwicklung in Ostdeutschland vollzogen hat und welche Bestimmungsfaktoren für den Abstand zur westdeutschen Wirtschaftskraft verantwortlich zeichnen.

Zudem wird untersucht, welche Wirkungen einzelne steuerrechtliche Regelungen auf das Steueraufkommen in Ostdeutschland haben und welche Rolle diese Regelungen für ein mögliches Auseinanderfallen von Wirtschaftskraft und Steuerkraft spielen. Ein weiterer Fokus lag auf der Beantwortung der Frage, ob der demographische Wandel erhöhte Bedarfe für solche Länder begründet, die besonders stark von Alterung und Bevölkerungsrückgang betroffen sind.

**ifo** Institut  
Niederlassung Dresden



